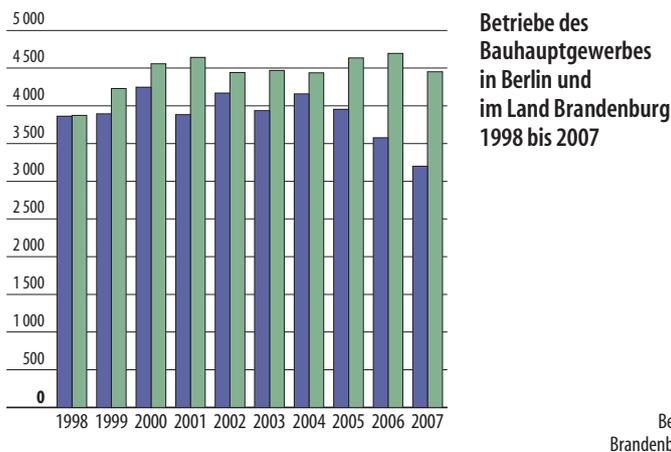


Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

4 2008

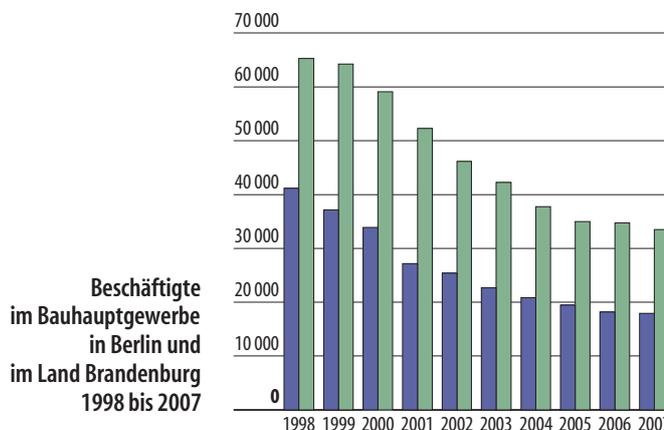
Das Baugewerbe in Berlin
und im Land Brandenburg
Ergebnisse der Ergänzungserhebung
im Bauhauptgewerbe im Juni 2007
in beiden Ländern



Revision der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen (VGR) und
Reform der Unternehmensstatistik
durch die EU-Verordnungen
der neunziger Jahre
Unternehmen und Betrieb:
vom Konzept zur praktischen Darstellung

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Internetangebot des Amtes für Statistik
Berlin-Brandenburg neu gestaltet



Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin, Cottbus und Frankfurt (Oder).

Auskunft und Beratung

erhalten Sie
in Potsdam
Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- ... Angabe fällt später an
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Impressum

**Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg**

2. Jahrgang

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 - 444

Tel.: 030 9021 - 3434

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© **Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2008**

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Aufsätze



- 22** Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und Reform der Unternehmensstatistiken durch die EU-Verordnungen der neunziger Jahre
Unternehmen und Betrieb: vom Konzept zur praktischen Darstellung

- 33** Das Baugewerbe in Berlin und im Land Brandenburg
Ergebnisse der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe im Juni 2007 in beiden Ländern

- 41** www.statistik-berlin-brandenburg.de
Internetangebot des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg neu gestaltet

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst ...



- 2** ... aus Berlin und Brandenburg
 - Bevölkerung**
2007: Schwer behinderte Menschen
 - Bautätigkeit und Wohnungswesen**
2007: Wohnungsbestand
 - Gesundheit**
2007: Schwangerschaftsabbrüche
 - Handel**
Mai 2008: Umsatz im Einzelhandel
 - Preise**
Juli 2008: Verbraucherpreisindex
 - Kultur**
Gemeinschaftsveröffentlichung

- 9** ... aus Deutschland
 - Bevölkerung**
2007: Bevölkerungszahl
 - Sozialleistungen**
2007: Schwerbehinderte Menschen
2007: Jugendämter
 - Erwerbstätigkeit**
2007: Paare mit Kindern
 - Löhne und Gehälter**
2007: Bruttononatsverdienste

- 12** ... aus Europa
 - Tourismus**
2006: Übernachtungen
 - Energie**
2006: Energieabhängigkeitsquote der Europäischen Union

Rubriken



- 14** Wirtschaft im Überblick
 - Berlin**
April 2008

- 18** **Brandenburg**
April 2008

- 43** **Historisches**
Verteilung der Ehescheidungsgründe auf die Scheidungsfälle unter Berücksichtigung der Schulfrage im Jahr 1909

- 44** **Aus der amtlichen Statistik**
Mitteilungen und Nachrichten

- 49** **Veröffentlichungen**
Berlin
Brandenburg

- Umschlagseite* **3** **Karten**
Umsatz im Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg 2006 nach Bezirken und Verwaltungsbezirken

- Umschlagseite* **4** **Grafik**
Internetangebot des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg neu gestaltet

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg

Bevölkerung
2007:
Schwerbehinderte
Menschen in Berlin

Am Jahresende 2007 waren 333 733 Berliner Personen im Besitz eines Schwerbehindertenausweises. Das waren 24 968 Personen bzw. 8,1 Prozent mehr als vor zwei Jahren, dem Jahr der vorangegangenen statistischen Erhebung. Auf 1 000 Berliner entfielen demnach 98 schwerbehinderte Bürger.

54,1 Prozent der schwerbehinderten Personen Berlins waren älter als 65 Jahre, weitere 33,3 Prozent befanden sich im Alter von 45 und 65 Jahren, 10,8 Prozent zwischen 18 und 45 Jahren. Ein geringer Anteil von 1,8 Prozent betraf Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Bei weit mehr als einem Viertel der behinderten Menschen, nämlich 29,0 Prozent, wurde als Art der schwer-

ten Behinderung eine Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen diagnostiziert. An zweiter Stelle mit 20,4 Prozent standen Querschnittlähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen und Suchtkrankheiten, gefolgt von Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes und Deformierung des Brustkorbes mit 15,5 Prozent.

Die häufigste Ursache für eine Behinderung war bei mehr als zwei Drittel (68,4 Prozent der Fälle) eine allgemeine Krankheit (einschließlich Impfschaden).

1,7 Prozent der betroffenen Personen hatten eine angeborene Behinderung und 29,9 Prozent wurden wegen Unfällen, Kriegsbeschädigungen oder sonstiger Ursachen als schwerbehindert eingestuft.

Bevölkerung
2007:
Mehr schwer
behinderte Menschen
im Land Brandenburg

Am Jahresende 2007 waren 219 434 Brandenburger Personen im Besitz eines Schwerbehindertenausweises. Das waren 9 375 Personen bzw. 4,5 Prozent mehr als bei der letzten Erhebung vor zwei Jahren. Auf 1 000 Brandenburger entfielen demnach 86 schwerbehinderte Bürger.

Mehr als die Hälfte (51,5 Prozent) der schwerbehinderten Personen des Landes Brandenburg waren älter als 65 Jahre, weitere 33,6 Prozent befanden sich im Alter von 45 und 65 Jahren, 12,7 Prozent zwischen 18 und 45 Jahren. Ein geringer Anteil von 2,2 Prozent betraf Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Bei 29,6 Prozent der behinderten Menschen wurde als Art der schwersten Behinderung eine Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen diagnostiziert. An zweiter Stelle mit 20,8 Prozent standen Querschnittlähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen und Suchtkrankheiten, gefolgt von Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen mit 13,8 Prozent.

Die häufigste Ursache für eine Behinderung war (82,9 Prozent der Fälle) eine allgemeine Krankheit (einschließlich Impfschaden). 5,7 Prozent der betroffenen Personen hatten eine angeborene Behinderung und 11,4 Prozent wurden wegen Unfällen, Kriegsbeschädigungen oder sonstigen Ursachen als schwerbehindert eingestuft.

Bautätigkeit und Wohnungswesen
2007:
Wohnungsbestand in Berlin blieb konstant

Zum Jahresende 2007 gab es in Berlin 1 887 516 Wohnungen; das waren 3 240 oder 0,2 Prozent mehr als Ende 2006. Die Veränderung resultiert aus Wohnungszugängen durch Neubau (3 380) und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (583) sowie aus Abgängen als Folge von Nutzungsänderung, Zusammenlegung und Abbruch (723). Über die Hälfte der 311 896 Wohngebäude (54,3 Prozent) sind Ein- und Zweifamilienhäuser; knapp 1 Prozent aller Wohnungen befinden sich in Nichtwohngebäuden.

In der Reihe der zwölf Berliner Bezirke hat Pankow die meisten Wohnungen, gefolgt von Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf. Am Ende der Skala rangieren Spandau und Treptow-Köpenick. Bis auf Marzahn-Hellersdorf (18 Wohnungen

weniger) erhöhte sich in allen anderen Berliner Bezirken der Wohnungsbestand geringfügig; die meisten Wohnungen kamen in Pankow und Steglitz-Zehlendorf hinzu.

Bezirk	Bestand		Veränderung	
	am 31. 12. 2006	am 31. 12. 2007	absolut	%
Mitte	190 527	190 719	192	0,1
Friedrichshain-Kreuzberg	145 530	145 577	47	0,0
Pankow	202 176	202 960	784	0,4
Charlottenburg-Wilmersdorf	190 359	190 511	152	0,1
Spandau	117 605	117 908	303	0,3
Steglitz-Zehlendorf	156 124	156 702	578	0,4
Tempelhof-Schöneberg ..	185 121	185 215	94	0,1
Neukölln	164 931	165 005	74	0,0
Treptow-Köpenick	127 535	128 026	491	0,4
Marzahn-Hellersdorf	130 564	130 546	-18	-0,0
Lichtenberg	141 641	141 941	300	0,2
Reinickendorf	132 163	132 406	243	0,2
Berlin	1 884 276	1 887 516	3 240	0,2

Wohnungsbestand in Berlin im Jahr 2006 und 2007 nach Bezirken

Bautätigkeit und Wohnungswesen
2007:
Wohnungsbestand im Land Brandenburg blieb konstant

Zum Jahresende 2007 gab es im Land Brandenburg 1 275 288 Wohnungen; das waren 374 weniger als Ende 2006. Diese Veränderung resultiert aus Wohnungszugängen durch Neubau (6 226) und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (910) sowie aus Abgängen als Folge von Nutzungsänderung, Zusammenlegung und Abbruch (7 510). Von den 608 293 Wohngebäuden sind 85,4 Prozent Ein- und Zweifamilienhäuser; knapp 2 Prozent aller Wohnungen befinden sich in Nichtwohngebäuden.

Unter den Landkreisen hatte Oberhavel die meisten Wohnungen im Bestand, gefolgt von Potsdam-Mittelmark; bei den kreisfreien Städten war es Potsdam. Am Ende der Skala rangieren der Kreis Prignitz und Frankfurt (Oder). Geringfügige Zugänge erfolgten in neun Kreisen und in der Landeshauptstadt.

Die meisten Abgänge hatte Cottbus mit 1 441 Wohnungen (-2,4 Prozent) zu verzeichnen.

Verwaltungsbezirk	Bestand		Veränderung	
	am 31. 12. 2006	am 31. 12. 2007	absolut	%
Kreisfreie Städte				
Brandenburg an der Havel	44 831	44 355	-476	-1,1
Cottbus	59 169	57 728	-1 441	-2,4
Frankfurt (Oder)	36 681	36 036	-645	-1,8
Potsdam	79 919	80 478	559	0,7
Landkreise				
Barnim	85 553	86 094	541	0,6
Dahme-Spreewald	74 606	75 160	554	0,7
Elbe-Elster	61 517	61 636	119	0,2
Havelland	74 130	74 733	603	0,8
Märkisch-Oderland	92 830	93 273	443	0,5
Oberhavel	97 013	97 641	628	0,6
Oberspreewald-Lausitz ..	68 645	67 347	-1 298	-1,9
Oder-Spree	92 406	92 089	-317	-0,3
Ostprignitz-Ruppin	52 476	52 529	53	0,1
Potsdam-Mittelmark	91 204	92 147	943	1,0
Prignitz	48 116	48 054	-62	-0,1
Spree-Neiße	68 301	68 158	-143	-0,2
Teltow-Fläming	79 807	80 085	278	0,3
Uckermark	68 458	67 745	-713	-1,0
Land Brandenburg	1 275 662	1 275 288	-374	0,0

Wohnungsbestand im Land Brandenburg 2006 und 2007 nach Verwaltungsbezirken

Gesundheit
2007:
Weniger Schwangerschaftsabbrüche im Land Berlin

Im Jahr 2007 unterzogen sich insgesamt 9 621 Berlinerinnen einem Schwangerschaftsabbruch. Die Jahreszahl der Schwangerschaftsabbrüche ging gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozent zurück. Im Vergleich zum Jahr 2001 wurden 2007 im Land Berlin 17,1 Prozent weniger Schwangerschaften vorzeitig beendet. Der Rückgang der Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche setzte sich damit in 2007 fort.

Knapp eine Hälfte (47,5 Prozent) der Berliner Frauen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen ließen, waren zwischen 20 und 30 Jahre alt, ein Drittel der Frauen (33,2 Prozent) im Alter zwischen 30 und 40 Jahren und lediglich jede zwanzigste Frau (4,7 Prozent) im Alter unter 18 Jahren.

Jede zweite Frau war zum Zeitpunkt des Eingriffs ledig und jede dritte Frau verheiratet. Rund 44 Prozent der Schwangeren hatten vor dem Abbruch noch keine Lebendgeburt. Jede elfte Frau hatte bereits drei Kinder und mehr.

Das Gros der Schwangerschaftsabbrüche wurde ambulant in gynäkologischen Praxen/ OP-Zentren (91,2 Prozent) und im Krankenhaus (6,4 Prozent) durchgeführt. Nur bei 2,4 Prozent wurde eine Schwangerschaft stationär in einem Krankenhaus vorzeitig beendet. Fast 97 Prozent der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche erfolgten nach der Beratungsregelung. In 299 Fällen (3,1 Prozent) wurde der Eingriff mit einer medizinischen Indikation begründet.

Nach wie vor dominierte mit 77,4 Prozent die Vakuumaspiration (Absaugmethode). Bei 11,5 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche wurde das Medikament Mifegyne® angewandt. 80,6 Prozent der Abbrüche wurden zwischen der sechsten und dreizehnten Schwangerschaftswoche vorgenommen, bei 223 Frauen (2,3 Prozent) erfolgte der Abbruch nach der dreizehnten Schwangerschaftswoche.

Gesundheit
2007:
Im Land Brandenburg überwiegend ambulant Schwangerschaftsabbrüche

Im Land Brandenburg unterzogen sich im Jahr 2007 insgesamt 4 113 Frauen einem Schwangerschaftsabbruch, 1,7 Prozent weniger als im Jahr 2006. Damit setzte sich die sinkende Tendenz der Schwangerschaftsabbrüche der vergangenen Jahre fort. Die Quote der Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren betrug nach vorläufigen Berechnungen 8,4 und lag damit über der Quote für Deutschland von 7,2. Die bundesweit höchste Abbruchquote hatte Berlin (13,1), gefolgt von Bremen (12,8) und Hamburg (10,6).

Die überwiegende Mehrheit (97,4 Prozent) der betroffenen Frauen ließen den Abbruch ambulant vornehmen, nur 2,6 Prozent erfolgten stationär. Bei der Wahl des Ortes für den Eingriff bevorzugten mehr als die Hälfte der Frauen (51,5 Prozent) eine vorzeitige Beendigung der Schwangerschaft ambulant im Krankenhaus, 45,9 Prozent ließen den Eingriff in gynäkologischen Praxen/ OP-Zentren durchführen. Jeder zehnte Abbruch erfolgte nicht im eigenen Wohnland, sondern zum größten Teil im benachbarten Berlin.

Bei fast allen gemeldeten Schwangerschaftsabbrüchen lag eine Beratungsregelung innerhalb der ersten zwölf Wochen vor, 1,7 Prozent der Eingriffe wurden mit einer medizinischen bzw. einer kriminologischen Indikation begründet. Bei 43 Frauen (1,0 Prozent) erfolgte der Abbruch nach der 13. Woche.

Nach wie vor dominierte u.a. mit 79,1 Prozent die Vakuumaspiration (Absaugmethode) vor einem medikamentösen Abbruch (11,3 Prozent) und der Curettage (8,2 Prozent).

Knapp drei Viertel (71,5 Prozent) der Frauen waren zum Zeitpunkt des Abbruchs im Alter von 18 bis unter 35 Jahren, etwa jede fünfte Frau war 40 Jahre und älter, 267 Frauen (6,5 Prozent) waren minderjährig. Im Vergleich zum Jahr 2003 wurden 2007 rund ein Drittel weniger Abbrüche bei Minderjährigen gemeldet. Jede zweite Frau war zum Zeitpunkt des Eingriffs ledig, verheiratet war jede dritte Frau. 34,3 Prozent der Schwangeren hatten vor dem Abbruch noch keine Lebendgeburt, jede zwölfte Frau hatte drei Kinder und mehr.

Handel
Mai 2008:
Berliner Einzelhandel
3 Prozent höheren Umsatz
als im Vorjahr

Nach vorläufigen Berechnungen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg setzte der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Mai 2008 nominal 3,0 Prozent mehr um als im Mai 2007. Real, das heißt unter Ausschaltung der Preisentwicklung, wurde der Vorjahresumsatz um 1,3 Prozent gesteigert. Der Mai hatte diesmal 25 Verkaufstage gegenüber 24 Verkaufstagen im Jahr 2007. Der Umsatz je Verkaufstag blieb aus diesem Grund nominal um 1,2 Prozent und real um 2,9 Prozent hinter dem Vorjahr zurück.

Für die meisten auf Länderebene darstellbaren Branchen des Einzelhandels waren Umsatzrückgänge zu verzeichnen. Lediglich der sonstige Facheinzelhandel (Textilien, Bekleidung, Schuhe; Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf; Büchern, Schreibwaren, Bürobedarf, Facheinzelhandel a. n. g.) konnte nennenswert zulegen (+8,1 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag im Mai 1,1 Prozent höher als ein Jahr zuvor (Vollbeschäftigte -0,1 Prozent; Teilzeitbeschäftigte +2,1 Prozent).

Umsatz und Beschäftigte
des Einzelhandels
in Berlin im Mai 2008
 – Vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	Mai 2008			Januar bis Mai 2008		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %						
Einzelhandel (ohne KFZ-Handel) in Verkaufsräumen	3,0	1,3	1,1	0,6	-1,1	0,3
mit Waren verschiedener Art.....	-0,8	-4,7	-2,7	-2,5	-6,3	-2,4
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	-2,2	-2,8	-1,6	-2,4	-3,0	-3,0
Sonstiger Facheinzelhandel	8,1	9,3	3,2	3,3	4,4	2,1
außerhalb von Verkaufsräumen.....	-0,6	-7,5	-5,9	4,9	-2,3	-1,8

Handel
Mai 2008:
Nominaler Umsatz-
zuwachs im Einzelhandel
wegen gestiegener Preise
im Land Brandenburg

Der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) setzte im Land Brandenburg im Mai 2008 nach vorläufigen Berechnungen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg nominal 2,1 Prozent mehr um als im Mai 2007. Real, das heißt unter Ausschaltung der Preisentwicklung, wurde der Vorjahresumsatz allerdings um 1,3 Prozent verfehlt. Der Mai hatte in diesem Jahr 25 Verkaufstage gegenüber 24 Verkaufstagen im Mai des Vorjahres. Der Umsatz je Verkaufstag blieb daher nominal um 2,1 Prozent und real um 5,5 Prozent hinter dem Mai des Vorjahres zurück.

Unterdurchschnittlich (nominal -0,9 Prozent) verlief die Umsatzentwicklung im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art. Dieser größte Wirtschaftszweig des Einzelhandels umfasst im Wesentlichen den Lebensmittelhandel in Supermärkten und Discountgeschäften und den klassischen Warenhausbereich.

Der Bereich Apotheken, Drogerien, Orthopädie- und Kosmetikgeschäfte konnte seinen Umsatz nominal um 3,9 Prozent steigern, der sonstige Facheinzelhandel in Verkaufsräumen (Textilien, Bekleidung, Schuhe; Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf; Büchern, Schreibwaren, Bürobedarf, Facheinzelhandel a. n. g.) sogar um 4,9 Prozent. In diesen Bereichen sind bisher kaum Preissteigerungen festzustellen.

Die Umsatzsteigerung beim Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen (+53,7 Prozent) ist offensichtlich auf höhere Umsatzerlöse beim Heizölhandel durch die starken Preissteigerungen zurückzuführen.

Die Zahl der Beschäftigten im Brandenburger Einzelhandel lag im Mai um 2,1 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahreswert (Vollbeschäftigte -0,7 Prozent; Teilzeitbeschäftigte -3,1 Prozent).

Umsatz und Beschäftigte
des Einzelhandels
im Land Brandenburg
im Mai 2008
 – Vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	Mai 2008			Januar bis Mai 2008		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %						
Einzelhandel (ohne KFZ-Handel) in Verkaufsräumen	2,1	-1,3	-2,1	0,7	-2,5	-1,3
mit Waren verschiedener Art.....	-0,9	-5,4	-7,0	-1,4	-5,8	-4,6
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	3,9	3,5	2,0	5,9	5,4	2,7
Sonstiger Facheinzelhandel	4,9	4,4	0,7	-1,0	-1,0	0,7
außerhalb von Verkaufsräumen.....	53,7	12,7	4,7	53,7	21,8	4,7

Preise
Juli 2008:
Verbraucherpreisindex
in Berlin stieg
gegenüber Juli 2007
um +3,4 Prozent

Der Verbraucherpreisindex in Berlin ist von Juni 2008 bis Juli 2008 um 0,7 Prozent auf einen Indexstand von 107,4 (Basis 2005=100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Juli 2007 betrug +3,4 Prozent.

Im Juli 2008 wurde die kurzfristige Entwicklung der Verbraucherpreise vordergründig durch saisonbedingte Preiserhöhungen bei den Ausgaben für den Urlaub bestimmt. So wurden Miete für Ferienwohnungen um 27,1 Prozent, Pauschalreisen um 13,8 Prozent sowie Zelt- und Campingplatzgebühren um 2,1 Prozent teurer. Preiserhöhungen waren auch wieder bei Kraftstoffen, Heizöl, Fernwärme sowie Fischen und Fischwaren, Speisefetten und -ölen zu verzeichnen.

Preissenkungen wurden in erster Linie bei Bekleidung und Schuhen, Obst, Kaffee, alkoholfreien Getränken und Dienstleistungen sozialer Einrichtungen ermittelt.

Die jährliche Veränderungsrate lag im Juli 2008 bei +3,4 Prozent. Ursache dafür war vor allem der erneute Preisdruck der Energieprodukte. Ohne Einbeziehung dieser hätte sich der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat nur um 2,0 Prozent erhöht. Preistreiber waren, wie schon in den Vormonaten, Mineralölprodukte, Fernwärme und Gas. Bezugnehmend auf Kraftstoffe ist weiterhin der drastische Preisanstieg für Dieselmotorkraftstoffe von +33,4 Prozent hervorzuheben. Auch weiterhin überdurchschnittliche Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln und Getränken sowie gestiegene Preise für Nettokaltmieten, pharmazeutische Erzeugnisse, Verkehrs-, Verpflegungs- und Versicherungsdienstleistungen trugen zur Gesamtentwicklung im Jahresvergleich bei.

Verbraucherfreundlich gegenüber dem Vorjahr entwickelten sich im Juli 2008 die Preise für Haushaltsgeräte, Heimelektronik, Telekommunikationsdienstleistungen, Hotelübernachtungen und Dienstleistungen sozialer Einrichtungen.

Verbraucherpreisindex in Berlin
im Juli 2008 nach Abteilungen und ausgewählten Gütern
 Basis 2005 = 100

Bezeichnung	Wägungs- anteil am Gesamt- index	Index- stand	Veränderung gegenüber	
			Vorjahres- monat	Vormonat
			%	
	Promille	2005=100		
Preisindex insgesamt	1000,00	107,4	3,4	0,7
ohne saisonabhängige Nahrungsmittel	983,09	107,2	3,3	0,7
ohne Heizöl und Kraftstoffe	955,42	105,8	2,1	0,5
ohne Nettomieten und Nebenkosten	763,66	108,3	3,6	0,7
ohne administrierte Preise	792,42	108,0	3,9	0,8
Waren	493,00	109,8	5,2	0,3
Andere Verbrauchsgüter	305,11	116,9	8,1	0,4
Dienstleistungen	507,00	105,1	1,6	1,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,55	114,5	7,6	-
Nahrungsmittel zusammen	89,99	114,8	8,3	0,2
saisonabhängige Nahrungsmittel ¹	16,91	119,1	5,0	-0,2
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	38,99	109,3	3,5	-
alkoholische Getränke (ohne Verzehr in Gaststätten)	16,56	107,5	6,0	-0,1
Bekleidung und Schuhe	48,88	97,3	0,9	-2,1
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	308,00	109,7	4,1	0,4
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	236,34	104,4	2,2	0,3
Nettokaltmieten	203,30	104,3	2,3	0,3
Wohnungsnebenkosten	33,04	104,7	1,0	-
Haushaltsenergie	59,82	128,5	11,2	0,6
Elektrizität	24,61	111,6	-1,9	-
Gas	12,85	129,9	7,4	-
Heizöl	9,21	174,8	58,2	1,1
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	55,87	101,2	0,8	-
Gesundheitspflege	40,27	102,3	0,8	0,1
Verkehr	131,90	114,8	7,0	1,4
Kraftstoffe	35,37	132,1	19,5	3,1
Nachrichtenübermittlung	31,00	91,6	-3,3	-0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	115,68	100,5	0,1	3,4
Pauschalreisen	25,93	113,7	1,4	13,8
Bildungswesen	7,40	101,7	-1,1	-
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	43,99	107,0	-0,3	2,2
Verpflegungsdienstleistungen	32,12	106,1	2,0	0,1
Beherbergungsdienstleistungen (ohne Pauschalreisen)	11,87	109,4	-6,0	8,2
Miete für Ferienwohnungen	4,44	133,5	0,5	27,1
Andere Waren und Dienstleistungen	74,47	106,0	2,0	-0,1

¹ Kartoffeln,
 Frischgemüse,
 Frischobst und
 Frischfisch

Preise
Juli 2008:
Verbraucherpreisindex im
Land Brandenburg gegen-
über Juli 2007 um +3,2
Prozent gestiegen

Der Verbraucherpreisindex für das Land Brandenburg ist von Juni 2008 bis Juli 2008 um 0,5 Prozent auf einen Indexstand von 107,5 (Basis 2005=100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Juli 2007 betrug +3,2 Prozent.

Im Juli 2008 wurde die kurzfristige Entwicklung der Verbraucherpreise vordergründig durch saisonbedingte Preiserhöhungen bei den Ausgaben für den Urlaub bestimmt. So wurden Miete für Ferienwohnungen um 27,1 Prozent, Pauschalreisen um 13,8 Prozent sowie Zelt- und Campingplatzgebühren um 2,1 Prozent teurer. Preiserhöhungen waren auch wieder bei Kraftstoffen, Strom, Fernwärme sowie Speisefetten und -ölen, Obst, Mineralwasser, Säften und alkoholischen Getränken zu verzeichnen.

Preissenkungen wurden in erster Linie bei Bekleidung und Schuhen, Dienstleistungen sozialer Einrichtungen, Gemüse und Kaffee ermittelt. Die jährliche Veränderungsrate lag im Juli 2008 bei +3,2 Prozent. Ursache dafür war vor allem der

erneute Preisdruck der Energiepreise, der im Juli zu einer Verdopplung der jährlichen Teuerungsrate geführt hat. Ohne Einbeziehung dieser hätte sich der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat nur um 1,6 Prozent erhöht.

Preistreiber waren wie schon in den Vormonaten Mineralölprodukte, Fernwärme, Strom und Gas. Bezugnehmend auf Kraftstoffe ist weiterhin der drastische Preisanstieg für Dieselkraftstoffe von +30,0 Prozent hervorzuheben. Auch weiterhin überdurchschnittliche Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Getränken sowie gestiegene Preise für die Gesundheitspflege, Freizeit- und Kulturdienstleistungen sowie Verkehrs-, Verpflegungs- und Versicherungsdienstleistungen trugen zur Gesamtentwicklung im Jahresvergleich bei.

Verbraucherfreundlich gegenüber dem Vorjahr entwickelten sich im Juli 2008 die Preise für Bekleidung, Heimelektronik, Telekommunikationsdienstleistungen und Dienstleistungen sozialer Einrichtungen.

Verbraucherpreisindex im Land Brandenburg
im Juli 2008 nach Abteilungen und ausgewählten Gütern
 Basis 2005 = 100

Bezeichnung	Wägungs- anteil am Gesamt- index	Indexstand	Veränderung gegenüber	
			Vorjahres- monat	Vormonat
	Promille	2005 = 100	%	
Preisindex insgesamt	1000,00	107,5	3,2	0,5
ohne saisonabhängige Nahrungsmittel	983,09	107,3	3,1	0,5
ohne Heizöl und Kraftstoffe	955,42	106,0	2,0	0,4
ohne Nettomieten und Nebenkosten	763,66	109,2	3,9	0,6
ohne administrierte Preise	792,42	107,6	3,3	0,7
Waren	493,00	110,4	5,0	0,1
Andere Verbrauchsgüter	305,11	116,9	8,1	0,5
Dienstleistungen	507,00	104,6	1,1	0,9
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,55	114,1	7,6	0,2
Nahrungsmittel zusammen	89,99	114,4	8,1	0,2
saisonabhängige Nahrungsmittel ¹	16,91	118,0	4,0	-0,7
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	38,99	109,1	2,8	0,2
alkoholische Getränke (ohne Verzehr in Gaststätten)	16,56	107,0	4,5	0,3
Bekleidung und Schuhe	48,88	99,8	-0,4	-2,6
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	308,00	107,7	3,4	0,3
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	236,34	101,8	0,3	0,1
Nettokalmmieten	203,30	101,4	0,3	0,1
Wohnungsnebenkosten	33,04	104,3	0,6	-
Haushaltsenergie	59,82	130,5	14,2	0,9
Elektrizität	24,61	120,4	8,2	1,4
Gas	12,85	125,2	5,7	-
Heizöl	9,21	169,0	52,0	0,1
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	55,87	103,6	0,5	0,1
Gesundheitspflege	40,27	103,4	2,3	0,1
Verkehr	131,90	114,2	6,2	0,9
Kraftstoffe	35,37	130,8	16,5	2,0
Nachrichtenübermittlung	31,00	91,6	-3,3	-0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	115,68	103,4	0,8	3,2
Pauschalreisen	25,93	113,7	1,4	13,8
Bildungswesen	7,40	112,7	4,8	-
Beherbergungs- und Gastättendienstleistungen	43,99	108,9	1,5	2,2
Verpflegungsdienstleistungen	32,12	107,2	2,3	-
Beherbergungsdienstleistungen (ohne Pauschalreisen)	11,87	113,4	-0,7	8,0
Miete für Ferienwohnungen	4,44	133,5	0,5	27,1
Andere Waren und Dienstleistungen	74,47	106,2	1,3	-1,2

¹ Kartoffeln,
 Frischgemüse,
 Frischobst und
 Frischfisch

Kultur
**In Berlin geht
 man ins Museum
 – in Hamburg
 ins Theater**

Die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Kulturindikatoren auf einen Blick – Ein Ländervergleich“ ist erschienen. Darin enthalten sind 20 Indikatoren aus verschiedenen Kulturbereichen. Damit liegt zum ersten Mal ein umfassender statistischer Einblick in Kulturproduktion und -nutzung in Deutschland vor, gespeist aus Daten der amtlichen Statistik sowie Angaben anderer Institutionen.

Der Inhalt der Veröffentlichung reicht von Angaben zu den Ausgaben für Denkmalschutz und -pflege, Nutzung von Bibliotheken, Chormitgliedschaften, Veröffentlichung von Büchern und Tageszeitungen, Kinobesuchen, Erwerbstätigen in Kulturberufen, Öffentliche Ausgaben für Kultur, Schülern in künstlerischen Fächern, Hochschulstudium aus der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“, Schülern in öffentlichen Musikschulen, Volkshochschulkurse des Programmbereichs „Kunst, Gestalten“ bis hin zu Informationen zur Ausstattung von privaten Haushalten mit Unterhaltungselektronik wie z. B. DVD-Gerät, MP3-Player und mit Internetanschluss.

Hier nur ein Beispiel: In Deutschland besuchten 2006 gut 102 Millionen Menschen Museen. Dabei lag Berlin im Ländervergleich an der Spitze (12 Millionen Besucher). Im Jahr 2006 wurde in Berlin dreimal häufiger ein Museum besucht als im Bundesdurchschnitt. Statistisch gesehen gingen im Jahr 2006 in Deutschland vier von zehn Einwohnern einmal ins Theater. Spitzenreiter bei den Theaterbesuchen ist – bezogen auf die Einwohnerzahl – Hamburg mit 238 Theaterbesuchen auf 100 Einwohner. Auf den nächsten Plätzen folgten Bremen und Berlin mit 92 bzw. 91 Theaterbesuchen auf 100 Einwohner. Der Städtetourismus spielt bei den relativ hohen Besuchszahlen in den Stadtstaaten eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Die Menschen gingen insgesamt dreimal häufiger ins Museum als ins Theater.

Die Veröffentlichung „Kulturindikatoren auf einen Blick – Ein Ländervergleich“ umfasst knapp 70 Seiten und ist über das gemeinsame Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistikportal.de) als PDF-Datei zum kostenlosen Download oder in gedruckter Fassung zum Preis von **10,00 EUR** zu beziehen.



aus Deutschland

Bevölkerung Bevölkerungszahl vermutlich um 1,3 Millionen zu hoch

Die Bevölkerungszahl für Deutschland (82,2 Millionen am 31.12.2007) ist vermutlich – wie seit längerem bekannt – etwas höher als die tatsächliche Bevölkerungszahl. Das Statistische Bundesamt rechnet damit, dass die Bevölkerungszahl um etwa 1,3 Millionen Personen überzeichnet ist.

Medienberichte der vergangenen Wochen, die von einer Überzeichnung von vier Millionen Personen ausgingen, können somit nicht bestätigt werden. Genaue amtliche Bevölkerungszahlen werden wieder nach dem Zensus 2011 vorliegen, die EU-weite Erhebung, die ermittelt, wie viele Menschen in einem Land leben, wie sie wohnen und arbeiten.

Der Zensus im Jahr 2011 wird dabei in Deutschland mit einem neuen Verfahren durchgeführt werden, das auf eine traditionelle Befragung aller Einwohnerinnen und Einwohner verzichtet. Die neue Methode des auf Register basierten und mit Stichproben gestützten Zensus 2011 haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in einem von 2001 bis 2003 durchgeführten Zensusstest ausführlich erprobt. So gab es einen Vergleich von den in den Melderegistern gespeicherten Daten mit den Angaben aus einer Stichprobenbefragung von Haushalten. Hochgerechnet wurden dabei etwa 4,8 Millionen Abweichungen gefunden. Diese setzten sich aus rund 3,2 Millionen potenziellen Übererfassungen der Melderegister und circa 1,6 Millionen potenziellen Untererfassungen zusammen.

Die in den Melderegistern zu viel erfassten Personen (Übererfassungen) und die zu wenig erfassten Personen (Untererfassungen) wiegen sich zumindest zum Teil im

Saldo auf, hinzu kommen noch weitere kleinere Abweichungen. Weitere Analysen ergaben im Rahmen des Zensusstests, dass insgesamt die aktuelle die tatsächliche Bevölkerungszahl vermutlich um etwa 1,3 Millionen Personen überzeichnet. Das Ausmaß der Unter- und Übererfassungen variierte dabei zwischen den einzelnen Melderegistern stark und war in großen deutlich höher als in kleinen Gemeinden.

Die in den Melderegistern enthaltenen Fehler werden nicht in die Ergebnisse des Zensus 2011 einfließen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben Verfahren entwickelt, um die Ungenauigkeiten der Register festzustellen und in der Statistik zu korrigieren. Hierzu werden unter anderem Informationen aus einer Stichprobenbefragung von Haushalten genutzt.

Derzeit basieren die amtlichen Einwohnerzahlen für alle Gebietskörperschaften in Deutschland auf den Ergebnissen der Volkszählung 1987 im früheren Bundesgebiet und der letzten Volkszählung in der DDR 1981, die regelmäßig mit den Angaben zu Geburten und Sterbefällen sowie Zu- und Fortzügen fortgeschrieben werden. Wegen der tief greifenden demografischen Veränderungen in Deutschland seit den letzten Volkszählungen und wegen des sehr großen zeitlichen Abstandes zu dieser Basis werden die Ergebnisse dieser Bevölkerungsfortschreibung immer ungenauer. Deshalb ist von Zeit zu Zeit eine neue Erhebung notwendig, wie sie mit dem Zensus 2011 stattfinden wird.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sozialleistungen 2007: 6,9 Millionen schwerbehinderte Menschen in Deutschland

Zum Jahresende 2007 lebten in Deutschland 6,9 Millionen schwerbehinderte Menschen; das waren rund 153 000 oder 2,3 Prozent mehr als am Jahresende 2005. Bezogen auf die gesamte Bevölkerung war in Deutschland jeder zwölfte Einwohner (8,4 Prozent) schwerbehindert. Knapp über die Hälfte (52 Prozent) der Schwerbehinderten waren

Männer. Als schwerbehindert gelten Personen, denen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung von 50 und mehr zuerkannt wurde.

Behinderungen treten vor allem bei älteren Menschen auf: So war ein gutes Viertel (28 Prozent) der schwerbehinderten Menschen 75 Jahre und älter; knapp die Hälfte (46 Prozent) gehörte der Altersgruppe zwischen 55 und 75 Jahren an. 2 Prozent der Schwerbehinderten waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Überwiegend (82 Prozent) wurde die Behinderung durch eine Krankheit verursacht; 4 Prozent der Behinderungen waren angeboren oder traten im ersten Lebens-

jahr auf, 2 Prozent waren auf einen Unfall oder eine Berufskrankheit zurückzuführen.

Am häufigsten litten schwerbehinderte Menschen unter körperlichen Behinderungen (64 Prozent): Bei 25 Prozent der Personen waren die inneren Organe beziehungsweise Organsysteme betroffen. Bei 14 Prozent waren Arme und Beine in ihrer Funktion eingeschränkt, bei weiteren 13 Prozent Wirbelsäule und Rumpf. In 5 Prozent der Fälle lag Blindheit oder Sehbehinderung vor. 4 Prozent litten unter Schwerhörigkeit, Gleichgewichts- oder Sprachstörungen.

Auf geistige oder seelische Behinderungen entfielen zusammen 10 Prozent der Fälle, auf zerebrale Störungen 9 Prozent. Bei den übrigen Personen (17 Prozent) war die Art der schwersten Behinderung nicht ausgewiesen.

Bei einem Viertel der schwerbehinderten Menschen (25 Prozent) war vom Versorgungsamt der höchste Grad der Behinderung von 100 festgestellt worden; 30 Prozent wiesen einen Behinderungsgrad von 50 auf.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sozialleistungen Im Jahr 2007 wurden in Deutschland 28 200 Kinder und Jugendliche von Jugendämtern in Obhut genommen. Dies waren rund 2 200 (+ 8,4 Prozent) mehr als 2006. Damit leisteten die Jugendämter rein rechnerisch jeden Tag für 77 Kinder und Jugendliche „erste Hilfe“ in für sie gefährlichen Situationen; im Vorjahr waren es pro Tag rechnerisch 71 Kinder und Jugendliche. 435 dieser Inobhutnahmen waren sogenannte Herausnahmen, das heißt, die Kinder wurden gegen den erklärten Willen der Sorgeberechtigten in Obhut genommen. Im Jahr 2006 hatte es 151 Herausnahmen gegeben.

Eine Inobhutnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, wenn sie sich in einer akuten, sie gefährdenden Situation befinden. Jugendämter nehmen Minderjährige auf deren eigenen Wunsch oder auf Initiative Anderer (etwa der Polizei oder Erzieher) in Obhut und bringen sie – meist für Stunden oder einige Tage – in einer

geeigneten Einrichtung unter, wie zum Beispiel in einem Heim. 7 000 Kinder und Jugendliche (25 Prozent) wurden 2007 auf eigenen Wunsch in Obhut genommen, bei den Übrigen veranlassten andere Personen oder Stellen die Inobhutnahme.

16 500 (58 Prozent) der in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen waren älter als 14 Jahre. Mit einem Anteil von 55 Prozent (15 400) aller in Obhut Genommenen waren Mädchen wie in den Vorjahren in der Überzahl.

An einem jugendgefährdenden Ort, zum Beispiel in Straßen mit Bordellbetrieb oder an Treffpunkten von Drogenhändlern, wurden rund 11 Prozent (3 000) der in Obhut Genommenen aufgegriffen.

Der mit Abstand meistgenannte Anlass für die Inobhutnahme war in 44 Prozent der Fälle die Überforderung der Eltern. Bei 6 500 der Kinder und Jugendlichen (23 Prozent) waren Vernachlässigung beziehungsweise Anzeichen für Misshandlung oder für sexuellen Missbrauch festgestellt worden.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Erwerbstätigkeit Im Jahr 2007 gingen deutschlandweit bei rund der Hälfte (51 Prozent) der Familien mit zwei Elternteilen Mutter und Vater aktiv einer Erwerbstätigkeit nach. Nach der „klassischen“ Rollenverteilung, bei der ausschließlich der Vater arbeitet, gestalteten 35 Prozent der Paare mit Kindern ihr Erwerbsleben. Zu den Paaren zählen Ehepaare und Lebensgemeinschaften mit mindestens einem im Haushalt lebenden Kind unter 15 Jahren. Beide Elternteile sind zudem im erwerbsfähigen Alter.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten, insbesondere für Kleinst- und Kleinkinder.

Bei den unter Dreijährigen haben die Eltern von rund 320 000 Kindern zum 15. März 2007 eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und Betreuung in Anspruch genommen.

Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern dieser Altersgruppe (Betreuungsquote) belief sich damit bundesweit auf rund 16 Prozent. Im Jahr 2006 hatte die Betreuungsquote noch bei 14 Prozent gelegen.

Bei den Kindern zwischen drei und fünf Jahren hat sich der Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern dieser Altersgruppe im März 2007 auf rund 89 Prozent erhöht, gegenüber 87 Prozent in 2006. Damit nutzten rund 2 Millionen Eltern ein solches Angebot.

Wie Väter und Mütter Erwerbstätigkeit und Beruf unmittelbar nach Geburt eines Kindes vereinbaren, zeigen unter anderem auch die Ergebnisse der Elterngeldstatistik. So war über die Hälfte (55 Prozent) der insgesamt 720 000 Elterngeldempfänger der im Jahr 2007 geborenen Kinder vor der Geburt des Kindes erwerbstätig. Während mehr als drei Viertel (77 Prozent) der insgesamt 87 000 Väter vor der Geburt einer Erwerbstätigkeit nachgingen, war es bei den Müttern etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent oder 332 000).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Löhne und Gehältern
2006:
Von 100 EUR
Bruttolohn erhalten
Arbeitnehmer
netto 64 EUR

Im Jahr 2006 blieben den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe von 100 EUR Bruttolohn nach Abzug von Lohnsteuern und Sozialbeiträgen im Durchschnitt 64,41 EUR. Dies entsprach in etwa den Ergebnissen der Erhebungen in den Jahren 1995 und 2001 (65,23 EUR und 64,77 EUR). Die Beitragsätze der Arbeitnehmer zur Sozialversicherung stiegen von 19,7 Prozent im Jahr 1995 auf 20,4 Prozent im Jahr 2001 und auf 21,4 Prozent im Jahr 2006.

Im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst im Oktober 2006 bei 3 093 EUR. Der durchschnittliche Nettomonatsverdienst betrug 1 986 EUR. Dabei unterscheidet sich die Höhe des Bruttomonatsverdienstes nach der Größe des Unternehmens. Je mehr Arbeitnehmer im Unternehmen beschäftigt waren, desto höher war der Bruttomonatsverdienst. So verdienten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in kleinen Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten 2 534 EUR und in mittelgroßen Unternehmen mit 100 bis 249 Arbeitnehmern 2 900 EUR. In großen Unternehmen (1 000 und mehr Beschäftigte) lag der Bruttomonatsverdienst bei 3 618 EUR.

Den höchsten Bruttojahresverdienst differenziert nach Berufen – Selbstständige werden nicht erfasst – erzielten im Jahr 2006 Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter mit 92 556 EUR. An zweiter Stelle lagen Rechtsvertreter und Rechtsberater mit 82 135 EUR, gefolgt von Luftverkehrsberufen mit 77 796 EUR und Unternehmensberatern mit 76 172 EUR. Ebenfalls sehr hohe Bruttojahresverdienste erhielten angestellte Ärzte (75 895 EUR) sowie Chemiker und Chemieingenieure (75 533 EUR). Den niedrigsten Verdienst 2006 hatten Friseure mit 15 787 EUR. Andere Berufe mit sehr niedrigen Bruttojahresverdiensten waren Wäscher und Plätter (20 629 EUR), Glasreiniger und Gebäudereiniger (21 414 EUR), Raumpfleger (21 779 EUR), Hauswirtschaftliche Betreuer (21 951 EUR) sowie Fleisch- und Wursthersteller (23 333 EUR).

Hohe Bruttojahresverdienste gingen häufig auch mit hohen Sonderzahlungen, wie zum Beispiel Weihnachts-, Urlaubsgeld oder Leistungsprämien, einher. So bekamen Chemiker und Chemieingenieure im Jahr 2006 durchschnittlich Sonderzahlungen in Höhe von 12 344 EUR. Dies entsprach 16,3 Prozent des Bruttojahresverdienstes. In Berufen mit niedrigen Verdiensten wurden dagegen häufig niedrige Sonderzahlungen ausgezahlt. Friseure bekamen im Durchschnitt 337 EUR, das waren 2,1 Prozent ihres Bruttojahresverdienstes. Demnach unterschied sich nicht nur die Höhe der Sonderzahlungen, sondern auch ihr Anteil am Bruttojahresverdienst war in Berufen mit hohen Verdiensten in der Regel größer als in Berufen mit niedrigen Verdiensten.

Dies sind erste Ergebnisse der für das Jahr 2006 nach europaweit einheitlichen Standards durchgeführten Verdienststrukturerhebung. Dabei wurden im Gegensatz zu früheren Erhebungen das Produzierende Gewerbe und der gesamte Dienstleistungsbereich (ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung) erfasst. In Deutschland wurden für diese Strukturerhebung für rund 34 000 Betriebe (mit 10 und mehr Beschäftigten) und über 3 Millionen Arbeitnehmer Angaben zu Verdiensten und Arbeitszeiten im Jahr 2006 erfragt. Diese Verdienste und Arbeitszeiten lassen sich nach einer Vielzahl verdienstbestimmender – persönlicher und mit dem Arbeitsplatz verbundener – Merkmale der Arbeitnehmer analysieren.

Unternehmen mit ... bis ... Arbeitnehmern	Bruttomonatsverdienst
Anzahl	EUR
10 – 19.....	2 534
20 – 49.....	2 700
50 – 99.....	2 728
100 – 249.....	2 900
250 – 499.....	3 018
500 – 999.....	3 310
1 000 und mehr	3 618
Insgesamt	3 093

Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Oktober 2006 in Deutschland nach Unternehmensgrößenklasse

Beruf	Bruttojahresverdienst		Anteil der Sonderzahlungen am Bruttojahresverdienst
	insgesamt	darunter: Sonderzahlungen	
	EUR	EUR	%
Berufe mit hohen Verdiensten			
Geschäftsführer, Geschäftsbereichsleiter	92 556	16 017	17,3
Rechtsvertreter, Rechtsberater.....	82 135	8 960	10,9
Luftverkehrsberufe.....	77 796	6 108	7,9
Unternehmensberater, Organisatoren.....	76 172	12 940	17,0
Ärzte.....	75 895	4 496	5,9
Chemiker, Chemieingenieure.....	75 533	12 344	16,3
Berufe mit niedrigen Verdiensten			
Friseure	15 787	337	2,1
Wäscher, Plätter.....	20 629	1 035	5,0
Glasreiniger, Gebäudereiniger.....	21 414	563	2,6
Raumpfleger.....	21 779	1 096	5,0
Hauswirtschaftliche Betreuer.....	21 951	1 394	6,4
Fleischhersteller, Wurstwarenhersteller.....	23 333	858	3,7

Bruttojahresverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahr 2006 in Deutschland nach ausgewählten Berufen



aus Europa

Tourismus
2006:
Fast 40 Prozent
aller Reisen mit
vier oder mehr
Übernachtungen sind
Auslandsreisen

Im Jahr 2006 unternahm die Bevölkerung der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU27) insgesamt 438 Millionen Reisen (Urlaubs-, Geschäfts- oder andere Reisen) mit vier oder mehr Übernachtungen. 61 Prozent dieser Reisen waren Inlandsreisen – d.h. Reisen innerhalb des eigenen Landes – und die restlichen 39 Prozent waren Auslandsreisen – d.h. Reisen in andere Länder. In 12 Mitgliedstaaten, für die entsprechende

Daten verfügbar sind, waren Inlandsreisen beliebter, und in 12 weiteren Ländern waren es Auslandsreisen. Mehr als drei Viertel der Reisen der Einwohner Griechenlands (89 Prozent), Rumäniens (88 Prozent), Spaniens (86 Prozent), Frankreichs (83 Prozent), Polens (81 Prozent) und Italiens (75 Prozent) waren Inlandsreisen. Dagegen gingen über 70 Prozent der Reisen von Einwohnern aus Luxemburg (99 Prozent), Belgien (81 Prozent), Irland (77 Prozent) und Slowenien (72 Prozent) ins Ausland.

Betrachtet man die Reisegewohnheiten nach Altersgruppen, so waren Inlandsreisen im Jahr 2006 bei allen Altersgruppen in der EU27 am beliebtesten: 61 Prozent

der Reisen mit vier oder mehr Übernachtungen von Personen zwischen 15 und 24 Jahre waren Inlandsreisen, während dies auf 58 Prozent aller Reisen der 25- bis 64-Jährigen und auf 71 Prozent der Reisen der Altersgruppe ab 65 Jahre zutraf.

Die Reisegewohnheiten von jungen Menschen im Alter von 15-24 Jahren entsprachen in allen Mitgliedstaaten annähernd dem Durchschnitt, ausgenommen von Lettland (57 Prozent aller Reisen der 15- bis 24-Jährigen waren Inlandsreisen, gegenüber einem Durchschnitt von 47 Prozent) und dem Vereinigten Königreich (64 Prozent aller Reisen der 15- bis 24-Jährigen waren Auslandsreisen, gegenüber einem Durchschnitt von 54 Prozent).

Verglichen mit dem Durchschnitt, fanden in den meisten Mitgliedstaaten Inlandsreisen in der Altersgruppe ab 65 Jahren weitaus häufiger statt. Die größten Unterschiede waren dabei in Litauen (85 Prozent aller Reisen der Personen ab 65 Jahre waren Inlandsreisen gegenüber einem Durchschnittswert von 38 Prozent), in Ungarn (92 Prozent gegenüber 64 Prozent) und Slowenien (54 Prozent gegenüber 28 Prozent) zu verzeichnen.

Quelle: Eurostat

Reisen¹ mit vier oder mehr Übernachtungen der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 2006 nach Ländern und Altersgruppen

Land	Reisen		Personen im Alter von ... bis ...					
	insgesamt		15 – 24		25 – 64		65 und älter	
	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland
Anteil in %								
EU27	61	39	61	39	58	42	71	29
Belgien	19	81	21	79	18	82	24	76
Bulgarien
Tschechische Republik ...	56	44	57	43	54	46	73	27
Dänemark	31	69
Deutschland	38	62	35	65	37	63	51	49
Estland	33	67
Irland	23	77	19	81	21	79	33	67
Griechenland	89	11	92	8	88	12	89	11
Spanien	86	14	91	9	83	17	94	6
Frankreich	83	17	80	20	84	16	83	17
Italien	75	25	69	31	75	25	85	15
Zypern
Lettland	47	53	57	43	41	59	66	34
Litauen	38	62	38	62	32	68	85	15
Luxemburg	1	99	1	99	1	99	1	99
Ungarn	64	36	61	39	59	41	92	8
Malta
Niederlande	38	62	34	66	36	64	50	50
Österreich	37	63
Polen	81	19	83	17	79	21	87	13
Portugal	79	21	81	19	77	23	85	15
Rumänien	88	12	90	10	87	13	88	12
Slowenien	28	72	20	80	26	74	54	46
Slowakei	53	47	55	45	51	49	70	30
Finnland	69	31	73	27	68	32	72	28
Schweden	57	43	61	39	56	44	60	40
Vereinigtes Königreich ...	46	54	36	64	44	56	60	40

Quelle: Eurostat

¹ Urlaubs-, Geschäfts- oder andere Reisen.

• Daten nicht verfügbar

Energie
2006:
Energieabhängigkeits-
quote der
Europäischen Union
lag bei 54 Prozent

In der EU27 betrug im Jahr 2006 der Bruttoinlandsenergieverbrauch¹ bei 1 825 Millionen Tonnen Rohöleinheiten² (tRÖE) und blieb somit gegenüber 2005 unverändert, während die Energieerzeugung um 2,3 Prozent auf 871 Millionen tRÖE zurückging. Infolgedessen nahmen die Nettoeinfuhren³ 2006 um 2,4 Prozent zu und die Energieabhängigkeitsquote⁴ stieg von 53 Prozent im Jahr 2005 auf 54 Prozent im Jahr 2006 an. Zwischen 1997 und 2006 ging die Energieerzeugung in der EU27 um 9 Prozent zurück, während der Verbrauch und die Nettoeinfuhren um 7 Prozent bzw. 29 Prozent stiegen. 1997 lag die Energieabhängigkeitsquote bei 45 Prozent.

Die stärkste Zunahme des Energieverbrauchs wurde zwischen 2005 und 2006 in Finnland (+9,1 Prozent) verzeichnet und der stärkste Rückgang in Malta (-6,4 Prozent). Für die fünf Länder mit dem größten Energieverbrauch, auf die zusammen knapp zwei Drittel des Gesamtverbrauchs in der EU27 entfielen, änderte sich der Verbrauch um +0,5 Prozent in Deutschland, um -1,2 Prozent in Frankreich, -1,6 Prozent im Vereinigten Königreich, -0,6 Prozent in Italien und um -0,5 Prozent in Spanien. Die höchsten Energieabhängigkeitsquoten wurden 2006 in Zypern (102 Prozent), Malta (100 Prozent), Luxemburg (99 Prozent) und Irland (91 Prozent)

festgestellt. Die am wenigsten von Energieeinfuhren abhängigen Mitgliedstaaten waren Polen (20 Prozent), das Vereinigte Königreich (20 Prozent), die Tschechische Republik (28 Prozent) und Rumänien (29 Prozent). Als Nettoexporteur von Energie hatte Dänemark eine negative Energieabhängigkeitsquote (-37 Prozent) zu verzeichnen.

Im Jahr 2006 stiegen die Nettoenergieeinfuhren der EU27 um 2,4 Prozent auf 1 010 Millionen tRÖE. Die größten Anteile bei den Nettoenergieeinfuhren der EU27 entfielen mit ca. 60 Prozent bzw. 26 Prozent auf Öl und Gas. Die wichtigsten Extra-EU27-Lieferanten von Rohöl und Erdgas waren Russland (mit 33 Prozent der Öleinfuhren und 40 Prozent der Gaseinfuhren im Jahr 2006) und Norwegen (16 Prozent bzw. 23 Prozent).

Im Jahr 2006 ging die Energieerzeugung in der EU27 um 2,3 Prozent zurück. Die vier wichtigsten Energieerzeugerländer der EU27 waren das Vereinigte Königreich (184 Millionen tRÖE, -9,2 Prozent gegenüber 2005), Deutschland (137 Millionen tRÖE, +0,9 Prozent), Frankreich (136 Millionen tRÖE, +0,1 Prozent) und Polen (77 Millionen tRÖE, -1,1 Prozent), auf die zusammen ein Anteil von über 60 Prozent an der Gesamterzeugung der EU27 entfiel. Der stärkste Rückgang der Energieerzeugung wurde zwischen 2005 und 2006 in Litauen (-11,9 Prozent) festgestellt, während der stärkste Anstieg in Portugal (+20,7 Prozent) zu verbuchen war. Die Energieerzeugung der EU27 setzte sich 2006 aus Kernenergie (29 Prozent der Gesamterzeugung), Festbrennstoffen (22 Prozent), Gas (20 Prozent), erneuerbaren Energieträgern⁵ (15 Prozent) und Rohöl (14 Prozent) zusammen.

Energieverbrauch, Nettoeinfuhren und Abhängigkeitsquote
in der Europäischen Union 2006 nach Ländern

Land	Bruttoinlandsenergieverbrauch		Nettoeinfuhren		Energieabhängigkeitsquote
	insgesamt	Veränderung 2006/2005	insgesamt	Veränderung 2006/2005	
	Mill. tRÖE	%	Mill. tRÖE	%	
EU27	1 825,2	0,0	1 010,1	2,4	53,8
Belgien	60,4	-1,2	53,5	-0,5	77,9
Bulgarien	20,5	2,8	9,5	0,3	46,2
Tschechische Republik	46,2	2,0	12,9	0,3	28,0
Dänemark	20,9	6,1	-8,1	-22,5	-36,8
Deutschland	349,0	0,5	215,5	0,1	61,3
Estland	5,4	-2,5	1,9	28,1	33,5
Irland	15,5	2,6	14,2	4,1	90,9
Griechenland	31,5	0,5	24,9	6,0	71,9
Spanien	143,9	-0,5	123,8	-0,1	81,4
Frankreich	273,1	-1,2	141,7	-1,8	51,4
Italien	186,1	-0,6	164,6	2,2	86,8
Zypern	2,6	5,8	3,0	5,5	102,5
Lettland	4,6	3,0	3,2	5,8	65,7
Litauen	8,4	-2,2	5,5	7,1	64,0
Luxemburg	4,7	0,0	4,7	0,9	98,9
Ungarn	27,8	-0,8	17,3	-1,0	62,5
Malta	0,9	-6,4	0,9	-6,4	100,0
Niederlande	80,5	-2,3	37,2	-3,0	38,0
Österreich	34,1	-0,1	24,9	0,8	72,9
Polen	98,3	4,7	19,6	16,2	19,9
Portugal	25,3	-6,3	21,6	-11,7	83,1
Rumänien	40,9	4,2	11,9	9,9	29,1
Slowenien	7,3	0,6	3,8	0,4	52,1
Slowakei	18,8	-1,2	12,0	-3,5	64,0
Finnland	37,8	9,1	20,9	8,5	54,6
Schweden	50,8	-1,7	19,8	-1,9	37,4
Vereinigtes Königreich	229,5	-1,6	49,3	52,7	21,3

Quelle: Eurostat

1 Der Bruttoinlandsverbrauch ist definiert als Primärerzeugung zuzüglich Einfuhren, Produkte der Wiederverwendung und Bestandsveränderungen abzüglich Ausfuhren und Brennstoffversorgung von Bunkern (für Hochseeschiffe aller Flaggen). Darin spiegelt sich somit die Energiemenge wider, die zur Befriedigung des Inlandsverbrauchs innerhalb der Grenzen des Staatsgebiets erforderlich ist.

2 Eine Tonne Rohöleinheiten (tRÖE) ist eine standardisierte Einheit, die einer Tonne Rohöl mit einem unteren Heizwert von 41,868 Gigajoules entspricht. Es handelt sich dabei um ein gebräuchliches Maß zur Umrechnung der unterschiedlichen Brennstoffe auf der Basis ihres Energiegehalts. So entspricht beispielsweise ein GJ Kernkraft 0,024 Tonnen Rohöl, und eine Tonne hochwertiger Kohle enthält dieselbe Energie wie 0,7 Tonnen Rohöl. Kohle von geringerem Wert enthält weniger Energie.

3 Die Nettoeinfuhren entsprechen den Einfuhren abzüglich der Ausfuhren.

4 Die Energieabhängigkeitsquote entspricht den Nettoeinfuhren dividiert durch den Bruttoverbrauch in Prozent. Der Bruttoverbrauch entspricht dem Bruttoinlandsverbrauch einschließlich Bunkeröle zum Verbrauch im internationalen Schiffsverkehr. Eine negative Abhängigkeitsquote bedeutet, dass das Land Nettoexporteur von Energie ist. Es ergibt sich ein Wert von mehr als 100%, wenn die Nettoeinfuhren über dem Bruttoverbrauch liegen. In einem solchen Fall werden Energieerzeugnisse bevorratet und nicht im Jahr der Einfuhr verbraucht.

5 Bei den erneuerbaren Energieträgern handelt es sich um Biomasse, Wasserkraft, Erdwärme, Windenergie und Solarenergie.

Jürgen Hübner

Wirtschaft im Überblick



Berlin April 2008

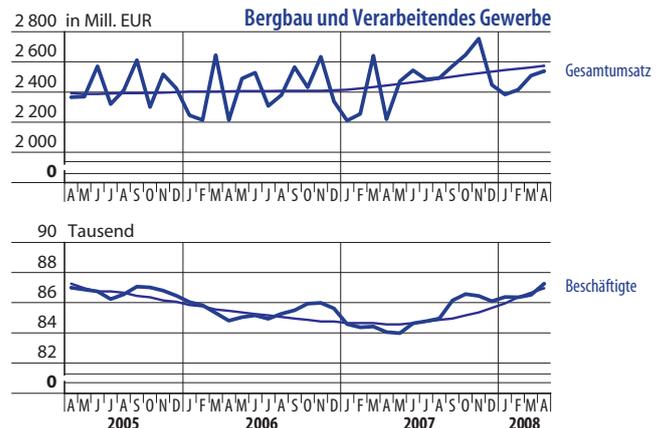
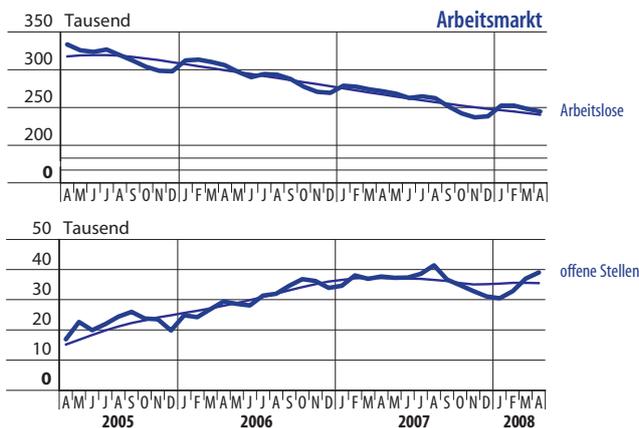
Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich vom April 2007 bis zum April 2008 um 9,8 Prozent; das waren 26 458 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 16,8 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden bewegten sich alle dargestellten Kennziffern im positiven Bereich, teilweise mit über 10 Prozent. Besonders der Auslandsumsatz und der Auftragseingangindex erreichten hohe Zuwachsraten. Für das Berliner Bauhauptgewerbe zeigte sich nur beim baugewerblichen Umsatz eine positive Entwicklung, bei fallenden Veränderungsrate des Auftragseingangsindex und bei den Beschäftigten. Beim Berliner Außenhandel fällt seit Mitte des Jahres 2007 die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes wieder, während die der Importe weiter steigt. Beim

Einzelhandel blieb der Trend der Messzahl der Beschäftigten fast gleich, während die des nominalen Umsatzes leicht abfiel. Im Gastgewerbe verzeichnete die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz, der nominale Umsatz eine steigende. Bei der Zahl der Übernachtungen hielt die seit mehreren Jahren sehr positive Tendenz weiter an, während die Gästeankünfte seit dem Herbst 2007 leicht fallen. Die beantragten Insolvenzen und die Regelsolvenzen der Unternehmen weisen seit Mitte des Jahres 2007 eine fallende Trend-Konjunktur-Komponente auf. Beim Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen und dem Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben ist ein stärker schwanken-der – in letzter Zeit fallender Trend – erkennbar. Die Berliner Inflationsrate lag bei +2,4 Prozent – Tendenz seit Beginn des Jahres 2007 stark steigend.

sonen 16,8 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 14,5 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 1,6 beziehungsweise 1,9 Prozentpunkte weniger. Damit lag die Berliner Arbeitslosenquote der abhängig zivilen Erwerbspersonen 7,7 Prozentpunkte und die auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 6,4 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch 1,3 beziehungsweise 0,6 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen (einschließlich der Berliner) Werten. Insgesamt hatte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Arbeitslosenzahl – die linear-fallende Tendenz weiter fortgesetzt. Die gemeldeten **offenen Stellen** erhöhten sich seit dem April des vorigen Jahres um 1 313 oder 3,5 Prozent. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 6,3. Die seit Mitte des Jahre 2004 steigende Trend-Konjunktur-Komponente bei den offenen Stellen fällt seit dem März des Jahres 2007 wieder leicht ab.

Die im Monat April 2008 im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 367 Berliner Betriebe – mit mehr als 50 Beschäftigten – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 2 537,9 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 318,1 Millionen EUR überboten; es erhöhte sich um 14,3 Prozent. In den ersten vier Monaten des Jahres 2008 konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 9,8 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber den ersten vier Monaten des Jahres 2007 bedeutete dies eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 5,6 Prozent. Im April 2008 wurden im Ausland 930,2 Millionen EUR abgesetzt, das waren 26,3 Prozent des Gesamtumsatzes.

In Berlin wurden am Ende des Aprils 2008 mit 244 804 **Arbeitslosen** 3 439 Personen oder 1,4 Prozent weniger als im Vormonat, dem März 2008, registriert. Im Vergleich zum April 2007 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 9,8 Prozent, das entspricht 26 458 Personen ab. Diese Personenzahl entspricht etwa der Einwohnerzahl einer brandenburgischen Kleinstadt wie Heringsdorf, Strausberg oder Rathenow. Die Arbeitslosenquote Berlins betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbsper-



Der Auftragseingangindex des Verarbeitenden Gewerbes zeigte eine durchgängig positive Entwicklung, der bei einer Veränderungsrate von 10,3 Prozent im Ein-Jahres-Vergleich – Mai 2007 bis April 2008 zu Mai 2006 bis April 2007 – stabil und langfristig angelangt war. Im Vergleich vom April 2007 zum April 2008 betrug der Zuwachs des Auftragseingangindex 15,9 Prozent. Im April 2008 waren in diesem Wirtschaftsbereich 87 341 Personen beschäftigt, 3,8 Prozent oder 3 198 Personen mehr als im April 2007. Die längerfristigen Trend-Konjunktur-Komponenten des Umsatzes und der Beschäftigtenzahl wiesen in die gleiche Richtung – beide steigend, der Umsatz ab dem Herbst 2005 und die Beschäftigten erst ab dem Herbst 2007. Da der Gesamtumsatz stärker als die Beschäftigtenzahl anstieg, stieg die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) im April 2008 ebenfalls an, und zwar auf 29 057 EUR pro Beschäftigten. Das waren im Vergleich zum Vorjahresmonat +10,1 Prozent und +3,4 Prozent im Vergleich der letzten zwölf Monate.

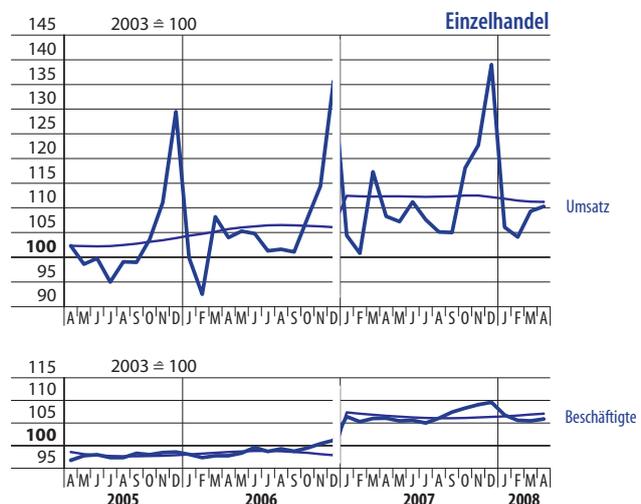
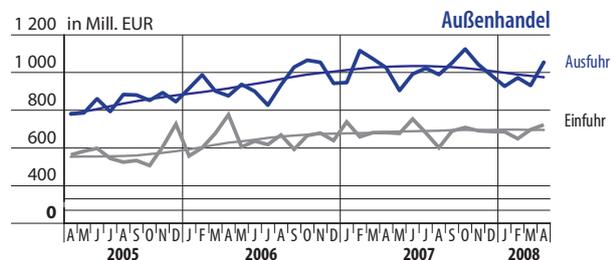
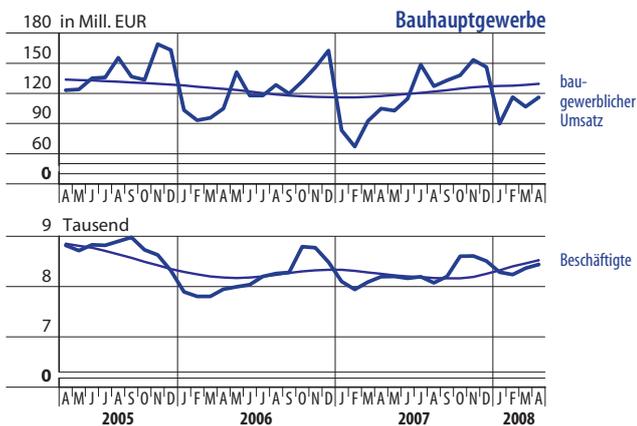
Das Berliner **Bauhauptgewerbe** zeigte bei den Beschäftigten und beim baugewerblichen Umsatz eine einheitlich steigende Trend-Konjunktur-Komponente, wobei seit Beginn des Jahres 2008 die Beschäftigten stärker als der Umsatz zulegten. Die grafische Darstellung zeigt weiterhin deutlich die fast synchron verlaufenden saisonalen Schwankungen im Umsatz und bei den Beschäftigten. Der Auftragseingang fiel dagegen recht stark ab. Die in diesem Wirtschaftsabschnitt beschäftigten 8 436 Arbeitnehmer erzielten im April 2008 einen baugewerblichen Umsatz von 116,1 Millionen EUR. Dieser lag um 10,7 Prozent über dem Wert vom April 2007. Im Vergleich der Zwölf-Monats-Zeiträume ist ein Zuwachs von 5,7 Prozent aufgetreten. Die Beschäftigtenzahl stieg im Vergleich vom April 2007 zum April 2008 um 3,0 Prozent, im zwölfmonatigen Zeitraum waren es +0,7 Prozent. Der Auftragseingang ging in den vier ersten Monaten des Jahres 2008 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 2007 stark um 26,8 Prozent zurück. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren es –20,8 Prozent.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Importwert der Berliner Wirtschaft im April 2008 ein Volumen von 723,2 Millionen EUR und lag damit um 6,0 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats, des April 2007. Im Vergleich der letzten zwölf Monate waren es +4,8 Prozent. Im aktuellen Monat erreichte das Exportvolumen 1 054,5 Millionen EUR. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug +2,8 Prozent, beim Ein-Jahres-Zeitraum

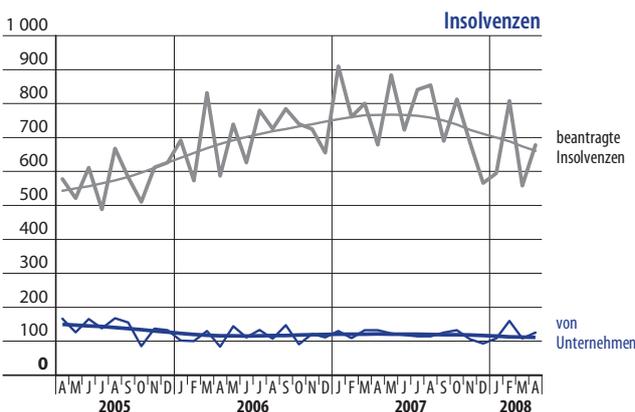
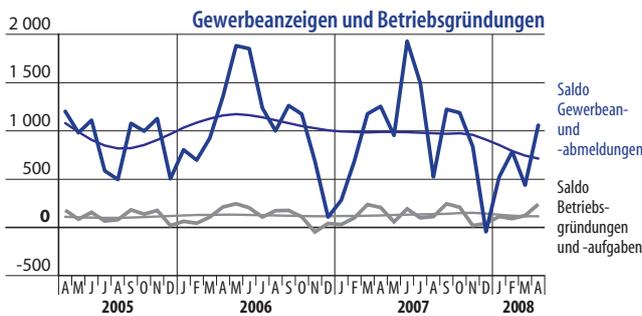
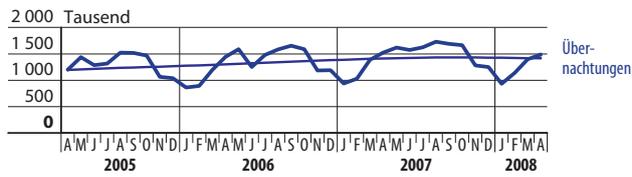
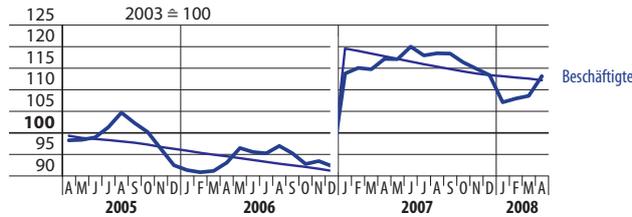
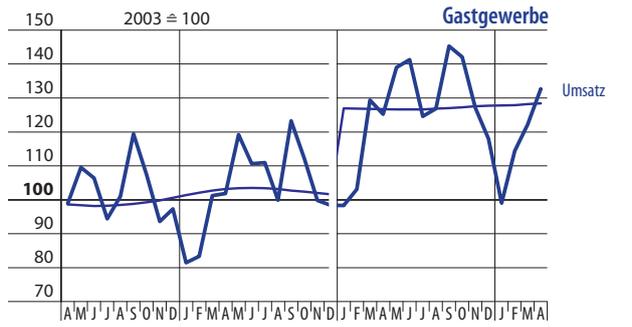
waren es +1,2 Prozent. In der Grafik war für den Export (Spezialhandel) und den Import (Generalhandel) in der Vergangenheit ein stabiler Aufwärtstrend zu beobachten. Seit Mitte des Jahres 2007 fällt die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes, während die der Importe weiter, wenn auch etwas schwächer, steigt. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

Im Berliner **Einzelhandel** war mit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine methodische Änderung bezüglich der Behandlung der Neugründungen in der Stichprobe vorgenommen worden. Bei der Berechnung der Trend-Konjunktur-Komponente kann diese Sprungstelle berücksichtigt werden. Die langfristigen Messzahlen des nominalen Umsatzes und der Beschäftigten stiegen. Bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen des Umsatzes war eine leicht fallende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, bei der Messzahl der Beschäftigten dagegen eine eher gleichbleibende. In den ersten vier Monaten des Jahres 2008 fiel der nominale Einzelhandelsumsatz gegenüber den ersten vier Monaten des Jahres 2007 um 0,2 Prozent, während die Beschäftigtenzahl unverändert blieb.

Im ebenfalls saisonal stark geprägten **Gastgewerbe** wurde – wie beim Einzelhandel – eine methodische Veränderung vorgenommen. Beim nominalen Umsatz war eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente und bei den Beschäftigten eine fallende erkennbar. Bei der Messzahl des nominalen Umsatzes trat im Vergleich der ersten vier Monate des Jahres 2008 zum gleichen Zeit-



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



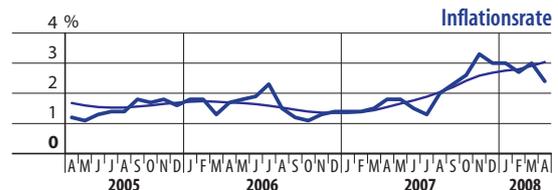
raum des Vorjahres eine Veränderung von +2,7 Prozent auf. Die Messzahl der Beschäftigten fiel im gleichen Zeitraum um 5,2 Prozent.

Im April 2008 betrug die Zahl der Übernachtungen in der **Tourismusbranche** 1 486,9 Tausend; gegenüber dem April 2007 waren es 34 336 Übernachtungen oder 2,3 Prozent weniger. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 6,0 Prozent. Die Zahl der Gäste zeigt eine leicht und gleichmäßig steigende Trend-Konjunktur-Komponente, während die der Übernachtungen seit dem Herbst des vorigen Jahres leicht fällt. Im April 2008 entfielen auf jeden Gast im Durchschnitt 2,2 Übernachtungen.

Bei den **Gewerbebeanmeldungen** werden die Salden der Gewerbebean- und -abmeldungen und die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben ausgewertet. Der Saldo bei den Gewerbebeanmeldungen fiel gegenüber dem April 2007 um 15,7 Prozent; im Ein-Jahres-Vergleichszeitraum waren es -13,4 Prozent. Auffallend ist, dass zum Jahreswechsel umfangreiche Abmeldungen und in der Jahresmitte verstärkte Anmeldungen auftraten. Der Saldo bei den Betriebsgründungen und -aufgaben zeigt sich wechselhaft. Der April 2007 zum April 2008: 239 Betriebsgründungen mehr als -aufgaben, das sind +15,5 Prozent; im längerfristigen Ein-Jahres-Vergleich waren es dann -2,5 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponenten beim Gewerbe- und beim Betriebs-Saldo zeigten eine schwankende, in letzter Zeit jedoch fallende Tendenz.

Die beantragten **Insolvenzen** werden stark durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat April 2008 nahmen die beantragten Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat minimal um 0,1 Prozent auf 678 Fälle, das war ein Fall weniger, ab. Im gleichen Monat waren es bei den Unternehmensinsolvenzen insgesamt 125 Insolvenzfälle, oder -5,3 zum Vorjahresmonat. Die Unternehmensinsolvenzen haben sich damit weiter verringert. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume sind die beantragten Insolvenzen etwas geringer als die Regelinsolvenzen der Unternehmen gefallen. Es ergab sich für den ganzjährigen Vergleichszeitraum bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen ein Minus von 2,9 Prozent; bei den beantragten Insolvenzen waren es -2,6 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponenten zeigten langfristig ein uneinheitliches Bild, aber seit Mitte 2007 fallen die beantragten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen wieder.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

werden, erfasst, lag im Monat April 2007 – bezogen auf das Jahr 2005 – bei 105,6. Für die Inflationsrate, das ist die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen April 2007 und April 2008, ergab sich damit der Wert von +2,4 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Kompo-

nente der Inflationsrate ist seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 steigend. Sie war im November 2007 bei Werten über 2,5 und im April 2008 bei Werten über 3,0 Prozent angelangt.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Berlin im April 2008

(Basis: Originalwerte, Stand vom 24. Juli 2008)

Merkmal	Einheit	April 2008		Januar 2008 bis April 2008		Mai 2007 bis April 2008	
		absolut	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose.....	Anzahl	244 804	-9,8	249 414	-9,4	252 061	-10,5
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangindex ²	2000 \triangleq 100	121,8	15,9	119,5	4,4	122,1	10,3
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	2 537,9	14,3	2 461,5	5,6	2 521,6	4,3
Auslandsumsatz.....	Mill. EUR	930,2	26,3	884,6	11,3	883,9	11,4
Beschäftigte.....	1 000	87,3	3,8	86,7	2,7	85,9	0,9
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang.....	Mill. EUR	106,5	-20,8	96,4	-26,8	106,5	-7,1
Baugewerblicher Umsatz.....	Mill. EUR	116,1	10,7	107,3	23,4	124,4	5,7
Beschäftigte.....	1 000	8,4	3,0	8,3	3,1	8,3	0,7
Außenhandel							
Ausfuhr.....	Mill. EUR	1 054,5	2,8	971,4	-6,6	1 000,0	1,2
Einfuhr.....	Mill. EUR	723,2	6,0	688,8	-0,2	687,1	4,8
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal.....	2003 \triangleq 100	110,3	1,8	107,5	-0,2	X	X
Beschäftigte.....	2003 \triangleq 100	105,9	-0,2	106,0	0,0	X	X
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal.....	2003 \triangleq 100	132,7	6,0	117,1	2,7	X	X
Beschäftigte.....	2003 \triangleq 100	113,2	-3,4	109,2	-5,2	X	X
Tourismus							
Gästeankünfte.....	1 000	680,2	5,4	564,8	2,8	637,8	5,1
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 486,9	-2,3	1 238,4	1,6	1 448,3	6,0
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und abmeldungen....	Anzahl	1 058	-15,7	700,5	-17,6	909,2	-13,4
darunter							
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	239	15,5	141,5	-1,7	128,7	-2,5
Beantragte Insolvenzverfahren.....	Anzahl	678	-0,1	659,8	-16,2	724,6	-2,6
darunter							
Regelinsolvenzen der Unternehmen	Anzahl	125	-5,3	125,3	-0,4	118,8	-2,9
Verbraucherpreisindex	2005 \triangleq 100	105,6	2,4	105,5	2,8	104,6	2,4

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 vorläufig

Brandenburg April 2008

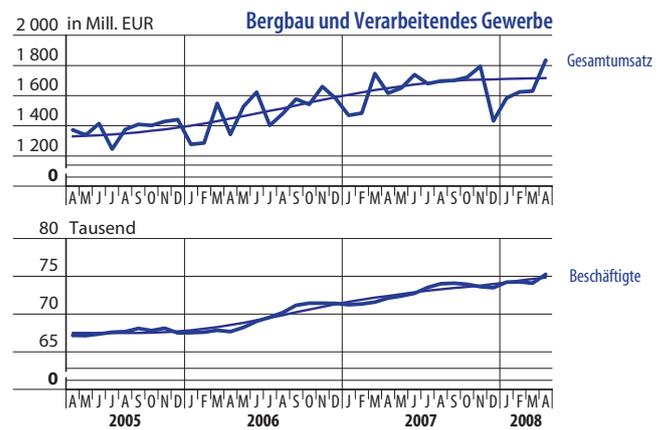
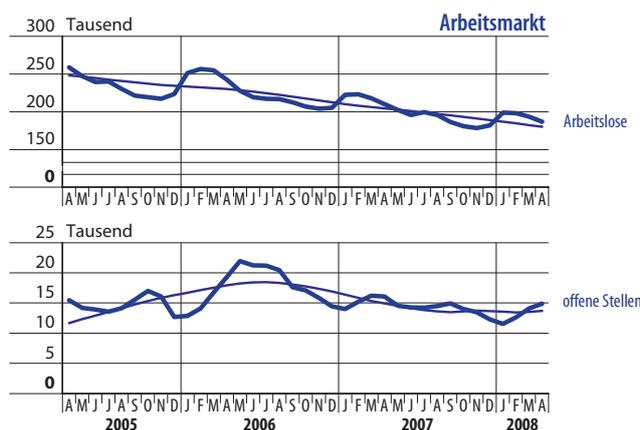
Die Zahl der brandenburgischen Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des April 2008 zum Vorjahresmonat um 11,1 Prozent; das sind –23 206 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 15,4 Prozent. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Auftrageingangsindex, der Gesamtumsatz, der Auslandsumsatz und die Beschäftigtenzahl eine stabil steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe war nur beim Auftragseingang ein stark steigender Trend vorhanden. Die Beschäftigtenzahl fällt weiter kontinuierlich, der Gesamtumsatz entwickelte sich kurzfristig positiv, aber langfristig weiter negativ. Im brandenburgischen Einzelhandel stiegen der nominale Umsatz und die Beschäftigten-Messzahl an. Im Gast-

gewerbe war dagegen eine durchgängig fallende Entwicklungstendenz vorherrschend. Die gesamten brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen nach einer Beruhigungsphase ab Mitte des Jahres 2007 wieder stärker an. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen hielt der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich steigende Trend an. Der Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen und der Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben waren im Ein-Jahres-Vergleich fallend, wobei die Trend-Konjunktur-Komponente der Gewerbeabmeldungen leicht ansteigt. Während die beantragten Insolvenzen, durch steigende Privatinsolvenzen bestimmt, insgesamt langfristig leicht stiegen – aber in letzter Zeit wieder fallen – gingen die Unternehmensinsolvenzen langfristig deutlicher zurück. Im April 2008 betrug die Inflationsrate +2,6 Prozent – mit steigendem Trend.

zentpunkte weniger. Damit lag die brandenburgische Arbeitslosenquote auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 6,3 Prozentpunkte beziehungsweise auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,8 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch 0,1 Prozentpunkte unter beziehungsweise genau auf den entsprechenden ostdeutschen (einschließlich der Berliner) Arbeitslosenquoten. Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2005 fast linear fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten. Die gemeldeten offenen Stellen waren seit dem April des vorigen Jahres um 1 205 Stellen oder um 7,5 Prozent niedriger. Im Mai 2006 war mit fast 22 000 offenen Stellen seit dem Januar des Jahres 2000 ein Maximum erreicht. Von Juli 2006 bis zum Juli 2007 war die Trend-Konjunktur-Komponente fallend und scheint mit Beginn des zweiten Halbjahres 2007 bei etwa 13 500 offenen Stellen zu verharren. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 12,6; Tendenz fallend. Im April dieses Jahres waren 7 445 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum April 2007 ergab das ein Minus von 133 Personen oder –1,8 Prozent.

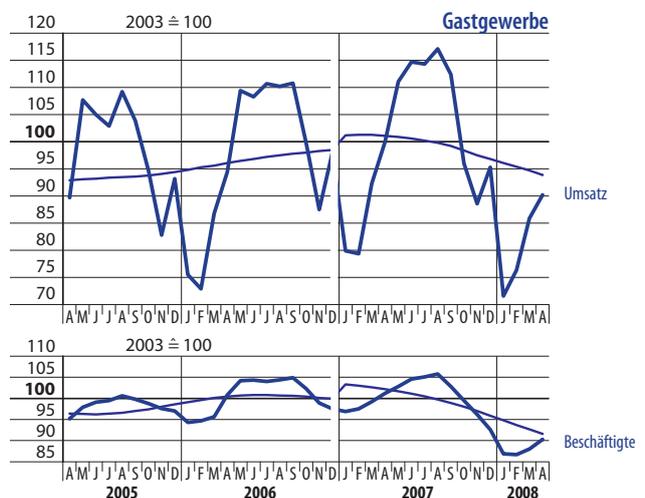
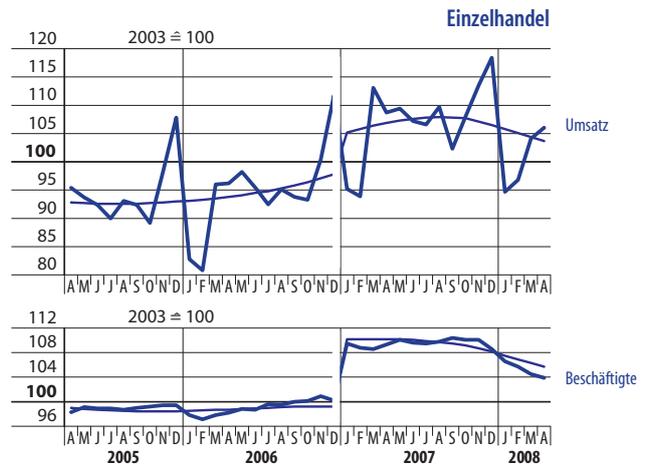
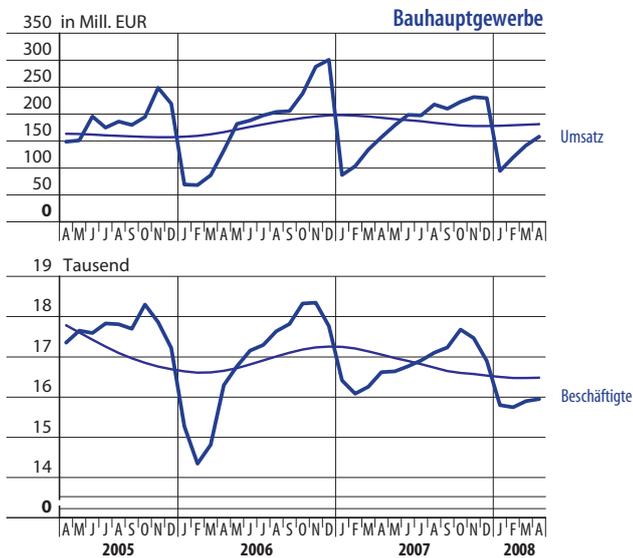
Im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden war eine sehr positive Entwicklung erkennbar. Die im Monat April diesen Jahres 435 berichtspflichtigen Betriebe – das sind 27 Betriebe mehr als im April 2007 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 834,2 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 218,2 Millionen EUR oder 13,5 Prozent überboten. Im Zeitraum eines Jahres – von Mai 2007 bis

Im Land Brandenburg wurden Ende April 2008 mit 187 069 Arbeitslosen 3,3 Prozent weniger als im März 2008 registriert; das sind –6 425 Personen. Im Vergleich zum April 2007 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 11,1 Prozent, das entspricht mit –23 206 Personen etwa der Einwohnerzahl einer Kleinstadt wie Werder (Havel) oder Hohen Neudorf, ab. Die Arbeitslosenquote Brandenburgs betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 15,4 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 13,9 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 2,1 beziehungsweise 1,9 Pro-



April 2008 – konnten die brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 20,1 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 7,4 Prozent. Der langfristige Trend des Gesamtumsatzes in diesem wichtigen brandenburgischen Wirtschaftsabschnitt war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und einem „Einbruch“ im Dezember 2007 – sehr stark steigend. Wobei die Trend-Konjunktur-Komponente, offensichtlich vom Weihnachtsfest und dem Jahreswechsel 2007 beeinflusst, seit dem Oktober 2007 nicht mehr so stark ansteigt. Die Veränderungen im Vergleich der letzten zwölf Monate zum Vorjahreszeitraum aller zu diesem Wirtschaftsabschnitt in der Tabelle enthaltenen Merkmale lagen im positiven Bereich. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses brandenburgischen Wirtschaftsabschnitts erreichte im Februar ein Niveau von 492,5 Millionen EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug dabei 26,9 Prozent, wobei der seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 leicht fallende Trend sich nicht fortsetzte. Insgesamt sind in den letzten zwölf Monaten für 5,1 Milliarden EUR Waren dieses Wirtschaftsabschnitts aus dem Land Brandenburg exportiert worden. Bei der Beschäftigtenzahl war erst seit dem Oktober 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, während die des Umsatzes bereits seit dem Januar 2003 anstieg. Im April 2008 waren im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 75 249 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem März 2008 – ein Anstieg um 1 173 Personen. Gegenüber dem April 2007 betrug der Anstieg der Beschäftigtenzahl dagegen 4,3 Prozent oder 3 123 Personen. Beim Vergleich des Ein-Jahres-Zeitraumes sind es +4,3 Prozent. Im April 2008 betrug die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 24 375 EUR, das waren +8,8 Prozent gegenüber dem April 2007. Die Brutto-lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg ebenfalls, sie lag im gleichen Zeitraum um 7,5 Prozent höher. Im Vergleich der beiden letzten Zwölf-Monats-Zeiträume stieg die Produktivität um 2,9 und die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten um 6,9 Prozent.

In der konjunkturellen Entwicklung des brandenburgischen **Bauhauptgewerbes** scheint der seit fast zehn Jahren anhaltende Abwärtstrend – nach einem Zwischenhoch zum Jahreswechsel 2006/2007 – sich fortzusetzen. Nur die Auftrageingangsentwicklung des jährlichen Durchschnitts im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zeigte eine deutlich positive Entwicklung. Gesamtumsatz und Beschäftigte bewegten sich mit über 3 Prozent im negativen Bereich. Beim Vergleich zum laufenden Monat und des Zeitraumes der letzten vier Monate (Januar bis April) zum Vorjahreszeitraum war allerdings beim Gesamtumsatz des Bauhauptgewerbes eine steigende Tendenz erkennbar. Bei den Trend-Konjunktur-Komponenten des Umsatzes und der Beschäftigtenzahl zeigte sich seit einem halben Jahr eine fast gleichbleibende Tendenz. Die 330 im April 2008 berichtspflichtigen Betriebe – das sind gegenüber dem April sieben weniger – erreichten mit 15 955 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 158,2 Millionen EUR; der Umsatz lag damit um 0,8 Prozent über dem Wert vom April 2007. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume (Mai 2007 bis April 2008 zu Mai 2006 bis April 2007) ergibt sich demgegenüber ein Wert von –3,7 Prozent. Das wertmäßige Volumen der Auftrageingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von rund 151,1 Millionen EUR. Es lag damit um 14,5 Prozent über den Angaben des April 2007. Die Entwicklung des Auftrageinganges in den letzten



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

zwölf Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag bei +9,2 Prozent. Die Beschäftigtenzahl im brandenburgischen Bauhauptgewerbe fiel in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum vorhergehenden Zeitraum um 3,1 Prozent, bei dem Vergleich des April 2008 zum April 2007 ergaben sich –666 Beschäftigte oder –4,0 Prozent.

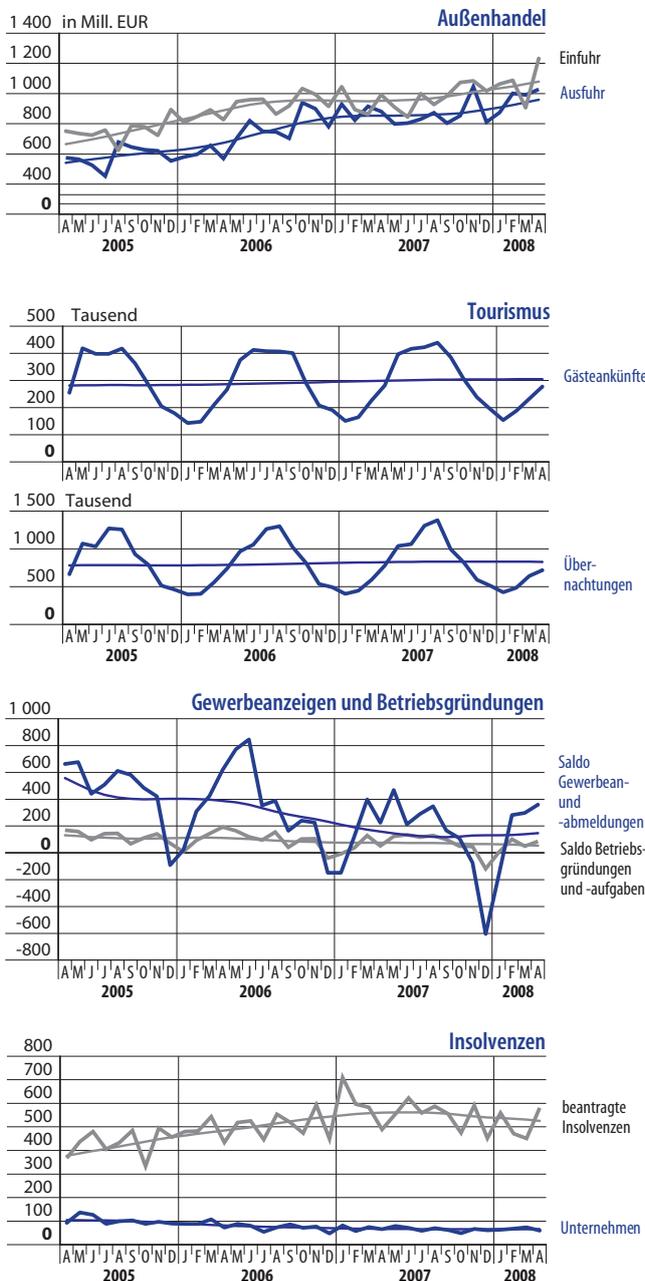
Im brandenburgischen Einzelhandel war mit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine methodische Änderung bezüglich der Behandlung der Neugründungen in der Stichprobe vorgenommen worden. Dies wird durch eine „Sprungstelle“ in der Trend-Konjunktur-Komponente sichtbar. Die Darstellung der Messzahlen in den Ein-Jahres-Zeiträumen ist deshalb nicht möglich. Die Veränderung der beim Vergleich des Vier-Monats-Zeitraumes (Januar bis April 2008 zu Januar bis April 2007) ergab ein Minus von 2,3 Prozent. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum um 3,6 Prozent. Ebenso die Trend-Konjunktur-Komponente, sie fällt bei beiden Kennziffern etwa seit dem Oktober 2007.

Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzelhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. Im ebenfalls saisonal stark geprägten Gastgewerbe trat beim nominalen Umsatz und bei den Beschäftigtenzahlen eine durchgängig negative Entwicklung auf. Im Vergleich der letzten Vier-Monats-Zeiträume nahm der nominale Umsatz um 7,8 Prozent ab, die Messzahl der Beschäftigten fiel im gleichen Zeitraum um 10,9 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponenten bei der nominalen Umsatz- und bei der Beschäftigten-Messzahl fällt seit dem Jahreswechsel 2006/2007 relativ stark.

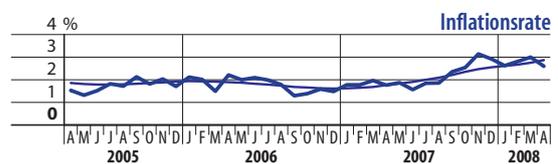
Beim **Außenhandel** wurde eine ähnlich positive Entwicklung wie bei dem Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden erreicht. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der brandenburgischen Wirtschaft betrug im April dieses Jahres 1028,6 Millionen EUR und lag damit um 16,7 Prozent über dem Ergebnis des April 2007. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 8,3 Prozent. Insgesamt wurden im Zeitraum eines Jahres – von Mai 2007 bis April 2008 – Waren im Wert von 10,7 Milliarden EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 1 233 Millionen EUR, bei einem Plus von 24,1 Prozent gegenüber dem April 2007. In den letzten zwölf Monaten wurden Waren im Wert von 11,9 Milliarden EUR nach Brandenburg importiert, das sind gegenüber dem Vorjahr 6,5 Prozent mehr. In der Grafik deutet sich sowohl beim Import als auch beim Export nach einer „Ruhephase“ von etwa einem Dreivierteljahr eine wieder stärker ansteigende Trend-Konjunktur-Komponente an. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des brandenburgischen Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

In der **Tourismusbranche** betrug im April 2008 die Zahl der Gästeankünfte 277,5 Tausend; gegenüber dem April 2007 waren es 4,1 Tausend oder 1,5 Prozent weniger. Beim Vergleich des einjährigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 3,8 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen fiel im Monatsvergleich (April 2008 zu April 2007) stärker – um 7,6 Prozent. Im Ein-Jahres-Vergleich setzte sich jedoch mit +3,2 Prozent die langfristig positive Entwicklung fort. Im Durchschnitt entfielen im April 2008 auf jeden Gast 2,6 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt ist bei den Gästeankünften – bei einer sehr starken Saisonabhängigkeit, die sich seit dem Jahr 2003 verstärkte – langfristig eine kontinuierlich-steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die sich seit Mitte des Jahre 2006 weiter verstärkt. Bei den Übernachtungen stagniert diese dagegen, weshalb die mittlere Verweildauer der Gäste – bei ebenfalls starken saisonalen Schwankungen – kontinuierlich und leicht abfällt.

Bei den **Gewerbeanmeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im April 2008 betrug der Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen +359 Gewerbeanmeldungen, gegenüber



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



dem April 2007 waren es +60,3 Prozent, im Ein-Jahres-Vergleich dagegen –50,6 Prozent. Im Jahr 2007 fielen die Dezember-Abmeldungen besonders hoch aus, wie aus der Abbildung ersichtlich. Der Saldo der Betriebsanmeldungen und -aufgaben lag im April 2008 zum April 2007 mit einem Plus von 86 Anmeldungen oder +62,3 Prozent gegenüber den Abmeldungen. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume blieb der stark fallende Trend auch bei den Betriebsgründungen und -aufgaben erhalten, mit –13,8 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente zeigte bei dem Saldo der Gewerbeanzeigen eine langfristig stark fallende, in letzter Zeit wieder leicht ansteigende, Tendenz; bei dem Saldo der Betriebe ist diese Komponente leicht fallend.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen langfristig gegensätzliche Tendenzen. Bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen war seit dem Jahr 2000 ein deutlich fallender Trend erkennbar, sie sind langfristig und stabil bei 60 bis 70 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den beantragten Insolvenzverfahren war demgegenüber im gleichen Zeitraum von mehr als acht Jahren eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten, die allerdings ab Mitte des Jahres 2007 wieder fällt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die

Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat April 2008 stiegen die beantragten Insolvenzverfahren gegenüber dem Vorjahresmonat um 18,8 Prozent auf 581 Fälle. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 60 Fälle, das waren –9,1 Prozent zum April 2007. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich 8,8 Prozent weniger Regelinsolvenzen der Unternehmen, bei den insgesamt beantragten Insolvenzverfahren waren es dagegen 0,03 Prozent mehr.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat April 2008 bei 106,2. Der Index wurde rückwirkend auf das neue Preisbasisjahr 2005 \pm 100 umgestellt, dabei wurden auch der Warenkorb und das Wägungsschema verändert. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem April 2008 und dem April 2007, ergab sich damit ein Wert von +2,6 Prozent. Deutlich über dem Durchschnitt lagen wiederum die Werte in der Abteilung „Lebensmittel und alkoholfreie Getränke“ mit +8,7 Prozent und der Wert bei der Ware „Energie“ mit +9,8 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Jahresanfang 2007 an, sie durchbrach im Juli 2007 die 2,0-Prozent-Marke und im November 2007 die 2,5-Prozent-Marke.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im April 2008

(Basis: Originalwerte, Stand vom 22. Juli 2008)

Merkmal	Einheit	April 2008		Januar 2008 bis April 2008		Mai 2007 bis April 2008	
		absolut	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose.....	Anzahl	187 069	– 11,0	194 484	– 11,0	191 643	– 11,0
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangindex ²	2000 \pm 100	160,7	31,1	188,2	32,5	168,8	18,0
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	1 834,2	13,5	1 668,2	5,6	1 674,0	7,4
Auslandsumsatz.....	Mill. EUR	492,5	10,1	439,1	3,9	428,1	5,0
Beschäftigte.....	1 000	75,2	4,3	74,4	4,0	73,8	4,3
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang.....	Mill. EUR	151,1	14,5	143,1	13,2	162,4	9,2
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	158,2	0,8	128,5	6,8	183,4	– 3,7
Beschäftigte.....	1 000	16,0	– 4,0	15,8	– 3,0	16,7	– 3,1
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal.....	2003 \pm 100	106,0	– 2,5	100,4	– 2,3	X	X
Beschäftigte.....	2003 \pm 100	103,9	– 5,0	105,2	– 3,6	X	X
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal.....	2003 \pm 100	90,2	– 9,7	81,0	– 7,8	X	X
Beschäftigte.....	2003 \pm 100	90,3	– 10,8	88,0	– 10,9	X	X
Außenhandel							
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 028,6	16,7	974,1	9,8	892,7	8,3
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	1 233,0	24,1	1 073,1	13,1	1 011,2	6,5
Tourismus							
Gästeankünfte.....	1 000	277,5	– 1,5	213,3	3,5	304,7	3,8
Gästeübernachtungen.....	1 000	718,1	– 7,6	567,5	2,3	832,1	3,2
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbe- und abmeldungen....	Anzahl	359	60,3	194,0	30,6	141,4	– 50,6
darunter							
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	86	62,3	60,3	14,2	68,9	– 13,8
Beantragte Insolvenzverfahren.....	Anzahl	581	18,8	515,5	– 13,3	538,3	0,0
darunter							
Regelinsolvenzen der Unternehmen....	Anzahl	60	– 9,1	66,5	– 5,3	65,5	– 8,8
Verbraucherpreisindex	2005 \pm 100	106,2	2,6	106,0	2,8	104,9	2,4

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 vorläufig

Klaus Voy

Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und Reform der Unternehmensstatistiken durch die EU-Verordnungen der neunziger Jahre

Unternehmen und Betrieb: vom Konzept zur praktischen Darstellung¹

- ┌
1. Europäische Integration und Unternehmensstatistiken
 - 1.1 Europäische Integration
 - 1.2 Reform der Unternehmensstatistiken
 2. ESVG 1995
 - 2.1 Institutionelle Einheiten und Sektoren
 - 2.2 Örtliche fachliche Einheiten und Wirtschaftsbereiche
 - 2.3 Homogene Produktionseinheiten und homogene Produktionsbereiche
 - 2.4 Zusammenfassung Darstellungseinheiten
 3. EU-Verordnungen über Unternehmensstatistiken
 - 3.1 Statistische Infrastruktur
 - 3.2 Statistischer Produktionsprozess und Lieferprogramm nach der StrukturV
 4. Von den Darstellungseinheiten zur nationalen praktischen Umsetzung in Unternehmensstatistiken
 5. Anstelle einer Zusammenfassung

1. Europäische Integration und Unternehmensstatistiken

Nachdem die jahrzehntelange Praxis, vorgeschriebene Lieferprogramme für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und Unternehmensstatistiken zu erfüllen, zu keiner hinreichenden Vergleichbarkeit der nationalen Daten geführt hatte, hat die EU in der ersten Hälfte der neunziger Jahre einen Paradigmenwechsel in den Unternehmensstatistiken durchgesetzt, der darauf gerichtet war, die nationalen statistischen Produktionsprozesse und damit auch deren Ergebnisse in verbindlicher Form zu vereinheitlichen. Das war ein durchaus ambitioniertes Vorhaben.

Die in den frühen neunziger Jahren erlassenen Verordnungen bezweckten die Harmonisierung bzw. Vereinheitlichung der Konzepte der VGR, die auch grundlegend für die Unternehmensstatistiken galten, sowie für die Vereinheitlichung von Klassifikationen, statistischen Einheiten und den Unternehmensregistern. Die zuletzt verab-

schiedeten Verordnungen zu Produktionsprozess und Lieferprogramm selbst halten aber diesen Ansatz nicht durch, beeinflusst durch die zwischenzeitlich etablierte politische Betonung der Subsidiarität (zwischen EU und Mitgliedstaaten) und die Implikationen der verstärkten Nutzung von Verwaltungsdaten.

Aus dem Ziel der gemeinschaftsweiten Harmonisierung bzw. Vereinheitlichung der nationalen VGR und Unternehmensstatistiken ergab sich die Notwendigkeit, nicht nur die gleichen wirtschaftlichen Makrobegriffe wie Produktion, Wertschöpfung, Einkommen in den Mitgliedstaaten zu verwenden, sondern auch die zugrunde liegenden statistischen Mikrokonzepte wie Einheiten, Klassifikationen sowie die Infrastruktur des statistischen Produktionsprozesses in die gemeinschaftlichen Regelungen einzu beziehen. Gegenstand der folgenden Darlegungen ist auch das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), weil dieses als Gesamtrahmen der Wirtschaftsstatistiken die grundlegenden Konzepte festlegt. Im Zentrum stehen aber die anderen Rechtsvorschriften, die auf der EU-Gemeinschaftsebene zur Harmonisierung der Unternehmensstatistiken erlassen wurden.

Der Begriff „Unternehmensstatistiken“ bezeichnet im Folgenden den Teilbereich der gesamten Wirtschaftsstatistiken, der die Unternehmen zum Gegenstand hat. Gemeint sind damit nicht nur Unternehmen im engeren Sinn (wie immer näher definiert), sondern es handelt sich um den Gesamtbegriff für den Komplex der statistischen Einheiten, die Marktproduzenten sind oder zu diesen gehören. Das sind Unternehmensgruppen, rechtliche Einheiten, Unternehmen, Betriebe, örtliche und fachliche Einheiten bzw. Teile derselben – insgesamt im Unterschied zu den Nichtmarktproduzenten in den Bereichen private und öffentliche Haushalte. Unternehmensstatistiken umfassen die Statistiken, für welche Daten von Unternehmen in diesem Sinn geliefert werden, also die unternehmensstatistischen Erhebungen (Bereichsstatistiken) und die Statistiken über Unternehmen, deren Quellen administrative Daten über die jeweiligen Einheiten sind.

Die EU-Verordnungen zur Unternehmensstatistik sind wesentliche Grundlagen für das nationale Reformprojekt zu den Unternehmensstatistiken. Für dieses ist ein Rückblick auf die Entstehung der Verordnungen und ihre systematische Interpretation durchaus erhellend, insbesondere in Bezug auf die statistischen Einheiten „Unternehmen“ und „Betrieb“.²

¹ Der Beitrag ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung von Teilen der Dissertation des Verfassers (Voy 2005).

² Aus der Perspektive der Klassifikationen wird die Thematik ausführlich erörtert im Beitrag von Baillet und Voy (2002).

1.1 Europäische Integration

Nach langen Jahren der Stagnation war der europäische Integrationsprozess von Wirtschaft und Politik in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wieder in Gang gekommen. Beginnend mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA vom 28. Februar 1986), vor allem aber mit dem gemeinschaftsweiten Binnenmarkt, wurde eine neue Qualität der wirtschaftlichen Integration angestrebt und schrittweise erreicht. Der Integrationsprozess wurde durch die im Vertrag über die Europäische Union (Maastricht-Vertrag) vom 7. Februar 1992 vereinbarte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), insbesondere durch die Einführung der gemeinsamen Währung EUR weiter vorangetrieben.

Aus der Integration und der damit verbundenen Bildung gemeinsamer Institutionen, wie z.B. der Europäischen Zentralbank (EZB), resultieren neue Bedingungen für und Anforderungen an die Wirtschaftsstatistiken der Gemeinschaft – die Gemeinschaftsstatistiken (GemstatV, S. 1). Die Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken regelt die Erstellung von Statistiken unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips. Abgesehen von diesem erst nachträglich eingebrachten und damals noch wenig praktizierten und auch heute noch wenig präzisen Prinzip werden zwei Wege unterschieden, auf denen das Ziel international vergleichbarer Ergebnisse erreicht werden kann: Entweder die Erstellung der Statistiken „auf der Grundlage einheitlicher Normen“ oder – in besonders begründeten Fällen – „nach harmonisierten Methoden“. Auf beiden Wegen wird unter „Erstellung von Gemeinschaftsstatistiken“ die Gesamtheit der dafür erforderlichen Tätigkeiten verstanden, also der gesamte statistische Produktionsprozess, der die „Erhebung, Speicherung, Verarbeitung, Aufbereitung, Analyse und Verbreitung der statistischen Informationen“ (GemstatV, S. 2) umfasst.

Europäische Wirtschaftsstatistiken werden seit den fünfziger Jahren aufgestellt – zunächst für die EWG, dann EG, jetzt EU. Etwas vereinfacht ausgedrückt beruhen die früheren Gemeinschaftsstatistiken darauf, dass die Mitgliedstaaten in Verordnungen festgelegte Lieferprogramme zu erfüllen hatten, die im Laufe der Zeit immer mehr Sachgebiete umfassten und immer detaillierter wurden, aber sich nur auf Aggregatdaten bezogen und deren Beschreibungen meist auf der Ebene von Makrobegriffen verblieben. Das auch wichtige Teile der grundlegenden Mikrokonzepte einschließende ESVG 1970 war nicht verbindlich vorgeschrieben und wurde in den Mitgliedstaaten weitgehend ignoriert.

In der Praxis behielten die Mitgliedstaaten ihre jeweiligen nationalen wirtschaftsstatistischen Systeme bei, nahmen nur vereinzelt – und fast nur auf der Ebene der Makrobegriffe – Anpassungen an das ESVG 1970 vor und erfüllten die Lieferprogramme mittels mehr oder minder fundiert umgeschlüsselter

Aggregatdaten. Qualität und vor allem Vergleichbarkeit, somit auch gemeinschaftsweite Aggregierbarkeit der Daten, waren daher sehr begrenzt.

1.2 Reform der Unternehmensstatistiken

Mittels einer Reihe von Verordnungen hat der Rat der Europäischen Gemeinschaften in den neunziger Jahren die rechtlichen Voraussetzungen für eine Neuordnung des europäischen Systems der Unternehmensstatistiken geschaffen – zumindest auf Gemeinschaftsebene. Es handelt sich um die folgenden Verordnungen (in der jeweiligen ersten offiziellen Fassung):

- Okt. 1990: Wirtschaftszweigklassifikation (NACE Rev. 1)³, zitiert als NACE-V.
- März 1993: Statistische Einheiten, zitiert als EinhV.
- Juli 1993: Unternehmensregister für statistische Verwendungszwecke, zitiert als RegV.
- Juni 1996: Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG)⁴
- Dez. 1996: Strukturelle Unternehmensstatistiken, zitiert als StrukturV.
- Mai 1998: Konjunkturstatistiken, zitiert als KonjV.

Die mit den Verordnungen bezweckte Vereinheitlichung der nationalen Statistiken wird 1990 mit der Herstellung des Binnenmarkts und der Beobachtung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen begründet (NACE-V, S. 1).

Als weitere Gründe für die Vereinheitlichung der Wirtschaftsstatistiken werden die Richtlinie zur Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen, das ESVG, der Bedarf an regionalen Indikatoren und Gesamtrechnungen, die wirtschaftliche Konvergenz, die Europäische Zentralbank und die Dienstleistungsstatistik aufgeführt.

War 1990 noch eine einfache Vergemeinschaftung das Ziel, wurde einige Jahre später – nach Maastricht – in der EinhV im Jahr 1993 zwar auf das Subsidiaritätsprinzip hingewiesen, aber weiterhin an der Notwendigkeit gemeinsamer statistischer Normen festgehalten. Diese beziehen sich wesentlich auch auf die Mikrokonzepte in der Erhebung bzw. Produktion der Daten. Deshalb sind Klassifikationen und Einheiten auf europäischer Ebene festzulegen.

Eine in diesem Sinne EU-weit vereinheitlichte bzw. standardisierte Infrastruktur der Unternehmensstatistiken kann – wenn verbindlich vorgeschrieben – ein sehr wirksames Instrument sein, statistische Erhebungen in einer Weise durchzuführen, die vergleichbare Ergebnisse erzeugt. Da der Reformansatz aber nicht nur darauf bezogen war, Primärerhebungen zu vereinheitlichen, sondern auch Verwaltungsdaten verstärkt einzubeziehen, konnte der Grundsatz einheitlicher statistischer Produktionsprozesse nicht konsequent durchgehalten werden. Denn Verwaltungsdaten weisen trotz aller Angleichungsprozesse in Europa in den letzten Jahrzehnten weiterhin starke nationale Unterschiede auf.

³ Zwischenzeitlich (1996) wurde die Statistische Systematik der Wirtschaftszweige der EWG separat veröffentlicht, im Folgenden zitiert als NACE Rev.1

⁴ Die Verordnung als solche ist unergiebig. Das der Verordnung als Anhang zugeordnete Methodendokument ist zwischenzeitlich gesondert erschienen, und zwar als *Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen* (im Folgenden zitiert als ESVG 1995), das der folgenden Darstellung zugrunde gelegt wird.

Grundlegend für das europäische System der Unternehmensstatistiken ist – auf dem Weg vom Konzept über die Definition zur empirischen Adäquation – das ESVG 1995, das den theoretischen Rahmen des Gesamtsystems, die Konzepte und die begrifflichen Definitionen der Einheiten und Transaktionen liefert. Die EU-Verordnungen über Klassifikationen (NACE bzw. WZ), statistische Einheiten und das Unternehmensregister geben die vereinheitlichten fachlichen Standards und technischen Verfahren vor. Sie bilden daher die Infrastruktur der Unternehmensstatistiken. Eine derartige statistische Infrastruktur macht besonders dann Sinn, wenn sie tatsächlich die Grundlage bilden soll für einheitliche statistische Erhebungen bei Unternehmen. Dritter Bestandteil des Systems sind die Verordnungen, welche die Produktion der geforderten Daten und ihre Lieferung an Eurostat regeln. In diesem Zusammenhang soll nur die StrukturV behandelt werden.

2. ESVG 1995

Im Folgenden wird das ESVG 1995 in Bezug auf die statistischen Einheiten und Klassifikationen knapp wiedergegeben, ergänzt um die Merkmale, welche für diese Einheiten darzustellen sind. Aus der systematischen Bestimmung der Darstellungseinheiten ergeben sich auch Schlussfolgerungen für Einheiten in den Unternehmensstatistiken.

Das ESVG 1995 unterscheidet – wie auch das auf UN-Ebene gültige System of National Accounts (1993 SNA) – ganz grundlegend zwischen drei Darstellungsebenen, für welche je spezifische Einheiten, Klassifikationen und Merkmale vorgesehen sind.

2.1 Institutionelle Einheiten und Sektoren

„Eine institutionelle Einheit ist ein wirtschaftlicher Entscheidungsträger, der durch einheitliches Verhalten und Entscheidungsfreiheit bezüglich seiner Hauptfunktion gekennzeichnet ist. Eine gebietsansässige institutionelle Einheit sollte neben der Entscheidungsfreiheit in ihrer Hauptfunktion (...) über eine vollständige Rechnungsführung verfügen.“ (ESVG 1995, 2.12.)

Das ESVG 1995 definiert institutionelle Einheiten zwar formal unabhängig von rechtlichen Einheiten, faktisch jedoch sind rechtliche Einheiten der Ausgangspunkt; das ergibt sich schon daraus, dass überwiegend direkt oder indirekt Rechtsbegriffe verwendet werden.

Institutionelle Einheiten entsprechen rechtlichen Einheiten oder Kombinationen derselben; sie sind jene Einheiten, die wirtschaftliche Transaktionen jeder Art vollziehen, über Eigentum und Besitz verfügen, Kredite aufnehmen und Haftungsrisiken tragen. Einheiten dieses Typs sind geeignet für die Darstel-

lung der gesamtwirtschaftlichen Einkommens- und Finanzierungskreisläufe in Gestalt des Kontensystems nach Sektoren.

Im 1993 SNA entsprechen im Sektor „Kapitalgesellschaften“ die institutionellen Einheiten den rechtlichen Einheiten – mit Ausnahme der Hilfgesellschaften. Diese rechtlich selbstständigen Gesellschaften, die ausschließlich Hilfstätigkeiten für meist eine andere Gesellschaft verrichten, gelten nicht als selbstständige institutionelle Einheiten, sondern sind nach 1993 SNA mit den Hauptgesellschaften zusammenzufassen⁵.

Im ESVG dienen diese institutionellen Einheiten der Darstellung der Gesamtwirtschaft nach Sektoren. Es gibt nicht mehr den altvertrauten Unternehmenssektor, sondern die Unternehmen werden zum Teil im Sektor „Kapitalgesellschaften“, zum anderen Teil im Sektor „Private Haushalte“ dargestellt (die kleinen Selbstständigen).

Für die Gesamtwirtschaft und für die Sektoren ist die Darstellung des gesamten Kontensystems vorgesehen, das aus der Kontenfolge von der Produktion über die Einkommenskonten und Verwendung bis zur Finanzierung besteht. Die hierfür adäquaten statistischen Einheiten müssen sich mithin auf wirtschaftliche Einheiten beziehen, die alle diese Arten von Transaktionen vollziehen und mittels Buchhaltung erfassbar machen. Das können nur rechtliche Einheiten oder Zusammenfassungen von solchen sein.

Institutionelle Einheiten und Unternehmen

Im 1993 SNA wird ein systematischer Unterschied zwischen den alle Transaktionen vollziehenden institutionellen Einheiten und diesen Einheiten in ihrer Eigenschaft als Produzenten und damit als Produktionseinheiten gemacht: letztere werden Unternehmen (enterprise) genannt (1993 SNA, 5.1.). Die für dieses Unternehmen nachgewiesenen statistischen Merkmale beziehen sich nur auf die Produktionstätigkeit als solche. Diese strikte begriffliche Unterscheidung zwischen rechtlichen bzw. institutionellen Einheiten einerseits und Produktionseinheiten andererseits findet sich nicht in der ISIC 1990 – ein Grund, weshalb das 1993 SNA sich als präzisere Fassung greift (1993 SNA, 5.3.).

Während das enterprise des 1993 SNA die Bezeichnung nicht direkt für institutionelle Einheiten als solche ist, sondern für deren Produktionseinheiten, bezeichnet der Unternehmensbegriff der EinhV – wie das enterprise der ISIC – direkt die institutionellen Einheiten, in deren Rahmen auch produziert wird. Der Unterschied ist in den VGR-Systemen (SNA und ESVG) durchaus bedeutsam, weil dadurch verschiedene Darstellungsebenen systematisch getrennt

5 Diese Definition der institutionellen Einheiten des 1993 SNA ist auch in der EinhV (1993) zu finden, in welcher die für die europäische Wirtschaftsstatistik – und damit auch für das ESVG 1995 – rechtsverbindlich zu Grunde zu legenden statistischen Einheiten bestimmt werden. Danach ist eine institutionelle Einheit bzw. ein Unternehmen die kleinste Kombination rechtlicher Einheiten, die eine eigentumsbezogene, wirtschaftliche und organisatorische Einheit bilden, wobei rechtlich verselbstständigte Hilfstätig-

keiten und Produktionsfaktoren mit einzubeziehen sind. Im ESVG 1995 werden sowohl die rechtlichen Einheiten als auch die Hilfgesellschaften nicht erwähnt. Das Fehlen der Hilfgesellschaften – und damit auch des Konzepts des „statistischen Unternehmens“ – scheint zu bedeuten, dass die letzteren gemäß ESVG 1995 und abweichend vom 1993 SNA als eigenständige institutionelle Einheiten angesehen werden (können). Das wäre zwar eine gravierende Abweichung des ESVG 1995 vom 1993 SNA; dennoch stimmt die

EinhV in dieser Frage eindeutig mit dem SNA überein. Und gemäß der EinhV von 1993 ist die *institutionelle Einheit* (wie auch der Unternehmensbegriff) in allen folgenden EU-Dokumenten, also auch im ESVG 1995, rechtlich verbindlich in dem dort definierten Sinn zu interpretieren und schließt somit die Hilfgesellschaften ein. Für Leser und Anwender allein des ESVG 1995 bleibt dieser inhaltliche Bezug unsichtbar.

werden. Für Einheiten als Erhebungs- oder Beobachtungseinheiten wie in der ISIC und in der EinhV und gleichermaßen für praktische Registerzwecke sind diese systematischen Unterschiede dagegen kaum von Bedeutung, da sie sich auf die Merkmale beziehen, nicht auf die Einheiten selbst.

2.2 Örtliche fachliche Einheiten und Wirtschaftsbereiche

Für die statistische Aufgliederung der Strukturen des Produktionsprozesses sowie des Aufkommens und der Verwendung der Produkte sind institutionelle Einheiten in den Fällen weniger geeignet, in denen sie fachlich verschiedene Produktionstätigkeiten an mehr als einem Ort vereinen. Eine derartige fachliche und räumliche Inhomogenität ist zwar bedeutungslos für die gesamtwirtschaftliche Sektordarstellung. Inhomogenität beeinträchtigt aber die Aussagekraft der Nachweisungen nach Wirtschaftsbereichen und nach Regionen beträchtlich.

Auf die Darstellung der institutionellen Einheiten und Sektoren folgt im ESVG 1995 – wie im 1993 SNA – in zwei Stufen die Darstellung produzierender Einheiten, die möglichst homogen in fachlicher und örtlicher Hinsicht sein sollten: zunächst örtliche fachliche Einheiten, klassifiziert nach Wirtschaftsbereichen, sodann homogene Produktionseinheiten, klassifiziert nach homogenen Produktionsbereichen.

„Um die Produktion und die Verwendung der Waren und Dienstleistungen möglichst gut analysieren zu können, sollten Darstellungseinheiten gewählt werden, die die ökonomisch/technischen Zusammenhänge am besten spiegeln. Die institutionellen Einheiten sollten daher in kleinere, mit Hinblick auf die Produktion homogenere Einheiten, aufgeteilt werden. Die örtlichen fachlichen Einheiten dienen dieser Anforderung als ein erster, praxisorientierter Schritt.“ (ESVG 1995, 2.105.)

Diese Einheit wird wie folgt definiert: „Die örtliche fachliche Einheit (örtliche FE) ist der Teil einer FE, der einer örtlichen Einheit entspricht. Die FE fasst innerhalb einer institutionellen Einheit sämtliche Teile zusammen, die zur Ausübung einer Produktionstätigkeit auf vierstelliger Ebene (...) der Klassifikation der Wirtschaftszweige (NACE Rev. 1) beitragen. Es handelt sich um eine Einheit, die einer oder mehreren operationellen Unterabteilungen einer institutionellen Einheit entspricht. Die institutionelle Einheit muss über ein Informationssystem verfügen, das es ermöglicht, für jede örtliche FE mindestens den Produktionswert, die Vorleistungen, die Arbeitnehmerentgelte, den Betriebsüberschuss, die Beschäftigten und die Bruttoanlageinvestitionen festzustellen oder zu berechnen.“ (ESVG 1995, 2.106.)

Im SNA und in der ISIC Rev. 3 wird die örtliche fachliche Einheit „establishment“ genannt.

Establishment-Konzept

Im establishment-Konzept werden die fachlichen und örtlichen Dimensionen nicht schematisch miteinander kombiniert, sondern unter der Berücksichtigung von drei weiteren Dimensionen oder Merkmalen, nämlich der Art der Tätigkeit (Hilfstätigkeit) der örtlichen Einheit, der Art der organisatorischen

Einheit und der Verfügbarkeit von Daten über die Einheit pragmatisch gebildet.

Danach ist ein establishment (Betrieb) definiert als ein Unternehmen oder Unternehmensteil, das an einem bestimmten Ort nur eine Produktionstätigkeit (auf der untersten Ebene in der ISIC 1990) ausübt oder in dem die Haupttätigkeit den größten Teil der Wertschöpfung bestreitet (1993 SNA, 5.21.).

Auf diese Weise ergeben sich für establishments Daten, die für die Analyse der Produktion in technischer Hinsicht besser geeignet sind. Darüber hinaus wird es aber notwendig sein, die Daten für Zwecke von IOT weiter umzurechnen (1993 SNA, 5.23; vgl. auch schon 2.48.).

In dieser Abgrenzung zu den IOT wird die Grenzlinie zwischen analytischer Einheit (homogene Produktionseinheit) und beobachtbaren Einheiten (institutionelle Einheiten, Unternehmen, Betriebe) deutlich.

In der Praxis wird ein establishment üblicherweise gleichzusetzen sein mit einer einzelnen Werkstätte/Arbeitsstätte wie z.B.: Bauernhof bzw. Farm, Bergwerk, Steinbruch, Fabrik, Produktionsanlage, Geschäft, Lagerhaus, Baustelle, Verkehrseinrichtung (-anlage), Flughafen, Garage, Bank, Büro, Krankenhaus u.v.a.m. (1993 SNA, 5.24.). Hilfstätigkeiten werden im System nicht separiert und gesondert ausgewiesen, so dass Hauptverwaltungen, Reparaturgeschäfte, Verkaufsläden, Führungsbüros usw., die nur Hilfstätigkeiten ausführen, nicht als establishment behandelt werden (1993 SNA, 5.24.). In der Regel entspricht das establishment dem Betrieb.

Seit längerem wird es in offiziellen Dokumenten der EU und der Bundesrepublik vermieden, den Begriff establishment ins Deutsche zu übersetzen. Dieser wird auch auf der EU-Ebene nicht direkt verwendet, sondern ist durch die Bezeichnung Local Kind-of-Activity Unit (LKAU) ersetzt, die in offiziellen methodischen Dokumenten als örtliche fachliche Einheit übersetzt wird. Dies ist eine durchaus sinnvolle „wörtliche“ Übersetzung. Da dieser Begriff jedoch keinerlei Bezug zu den auch hierzulande unter vielfältigen Bezeichnungen tatsächlich existierenden bzw. in der Erhebungspraxis etablierten örtlichen Wirtschaftseinheiten hat, ist damit die für die statistische Praxis benötigte Übersetzung des Begriffs „establishment“ noch nicht gegeben. Früher wurde establishment oft mit „fachlicher Betriebsteil“ übersetzt, aber auch mit „Betrieb“. Es konkurrierten im Wesentlichen diese zwei Übersetzungen, die mit unterschiedlichen Sichtweisen verbunden sind. Diese Diskussion hat Tradition und bezieht sich auf das SNA 1968, reicht aber sogar noch weiter zurück. In der Tat entspricht der establishment-Begriff des früheren SNA 1968 dem fachlichen Unternehmens- oder Betriebsteil – und damit weitgehend einer homogenen Einheit –, weshalb auch keine weitere homogene Einheit notwendig war. Auch das frühere ESVG 1970 kannte nur die Dualität von institutionellen Einheiten und homogenen Produktionseinheiten. Die – hierzulande bisher kaum bemerkte – weit reichende Änderung des establishment-Konzepts im 1993 SNA wird dort deutlich hervorgehoben:

„Das 1993 SNA macht eine neue Unterscheidung zwischen einer analytischen Einheit und einer Beobachtungseinheit in den Produktionskonten, den Aufkommens- und Verwendungstabellen und den IOT. Das establishment ist definiert in Bezug auf eine Tätigkeit (...) und einen Ort, wie auch im SNA 1968, aber aus praktischen Gründen und wegen der Übereinstimmung mit der ISIC, Rev. 3. (1990), akzeptiert das 1993 SNA eine beobachtbare Version des establishment, welche zusätzlich zu ihrer Haupttätigkeit eine oder mehrere Nebentätigkeiten haben kann. Die analytische Einheit (homogene Produktionseinheit) wird in der Aufstellung der IOT verwendet.“ (1993 SNA, Annex I, 14.)

Tatsächlich verlangt die praktische Bestimmung des establishment-Konzepts die Aufteilung örtlich verbundener fachlich verschiedener Einheiten in unterschiedliche Betriebe, wenn diese als Teileinheiten klar identifizierbar sind. Das ist auch eine Frage der Verfügbarkeit der dafür notwendigen statistischen Daten.

Merkmale von oder für establishments

Betriebe unterscheiden sich begrifflich völlig von institutionellen Einheiten. Falls eine institutionelle Einheit nur einen Betrieb einschließt, stimmen beide Einheiten in dem Sinne überein, dass ihre Produktionskonten identisch sind. Ein Betrieb als solcher ist jedoch keine institutionelle Einheit des Systems, die Transaktionen auf eigene Rechnung machen, Verpflichtungen eingehen und Verträge schließen kann. So werden beispielsweise die Käufe und Verkäufe, die mit der Produktionstätigkeit eines Betriebes verbunden sind, von der institutionellen Einheit abgewickelt, zu welcher der Betrieb gehört, nicht von diesem selbst. Es ist deshalb nicht vorstellbar, einen kompletten Kontensatz einschließlich der Vermögensbilanzen für einen Betrieb aufzustellen. Das ist nicht Ergebnis praktischer Probleme mit den Daten, sondern resultiert aus der Tatsache, dass ein Betrieb keine Einheit ist, die auf eigene Rechnung Geschäfte tätigen kann (1993 SNA, 5.25.).

Dieser qualitative begriffliche Unterschied zwischen den beiden Arten von Einheiten bedeutet, dass es für establishments nur Sinn macht, Daten zusammenzustellen, die auf seine Produktionstätigkeit bezogen sind. Dazu gehören (1993 SNA, 5.26.):

- Die Posten auf dem Produktionskonto und auf dem Einkommensentstehungskonto,
- Statistiken über Beschäftigte und Arbeitsstunden,
- Schätzungen des Anlagevermögens und des genutzten Bodens,
- Schätzungen der Vorratsveränderungen und der Bruttoanlageinvestitionen.

Die Aufstellung von Produktions- und Einkommensentstehungskonten setzt voraus, dass es möglich ist, den Produktionswert und die Vorleistungen – und dadurch als Saldo die Wertschöpfung – sowie die Arbeitnehmerentgelte, Produktionssteuern und Einfuhrabgaben, Subventionen und den Betriebsüberschuss zu berechnen. Vor allem muss es möglich sein, diese zuletzt genannten Daten für einen Betrieb

Übersicht:

Statistische Einheiten und Klassifikationen in den gegenwärtigen internationalen VGR-Systemen

	Statistische Einheiten			Klassifikationen		
	Kontensystem	Aufkommens- und Verwendungsrechnung	Zusatz-tabelle bzw. IOT	Kontensystem	Aufkommen und Verwendung	Zusatz-tabelle bzw. IOT
1993 SNA und ESGV 1995	Institutionelle Einheiten, (Kapitalgesellschaften, Haushalte, Organisationen)	establishments örtliche fachliche Einheiten	Homogene Produktionseinheiten	Sektoren (Kapitalgesellschaften usw.)	Wirtschaftsbereiche	Homogene Produktionsbereiche

zu beschaffen, auch wenn sie in der Praxis nicht immer verfügbar sind oder benötigt werden. (1993 SNA, 5.27.)

Nur ein Teil der Daten ist notwendig zu erheben, ein anderer Teil kann aus diesen berechnet werden.

2.3 Homogene Produktionseinheiten und homogene Produktionsbereiche

Im ESGV 1995 wird in Übereinstimmung mit dem 1993 SNA nach der Bildung der örtlichen fachlichen Einheiten ein weiterer Schritt in Richtung möglichst homogener Einheiten getan.

„Die örtliche FE entspricht den Erfordernissen der Produktionsanalyse nicht vollständig (...). Die optimale Einheit für diese Art der Analyse, d.h. für die Input-Output-Analyse, ist die homogene Produktionseinheit.“ (ESGV 1995, 2.111.)

2.4 Zusammenfassung „Darstellungseinheiten“

Das ESGV sieht drei Typen von Einheiten vor: die institutionellen Einheiten, die örtlichen fachlichen Einheiten und die homogenen Produktionseinheiten. Es handelt sich um Darstellungseinheiten; die ersten beiden sind zugleich auch Beobachtungseinheiten, die letztere ist eine analytische Einheit

Die den hier verwendeten Begriffen unterliegende systematische Unterscheidung nach der Art der Einheiten ist kurz auszuführen:

Um Einheiten eindeutig definieren und abgrenzen zu können, ist die Unterscheidung der jeweiligen Funktion bzw. des jeweiligen Kontext der Einheiten wichtig. Dabei kann bei Primärstatistiken die Verwendung der Einheiten bzgl. zweier Hauptfunktionen unterschieden werden (ISIC 1990, S. 16 Abs. 61):

- Berichtseinheiten (reporting units): Die Einheiten, von denen Daten gefordert bzw. erhoben werden. In der deutschen Statistik wird der Begriff Erhebungseinheit⁶ verwendet.
- Statistische Einheiten (statistical units): Die Einheiten, anhand derer die Ergebnisdarstellung von Statistiken erfolgt. Sie dienen als kleinste Bausteine

⁶ So z.B. in Arbeitsgrundlagen für die Durchführung der kurzfristigen Erhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, 1987 (kurz: Arbeitsgrundlagen): „Die Er-

hebungseinheit ist die in einer Erhebung direkt befragte Einheit, für die die Tatbestände tatsächlich beobachtet und registriert werden“.

für die Aggregation von Ergebnissen nach den verschiedenen klassifizierenden Merkmalen (wie z.B. Wirtschaftszweig, Region, Sektor, Größenklassen). Der entsprechende Begriff der deutschen Statistik ist die Darstellungseinheit.⁷

Bei den statistischen Einheiten kann nochmals unterschieden werden nach (ISIC 1990, S.16 Abs.63)

- Beobachtungseinheiten (observation units): Die Einheiten, über die Daten gesammelt werden und anhand derer Statistiken erstellt werden.
- Analyseeinheiten⁸ (analytical units): Zusätzliche Einheiten, die (aus Homogenitätsgesichtspunkten) künstlich erzeugt werden und für die spezielle Analysen durchgeführt werden.

Aus dem ESVG ergibt sich, welche Merkmale für die beiden Einheiten darzustellen sind, die für die weiteren Ausführungen behandelt werden, nämlich (statistische) Unternehmen und establishment / Betrieb.

Zwar sind für die institutionellen Einheiten (Unternehmen) im Kontensystem sämtliche wirtschaftlichen Transaktionen und Vorgänge darzustellen. Aber die Daten für die meisten Konten dieser Einheiten bzw. Sektoren werden gesamt-rechnerisch aggregiert aus verschiedensten Quellen zusammengestellt und im Kontensystem berechnet. Nur die Daten für das Produktions- und Einkommensentstehungskonto werden aus Unternehmensstatistiken benötigt. Es handelt sich also um das Produktionskonto und die Sachinvestitionen.

Für den kleinen Teil der Unternehmen mit Betrieben verschiedener WZ-Zuordnung an verschiedenen Orten (mit allerdings hohen Wertschöpfungsanteilen, da es sich um die meisten Großunternehmen handelt) sind die Daten über die Produktionskonten der Betriebe erforderlich.

Es sind also vollständige Strukturdaten für die Darstellungseinheit „Unternehmen“ erforderlich sowie nur einige dieser Merkmale über die Darstellungseinheit „Betrieb/establishment“ sowie Produktionsstatistiken für diese Betriebe in den Fällen, in welchen die Betriebe verschiedenen WZ zugeordnet sind.

Bei welchen Erhebungseinheiten diese Daten für welche Beobachtungseinheiten zu beschaffen sind, liegt jenseits des ESVG.

3. EU-Verordnungen über Unternehmensstatistiken

Ein erster Teil dieser Verordnungen regelt die statistische Infrastruktur, ein zweiter Teil die Produktionsprozesse und Lieferprogramme.

3.1 Statistische Infrastruktur

Die EU-einheitliche Klassifikation wirtschaftlicher Tätigkeiten (NACE bzw. WZ) ist eine grundlegende Voraussetzung – neben den statistischen Einheiten – der europaweiten Harmonisierung der Statistiken. Die EinhV ist von zentraler Bedeutung, weil sie die für die Unternehmensstatistiken wesentlichen Einheiten

definiert, erläutert und verbindlich vorschreibt. Die RegV wird in die Betrachtung einbezogen, weil sie wesentliche Teile der statistischen Praxis regelt.

NACE Rev. 1 (1990) bzw. WZ 1993

Diese Verordnung war der erste Baustein für die Vereinheitlichung der EU-Wirtschaftsstatistiken. Die internationale Vergleichbarkeit wurde durch die Klassifikation zwar nur teilweise erreicht, aber in späteren Revisionen verbessert.

Einheiten-Verordnung/EinhV (1993)

In der EinhV werden statistische Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft definiert, die in den EU-Mitgliedstaaten als statistische Normen anzuwenden sind, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu verbessern.

„Die Verwendung der (...) statistischen Systematik der Wirtschaftszweige (...) und des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen erfordert die Definition statistischer Einheiten für die Register, die Erhebungen, die Darstellung und die statistische Analyse“. Darüber hinaus sind um „der internationalen Vergleichbarkeit der Wirtschaftsstatistik willen“ statistische Einheiten zu verwenden, die mit der ISIC 1990 und dem 1993 SNA „in Verbindung stehen“. (EinhV, S. 1f.)

In der EinhV wird die aus dem ESVG bereits bekannte Unterscheidung zwischen Erhebungseinheiten und statistischen bzw. Darstellungseinheiten in derselben Weise vorgenommen. Erstere sind in der EinhV die rechtlich-administrativen, letztere die wirtschaftlich-statistischen Einheiten.

In der folgenden Darstellung wird nur auf zwei der acht Typen statistischer Einheiten eingegangen, nämlich das Unternehmen und die fachliche Einheit auf örtlicher Ebene (örtliche FE).

Unternehmen

„Das Unternehmen entspricht der kleinsten Kombination rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. (...) Ein Unternehmen kann einer einzigen rechtlichen Einheit entsprechen.“ (EinhV, S. 5)

Der Unternehmensbegriff wird näher erläutert: „Das so definierte Unternehmen ist eine wirtschaftliche Größe, die (...) der Vereinigung mehrerer rechtlicher Einheiten entsprechen kann. Bestimmte rechtliche Einheiten sind nämlich ausschließlich zugunsten einer anderen rechtlichen Einheit tätig, und ihre Existenz hat lediglich verwaltungstechnische (z.B. steuerliche) Gründe, ohne dass die Einheiten in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutsam wären. Zu dieser Kategorie zählt auch ein Großteil der rechtlichen Einheiten ohne Beschäftigte. Häufig sind die Tätigkeiten dieser rechtlichen Einheiten als Hilfstätigkeiten zu den Tätigkeiten der rechtlichen Muttereinheit anzusehen, der sie angehören und der sie angeschlossen sein müssen, um die für die Wirtschaftsanalyse verwendete Größe ‚Unternehmen‘ zu bilden.“ (EinhV, S. 4)

7 Siehe Arbeitsgrundlagen: „Die Darstellungseinheit dagegen ist die statistische Einheit, auf die sich die Aussage des statistischen Ergebnisses bezieht. (...) Sie ergibt sich aus der Erhebungseinheit durch Gruppierung und Umordnung der Angaben.“

8 Synonym hierzu wird der Begriff Berechnungseinheit verwendet.

Die in den Erläuterungen in der EinhV gegebenen Kriterien für rechtliche Einheiten, die zu Unternehmen zusammenzufassen sind, konkretisieren diesen weiten Unternehmensbegriff. Nur rechtliche Einheiten, die ausschließlich zugunsten einer anderen rechtlichen Einheit tätig sind, bilden zusammengefasste institutionelle Einheiten. ‚Zugunsten‘ kann, muss aber nicht bedeuten, dass die Leistung dieser Einheit in die Vorleistungen der Haupteinheit eingeht. Dass es sich ‚häufig‘ um Hilfstätigkeiten handelt, heißt natürlich nicht, dass es sich nur um solche handelt. Es kann sich z.B. auch um Bereitstellung von Produktionsfaktoren handeln.

Fachliche Einheit und örtliche Einheit

In der EinhV werden auch diese beiden Arten von Einheiten beschrieben, da sie für bestimmte Zwecke benötigt werden. Davon unterschieden wird die hier wichtige fachliche Einheit auf örtlicher Ebene, die keine schematische Kombination dieser beiden Dimensionen ist, sondern typische Eigenheiten aufzuweisen hat.

Fachliche Einheit auf örtlicher Ebene / establishment / Betrieb

„Die fachliche Einheit auf örtlicher Ebene (örtliche FE) ist der Teil einer fachlichen Einheit, der sich auf örtlicher Ebene befindet.“ „Die ‚örtliche FE‘ entspricht der praktischen Definition des ‚establishment‘ in Ziffer 106 der Einführung zur ISIC Rev. 3“. (EinhV., S. 9.)

Dieser Hinweis auf das establishment (den Betrieb) ist auch im ESVG 1995 enthalten (s.o.). Zur Vermeidung von Missverständnissen sei nochmals darauf verwiesen, dass die ‚praktische Dimension‘ des establishment darauf zielt, dass es sich in fachlicher Hinsicht um kein analytisches Konstrukt, sondern um eine beobachtbare Einheit handelt, für welche die benötigten Daten ermittelt oder berechnet werden können.

Jedenfalls sind die Definitionen der EinhV für die europäische Wirtschaftsstatistik rechtlich verbindlich. In der oben zitierten Definition des Unternehmens findet sich der Satz: „Ein Unternehmen kann einer einzigen rechtlichen Einheit entsprechen“ (EinhV, S. 5). Inhaltlich ist dieser Satz nur eine – etwas spitzfindige – Präzisierung dessen, was bereits mit der ‚kleinsten Kombination rechtlicher Einheiten‘ ausgedrückt ist, dass nämlich die kleinste Kombination selbstverständlich auch nur aus einer Einheit bestehen kann.⁹

Register-Verordnung/RegV (1993)

Die RegV regelt „die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke“. (RegV., S. 1.) Es handelt sich um mehr als rein technische Regelungen, weil (entsprechend dem in der EinhV festgelegten Verfahren) auch inhaltlich festgelegt wird, welche Einheiten in das Register aufzunehmen sind, um mit ihren Ergebnissen überhaupt zur statistischen Erhebung und Auswertung zur Verfügung zu stehen.

Die RegV, die von 1993 datiert, entspricht mit ihren Konzepten und Definitionen dem ESVG bzw. dem SNA und der ISIC. Die systematische Unterscheidung

zwischen rechtlich-administrativen Einheiten einerseits und statistischen Einheiten andererseits wird konsequent durchgehalten, auch wenn die Möglichkeit zugestanden wird, rechtliche Einheiten nicht als selbstständige Einheiten, sondern als Daten der zugehörigen Unternehmen zu behandeln.

Zusammenfassung „Infrastruktur“

Auch bei Abweichungen im Detail blieb es bis zum Jahr 1993 – also in den Verordnungen zur unternehmensstatistischen Infrastruktur – dabei, dass auf der europäischen Ebene die konsequente Umsetzung der ESVG-Konzepte in den Unternehmensstatistiken und eine strikte Vereinheitlichung rechtlich verbindlich vorgeschrieben werden sollte und weitgehend auch wurde. Eine derartige ‚Vereinheitlichung‘ – etwas abgeschwächt ‚Harmonisierung‘ – ist allerdings in striktem Sinn auf europäischer Ebene nur möglich für primäre statistische Erhebungen bei Unternehmen bzw. Betrieben, weil deren rechtliche Formen und Buchhaltungsvorschriften international – in Europa – mehr oder minder übereinstimmen und die konkrete Ausgestaltung der Erhebungen durch die amtliche Statistik selbst bestimmt werden kann. Administrative Daten jedoch sind – mit Ausnahme der Umsatzsteuerdaten, die auf dem fast einheitlichen Mehrwertsteuersystem beruhen –, stark durch nationale Besonderheiten geprägt, so dass auch für das Unternehmensregister in der RegV nicht europaweit vorgeschrieben werden konnte, welche Verwaltungsregister zu dessen Pflege heranzuziehen seien. Diese Regelungen mussten nationalen Gesetzen überlassen bleiben.

3.2 Statistischer Produktionsprozess und Lieferprogramm nach der StrukturV

Nach der oben vorgestellten Interpretation der EU-Verordnungen zur unternehmensstatistischen Infrastruktur – Klassifikation der Wirtschaftszweige, Einheiten und Unternehmensregister – als wesentliche Voraussetzungen eines europaweit einheitlichen statistischen Produktionsprozesses wäre es (nur) konsequent gewesen, international einheitliche Ergebnisse von Unternehmensstatistiken dadurch herbeizuführen, dass in den weiteren Verordnungen genau vorgeschrieben wird, von welchen Erhebungseinheiten welche Merkmale für diese selbst oder andere Darstellungseinheiten (unter welchen Qualitätsbedingungen) zu erheben sind und was davon an Eurostat zu liefern ist.

Die 1996 verabschiedete StrukturV hat einen deutlich anderen Inhalt. Sie bezieht sich zwar auf die konzeptionellen und methodischen Festlegungen, welche die vorher gehenden Dokumente – WZ 1993, EinhV, ESVG 1995 – enthalten. Aber angesichts des Inhaltes der vorhergegangenen Verordnungen sind einige der Festlegungen der StrukturV bemerkenswert.

⁹ Hingewiesen sei aber auf die von Deutschland offiziell vertretene Auffassung, nach der aus diesem Satz keine Aussage über tatsächliche Gegebenheiten herausgelesen wird, sondern eine Art von Ermächtigung, Unternehmen und rechtliche Einheiten nach Gutdün-

ken gleichzusetzen. Als ob dort stünde: „Ein Unternehmen kann einer einzigen rechtlichen Einheit gleichgesetzt werden“. Dieser hierzulande herrschenden Meinung – die insbesondere Folgen für die rechtliche Auslegung der StrukturV hat – wird in diesem Beitrag nicht gefolgt.

Dort werden nach einem allgemeinen Hinweis auf die EinhV drei der statistischen Einheiten behandelt, nämlich Unternehmen, örtliche Einheiten und fachliche Einheiten. Rechtliche Einheiten sind daneben als gegeben vorausgesetzt. Es ist erstaunlich, dass der Betrieb im Sinne des establishments fehlt.

Das Unternehmen der StrukturV ist aufgrund der rechtlich verbindlichen Festlegungen in der EinhV das statistische Unternehmen, also die kleinste Kombination rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit bilden (s.o.). Die StrukturV bietet also die rechtliche Grundlage für die Ermittlung der Angaben, die zur Bildung der statistischen Einheit „Unternehmen“ erforderlich sind, und zur Ermittlung der Daten, die für die StrukturV benötigt werden. Dazu wird in den einzelnen Modulen der Hinweis gegeben, dass die entsprechenden „Statistiken erstellt werden“. Zur Herkunft der Daten wird ausgeführt:

„Die Mitgliedstaaten können die erforderlichen Daten nach dem Grundsatz der verwaltungstechnischen Vereinfachung durch eine Kombination der verschiedenen nachstehend aufgeführten Quellen beschaffen:

- verbindliche Erhebungen: Die rechtlichen Einheiten, zu denen die von den Mitgliedstaaten zur Lieferung von Angaben aufgeforderten statistischen Einheiten gehören oder aus denen sie sich zusammensetzen, sind verpflichtet, innerhalb der vorgeschriebenen Fristen wahrheitsgemäße und vollständige Abgaben zu machen;
- andere Quellen, die in Bezug auf Genauigkeit und Qualität zumindest gleichwertig sind;
- statistische Schätzverfahren, falls einige Merkmale nicht für alle Einheiten beobachtet wurden.“ (StrukturV, Art. 6, Abs. 2)

Dieser Absatz ist – als in den Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht – die Grundlage für die Verpflichtung der entsprechenden rechtlichen Einheiten (Erhebungseinheiten), den Statistischen Ämtern Angaben über ihre statistischen Einheiten (Beobachtungseinheiten: Unternehmen und fachliche Einheiten) zu machen, damit diese überhaupt gebildet werden können, und die geforderten Daten für diese Einheiten zu liefern. Es können zwar auch die beiden anderen genannten Wege der Datenbeschaffung gewählt werden – allerdings nur, wenn Qualitätsstandards eingehalten werden, welche zumindest gleichwertige Ergebnisse herbeizuführen in der Lage sind.

Es handelt sich also beim Unternehmen der StrukturV – und auch ihren anderen Einheiten – um eine Darstellungseinheit, für die dann in Lieferprogrammen festgelegte Merkmale aufzustellen sind. Wie und bei wem die Daten ermittelt werden, bleibt offen. Sie können primär erhoben, sekundär übernommen, berechnet und geschätzt werden. Der statistische Produktionsprozess wird zwar durch die Verordnungen zur Infrastruktur geregelt, bleibt materiell aber unbestimmt, nur eingegrenzt durch Qualitätsanforderungen.

Zwar hält die StrukturV von 1996 noch allgemein fest:

„Die Schaffung gemeinsamer statistischer Normen, die die Erstellung harmonisierter Daten ermöglichen, kann nur auf Gemeinschaftsebene effizient erfolgen. (...) Die

beste Methode der Bewertung von Struktur, Tätigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Leistung der Unternehmen in der Gemeinschaft ist die Erstellung von Statistiken nach gemeinsamen methodischen Grundsätzen und mit gemeinsamen Definitionen der Merkmale. Nur aus in koordinierter Weise erstellten Daten können harmonisierte Statistiken hervorgehen.“ (StrukturV, Vorspann §§ 14 und 15, S. 2)

Der in diesem Dokument fast unterschiedslose Gebrauch der Begriffe „gemeinsam“, „koordiniert“ und „harmonisiert“ spiegelt jedoch eine Unbestimmtheit wider und weist auf Verunsicherung hin.

In der konkreten Ausgestaltung enthält die StrukturV ein Lieferprogramm für Darstellungseinheiten, das aus unterschiedlichen Quellen gespeist werden kann; jedoch nur, wenn neben den weiter geltenden anderen Verordnungen – besonders diejenigen über Einheiten und über Klassifikationen – auch noch bestimmte Qualitätskriterien eingehalten werden. Das kann als Rückfall in Praktiken der Gemeinschaftsstatistiken vor 1990 gesehen werden, aber auch als Weg, den Einsatz flexibler Methoden der Statistikproduktion zuzulassen.

Diese grundsätzlichen Festlegungen der StrukturV bedeuten jedenfalls einen Bruch mit den ursprünglichen Zielen, die mit der Revision des ESVG und der Reform der Unternehmensstatistiken auf EU-Ebene in den frühen neunziger Jahren angestrebt worden waren. Denn die Vereinheitlichung bzw. Harmonisierung der Ergebnisse sollte sich jetzt nicht mehr oder nicht mehr bestimmend aus der zentralen Beeinflussung der Gestaltung des statistischen Produktionsprozesses ergeben – also durch Festlegungen zu Infrastruktur und Erhebungseinheiten und -merkmalen –, sondern auf der Grundlage der Infrastruktur durch die Festlegung der Lieferprogramms an die EU, also auf der ‚Ebene‘ von Darstellungseinheiten und deren Merkmalen verbleibend, ergänzt durch Qualitätsanforderungen. Dadurch wurden die natürlich weiterhin notwendigen (mehr oder minder veränderten) Festlegungen zu den konkreten Produktionsprozessen, Erhebungseinheiten und -merkmalen der nationalen Ebene überlassen.

Diese Art der Regelung auf EU-Ebene war eine Möglichkeit, die Fragen der national verschiedenen Verwaltungsdaten anzugehen. Die Vorgabe bzw. Festlegung von Darstellungseinheiten und Lieferprogramm nicht nur für Verwaltungsdaten, sondern auch für amtliche statistische Erhebungen war aber viel mehr als eine Lösung für diese begrenzte praktische Frage. Sie bedeutete den Übergang zu einem anderen Paradigma der Unternehmensstatistiken, in welchem die darzustellenden Ergebnisse (unter gewissen Qualitätsanforderungen) im Zentrum stehen und Datenquellen und Produktionsprozesse unter diesen Vorgaben wählbar sind.

Dieser Paradigmenwechsel war mitbedingt durch den auch auf europäischer Ebene forcierten Übergang zur verstärkten Nutzung von Verwaltungsdaten über Unternehmen (zur Entlastung derselben von Berichtspflichten) und durch das Subsidiaritätsprinzip.

Statistische Einheiten und Merkmale

Die jährliche Strukturstatistik bezieht sich mit allen wirtschaftlichen Merkmalen wie Umsatz, Wert der Produktion usw. auf Unternehmen, nur wenige Merkmale werden für fachliche Einheiten gefordert, noch weniger für Regionen.

Unternehmen

In der StrukturV ist das Unternehmenskonzept – im Sinne der EinhV – konsequent umgesetzt,¹⁰ indem die Daten des Produktionskontos und damit nahe zusammenhängende Größen gefordert werden. Diese Festlegungen der StrukturV für das Unternehmen bedeuten, dass dieses auf EU-Ebene weiterhin als Darstellungseinheit konzipiert ist und die weitere konkrete Umsetzung den Mitgliedstaaten überlassen bleibt.

Regionale Daten und fachliche Einheiten

Es werden Festlegungen für regionale Daten (nicht für örtliche Einheiten) und für fachliche Einheiten getroffen, die zwar nicht die Anforderungen für Betriebe (establishments) direkt erfüllen, aber doch daraufhin überprüft werden können, ob sie deren statistische Bildung ermöglichen.

Die nicht für Darstellungseinheiten, sondern für Regionen geforderten Aggregatdaten sind für das Betriebskonzept ganz unzureichend.

Die für fachliche Einheiten geforderten Daten entsprechen zwar als solche dem establishment-Konzept: „Die fachliche Einheit (FE) ist als Einheit definiert, die einer oder mehreren operationellen Unterabteilungen des Unternehmens entspricht. Damit eine Beobachtung der FE möglich ist, muss das Unternehmen über ein Informationssystem verfügen, das es ermöglicht, für jede FE zumindest den Wert der Produktion und der Vorleistungen, die Personalkosten und den Betriebsüberschuss sowie Beschäftigung und Bruttoanlageinvestitionen festzustellen oder zu berechnen. Die in einer bestimmten Position der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1) eingeordneten FE können wegen der diesen FE zugeordneten Nebentätigkeiten, die aus den verfügbaren Rechnungsunterlagen nicht hervorgehen, Produkte herstellen, die nicht zu der für ihre Tätigkeit typischen homogenen Gruppe gehören. Somit kann davon ausgegangen werden, dass Unternehmen und FE identisch sind, wenn ein Unternehmen die Angaben zu allen obengenannten Parametern für eine oder mehrere operationelle Unterabteilungen nicht feststellen oder berechnen kann.“ (StrukturV, Vorspann § 16, S. 2)¹¹

Gefordert wird, die Posten des Produktionskontos (und die üblichen Ergänzungen) „zu ermitteln oder zu berechnen“ – die fachliche Einheit ist hier also weiterhin als Darstellungseinheit konzipiert.

Allerdings bleibt die örtliche Dimension der Einheit unberücksichtigt, die für die Kategorie „establishment/Betrieb“ ganz wesentlich ist – allein wegen des quantitativen Gewichts der überregional tätigen Großunternehmen mit vielen Betrieben. Es wäre im Sinne des Betriebskonzepts sinnvoller gewesen, Daten für örtliche Einheiten anstelle der fachlichen Einheiten zu fordern.

Die Datenerhebung für fachliche Einheiten wird faktisch ins Belieben der nationalen Statistischen Ämter gestellt, indem sie an Bedingungen geknüpft ist, die auf eine fakultative Freistellung hinauslaufen.

Die StrukturV verbleibt, wie dargelegt, auf der Ebene der Darstellungseinheiten, allerdings mit der Vorgabe der fachlichen Einheit als Darstellungseinheit. Das ist ganz unpassend, weil in den VGR-Systemen nur Unternehmen und Betriebe (establishments) als Darstellungseinheiten vorgesehen sind. Zwar dienen die Unternehmensstatistiken auch noch anderen Zwecken neben der Ausfüllung der Konzepte und Anforderungen der VGR. Daraus kann sich aber nur ein Mehr von erforderlichen Daten ergeben, besonders für die hier gar nicht behandelten Konjunkturstatistiken, kein Weniger.

Jedenfalls fehlen den Autoren dieser Teile der StrukturV Kenntnis und/oder Verständnis des establishment-Konzepts, wie es durch das 1993 SNA und das ESVG 1995 neu bestimmt wurde.¹² Die Festlegungen der StrukturV in regionaler und fachlicher Gliederung lassen zwar noch Spuren des establishment-Konzepts erkennen (s. o., Zitat StrukturV, Vorspann § 16), sind aber wohl insgesamt eher zu deuten als Resultat des Versuchs der Herstellung eines kleinsten gemeinsamen Nenners in den Verhandlungen zwischen den nationalen Delegierten, wobei diese von ihren jeweils vorhandenen VGR und unternehmensstatistischen Systemen ausgingen und versuchten, möglichst wenig zu verändern. Die europäischen Bestrebungen zur Vereinheitlichung nicht nur der Unternehmensstatistiken, sondern auch der VGR blieben dabei auf der Strecke (siehe z. B. Voy 2007).

4. Von den Darstellungseinheiten zur nationalen praktischen Umsetzung in Unternehmensstatistiken

Die StrukturV enthält Lieferprogramme über Merkmale von Darstellungseinheiten, die nicht hinreichend sind zur Erfüllung der ESVG-Konzepte, sowie Qualitätsanforderungen für die zu liefernden Daten. Zur praktischen Umsetzung bedarf es daher nationaler Statistikgesetze, in denen die statistischen Produktionsprozesse konkret geregelt werden. Es sind die Erhebungseinheiten, eventuell davon abweichende Beobachtungseinheiten und die Merkmale festzulegen. Wenn in der StrukturV Daten für Unternehmen und Betriebe (establishments) im oben dargelegten Sinne gefordert wären, also jeweils die

¹⁰ Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die EinhV eine merkwürdige Relativierung des Unternehmensbegriffs enthält (s. o., Fn. 9)

¹¹ Dieser Absatz fehlt in den früheren Versionen der Struktur-Verordnung; er erscheint erst in der Schlussfassung. Die Kriterien sind zwar aus dem ESVG übernommen, sie beziehen sich dort aber auf die örtlichen fachlichen Einheiten (establish-

ments) und stehen in einem diesem Text entgegen gesetzten Kontext im ESVG, dem es nämlich darum geht, die Praktikabilität der Erhebung (und ergänzenden Berechnung) von Daten für Betriebe/establishments zu betonen.

¹² Vgl. oben das Zitat 1993 SNA, Annex I, 14. Manches deutet darauf hin, dass zumindest einer der erfahrenen Akteure davon ausging, dass das establishment weiterhin wie im SNA der sechziger Jahre definiert (nämlich gleich der jetzigen örtlichen homogenen Produktionseinheit) und wie bislang auf nationaler Ebene weiter zu ignorieren sei.

Posten des Produktionskontos und die üblichen ergänzenden Angaben, würde das für die Strukturstatistiken bedeuten:

Unternehmen

Für die Unternehmen (rechtliche Einheiten oder Kombinationen von solchen) werden die Kostenstrukturen bei den rechtlichen Einheiten erhoben (je nach praktischer Umsetzung des Konzepts des ‚statistischen‘ Unternehmens).

- Das Produktionskonto des Unternehmens weist in vereinfachter Form die folgenden Posten auf:

Vorleistungen	Produktionswert
Abschreibungen	
Arbeitnehmerentgelt	
Betriebsüberschuss	

Von diesen werden direkt erhoben:

- Produktionswert (=Umsatz +/- Bestandsveränderungen),
- Vorleistungen,
- Arbeitnehmerentgelt.

Die Abschreibungen werden in den VGR wirtschaftsbereichsweise aus einer Anlagevermögensrechnung abgeleitet. Der Betriebsüberschuss ergibt sich als Kontensaldo. Für das Produktionskonto von Unternehmen in den VGR gilt daher, dass es zwar überwiegend auf direkt erhobenen, aber in Teilen auch konzeptionell fundiert berechneten Daten beruht.

Betriebe

Für die Betriebe (establishments) werden die Daten bei den örtlichen oder rechtlichen Einheiten erhoben, und zwar die Merkmale, die zur Bildung des Betriebskonzepts erforderlich sind. Das sind oft nur Umsatz bzw. Produktion und Arbeitnehmerentgelt (darüber hinaus Anlageinvestitionen). Die weiteren Posten des Produktionskontos für den Betrieb können allerdings daraus berechnet werden, wie es ja auch die oben interpretierten internationalen Dokumente verschiedentlich betonen.

Im Falle unternehmensinterner Lieferverflechtungen zwischen Betrieben (nur Vorprodukte und Vorleistungen, keine Hilfstätigkeiten) ist der Umsatz für die Erfassung des Produktionsergebnisses der liefernden Einheit nicht geeignet, da er – wie auch immer durch das Unternehmen abgegrenzt (auf die Betriebe verteilt) – jedenfalls die unternehmensinternen Leistungen für andere Betriebe nicht enthält. Die betriebliche Produktion ist für diesen Zweck adäquater; sie sollte aber nicht nur die für den Absatz bestimmte Produktion, sondern die Gesamtproduktion umfassen.¹³ Ersatzweise kann der Produktionswert anhand branchentypischer (wirtschaftsbereichsweiser) Strukturen geschätzt werden. Das gleiche gilt

für die Ermittlung der Vorleistungen. Wenn dann die Abschreibungen analog zu den Unternehmen auch für Betriebe bzw. die entsprechenden Wirtschaftsbereiche berechnet werden, ergibt sich der Betriebsüberschuss als Kontensaldo, wobei die Wertschöpfungssumme der Betriebe des Unternehmens gleich der Wertschöpfung des Unternehmens sein muss. Die Ungenauigkeiten, die durch diese Schätzungen in die Rechnung eingehen, gelten nur für die Betriebe, nicht die Unternehmen, so dass die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen so exakt wie bislang ermittelt werden. Der Vorteil ist aber eine größere Aussagekraft der Nachweisungen für Wirtschaftsbereiche auf Betriebsbasis, weil diese homogener als Unternehmen sind und wesentlich weniger anfällig gegenüber statistischen Darstellungen, die einen Strukturwandel von der Industrie zu den Dienstleistungen zeigen, wo es überwiegend nur rechtliche Ausgliederungen und damit formale Umsetzungen gegeben hat.

Unternehmensbereiche

Die bislang vorausgesetzte Darstellung von Betrieben (establishments) neben Unternehmen gehört als zweite systematische Darstellungsebene für alle Einheiten zu den ESVG-Konzepten; praktisch ist natürlich nur die Minderheit der Unternehmen betroffen, die mehr als einen Betrieb im weiter oben dargelegten Sinn hat. Allerdings vereinigen diese einen großen Teil der Produktion auf sich. In dieser Hinsicht ist es zweckmäßig, strukturell verschiedene ‚Unternehmenslandschaften‘ zu unterscheiden. Es kann (auch nach der Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige) von vier strukturell sehr verschiedenen Unternehmensbereichen¹⁴ ausgegangen werden:

- Produzierendes Gewerbe,
- Handel und Gastgewerbe,
- Dienstleistungen von/für Unternehmen,
- Persönliche Dienstleistungen.

Lieferverflechtungen zwischen Betrieben desselben Unternehmens, die verschiedenen Wirtschaftsbereichen angehören, sind ein gewichtiges Phänomen vor allem innerhalb des Produzierenden Gewerbes (wenn auch in den letzten Jahrzehnten durch rechtliche Aufspaltungen heterogener Unternehmen weniger bedeutsam geworden) und eventuell in Teilen der unternehmensnahen Dienstleistungen. In den übrigen Wirtschaftsbereichen sind die Betriebe bzw. örtlichen Einheiten überwiegend Filialen, die sehr ähnliche Strukturen aufweisen. Für diese Bereiche bräuchte eine Ermittlung von Betriebsdaten keine bessere Qualität auf der nationalen Ebene und einen unverhältnismäßigen Aufwand auf der regionalen Ebene. Die direkte Erhebung der o.g. Merkmale bei oder für örtliche/n Einheiten ist also nur für das produzierende Gewerbe notwendig. Für die übrigen

¹³ Leider ist die Statistik im Produzierenden Gewerbe immer mehr dazu übergegangen, die nur für den Absatz bestimmte Produktion zu erheben.

¹⁴ Abgesehen von Landwirtschaft sowie nicht-marktbestimmten Dienstleistungen, die ganz anders strukturiert sind und in den VGR auf anderen Wegen berechnet werden.

Bereiche reicht es, wie bislang bereits, anstelle der Daten für örtliche Einheiten solche für regionale (länderweise) Unternehmensteile zu erheben. Genau dies geschieht im jetzigen nationalen Programm der Unternehmensstatistiken. Diese bilden also eine geeignete empirische Grundlage für die Umsetzung der oben beschriebenen Konzepte des ESVG, Unternehmen und Betriebe betreffend.

Die nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen haben die Möglichkeiten, die sich aus der Verfügbarkeit regionaler in Kombination mit fachlichen Daten ergeben, bislang nicht genutzt, weil sie entgegen den internationalen Vorgaben am Unternehmenskonzept festgehalten haben – auch unter Hinweis auf fehlende Daten.¹⁵ Die Machbarkeit des Betriebskonzepts wird aber auch dadurch demonstriert, dass in den nationalen VGR ganz ähnliche Umrechnungen für die Produktionskonten der homogenen Produktionseinheiten der Input-Output-Rechnungen vorgenommen werden.

Auch die Regionalrechnungen des Arbeitskreises „VGR der Länder“ sind andere Wege gegangen, indem insbesondere für das Produzierende Gewerbe eine Methode praktiziert wird, welche die Regionalisierung der Wertschöpfung der Mehrländerunternehmen anhand der Arbeitnehmerentgelte und einer Schlüsselgröße vornimmt, die aus den über einen gewissen Zeitraum kumulierten betrieblichen Bruttoanlageinvestitionen gebildet wird, – ungeachtet dessen, dass zwar ein gewisser Zusammenhang zu den Abschreibungen anzunehmen ist, aber keinerlei Zusammenhang zum Betriebsüberschuss. Und zwar insbesondere dann, wenn der Betriebsüberschuss als Saldo des betrieblichen Produktionskontos gefasst wird.¹⁶ Was der Arbeitskreis „VGR der Länder“ zumindest in der Ergebnisdarstellung macht, indem er vollständige Produktionskonten nachweist.¹⁷

5. Anstelle einer Zusammenfassung

Die EU-Verordnungen zu den Unternehmensstatistiken erfüllen die Anforderungen, die sich aus dem ESVG ergeben, in dem Teil, der die statistische Infrastruktur regelt. Aber insbesondere die StrukturV bietet in dieser Hinsicht keine hinreichende Grundlage, ebenso wenig in Bezug auf die nationalen regionalen Anforderungen. In den einschlägigen nationalen Statistik-Gesetzen¹⁸ sind die Vorgaben der StrukturV jedoch um weitere Einheiten und Merkmale ergänzt worden, so dass insgesamt die Umsetzung der ESVG-Konzepte möglich ist, wenngleich eine Verbesserung der Datengrundlage zweckmäßig wäre.

Quellennachweis

Statistische Dokumente

- SNA 1968: United Nations, A System of National Accounts, New York.
- ESVG 1970: Eurostat, Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Luxemburg 1995.
- ISIC 1990: United Nations, ISIC Rev. 3: International Standard Industrial Classification of All Economic Activities, New York.
- SNA 1993: System of National Accounts, Commission of the European Communities (Eurostat), International Monetary Funds, Organisation for Economic Cooperation and Development, United Nations, World Bank, Brüssel/Luxemburg, New York, Paris, Washington D.C.
- ESVG 1995: Eurostat, Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Luxemburg 1995.

EU-Verordnungen

- NACE-V: Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. EG Nr. L 293, S. 1).
- EinhV: Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (ABl. EG Nr. L 76, S. 1).
- RegV: Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke (ABl. EG Nr. 196, S. 1).
- Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. EG Nr. L 310, S. 1).
- StrukturV: Verordnung (EG, EURATOM) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik (ABl. EG Nr. L 14, S. 1).
- GemstatV: Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates vom 17. Februar 1997 über die Gemeinschaftsstatistiken (ABl. EG. Nr. 52 S. 1).
- KonjV: Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken (ABl. EG Nr. L 162, S. 1).

Literatur

- Baillet, A., Voy, K. 2002: Die Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 1961, 1970 und 1979). Zur Geschichte eines statistischen Paradigmas, in: Berliner Statistik, Monatsschrift, S. 256-283.
- Voy, K. 2005: Statistische Einheiten und ihre Bedeutung in Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Eine historische Studie, Rostock (Diss.).
- Voy, K. 2007: Unternehmen und Betrieb als gesamtwirtschaftliche Einheitenbegriffe. Ein Beitrag zur Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Westdeutschland nach 1945, in: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, 5+6/07, S. 56-80.
- Voy, K., Kühn, M. 2003: Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) aus regionaler Sicht. Ein konzeptioneller Beitrag zur Revision 2000 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Berliner Statistik, Monatsschrift, S. 480-493.

¹⁵ Vgl. Voy 2007.

¹⁶ Wie im Beitrag Kühn, Voy 2003 gezeigt, ist die Aufstellung eines wie oben erläuterten erweiterten betrieblichen Produktionskontos nur eine Variante. Die andere ist eine Verteilung der Wertschöpfung des Unternehmens auf die Betriebe nach einem verteilungsorientierten Schlüssel, was dann aber den Verzicht auf den Nachweis eines vollständigen Produktionskontos impliziert.

¹⁷ Allerdings als aufgeteilte Unternehmensergebnisse, also zwischenbetriebliche Lieferungen und Leistungen.

¹⁸ Diese Bundesgesetze sind genauer gefasst Bundesländer-Gesetze, da mit Beteiligung des Bundesrates erlassen. Die Länder sind denn auch wesentlich verantwortlich für diesen genannten Ergänzungen gegenüber den EU-Anforderungen gewesen, wobei sie teilweise gegen den Widerstand des Bundes durchgesetzt wurden.

Gerhard Neuber

Das Baugewerbe in Berlin und im Land Brandenburg

Ergebnisse der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe im Juni 2007 in beiden Ländern



Vorbemerkungen

Die amtliche Statistik für das Baugewerbe¹ basiert auf dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in Verbindung mit dem Gesetz über die Sta-

Die jährlich im Juni stattfindende Ergänzungserhebung wird bei allen Betrieben von Unternehmen des Bauhauptgewerbes und von Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche sowie den Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes durchgeführt und liefert umfangreiche Ergebnisse zur Beurteilung der Struktur im Baugewerbe insgesamt. Diese werden jeweils für die Länder Berlin und Brandenburg vorgestellt, analysiert und miteinander verglichen. Dabei zeigt sich in beiden Ländern eine unterschiedliche Entwicklung, sowohl in der Anzahl der Betriebe und Beschäftigten, der geleisteten Arbeitsstunden als auch im baugewerblichen Umsatz.

tistik für Bundeszwecke[1], und sie kennt mehrere Erhebungen:

- Der Monatsbericht im Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) enthält Angaben zur Zahl der Tätigen Personen, zur Lohn- und Gehaltssumme, zu Geleisteten Arbeitsstunden sowie zum Inlandsumsatz und zum Auftragseingang.
 - Die vierteljährliche Statistik leistet Angaben über den Auftragsbestand.
 - Im Ausbaugewerbe (Bauinstallation, sonstiges Ausbaugewerbe und Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal) werden vierteljährlich Tätige Personen, Löhne und Gehälter, Arbeitsstunden und die Summe des Inlandsumsatzes erfragt.
- Die vorgenannten Statistiken sind Konjunkturerhebungen, während die nachfolgenden Strukturserhebungen sind:
- Die jährliche Erhebung einschließlich Investitionserhebung in Unternehmen und in Betrieben des Ausbaugewerbes, in der auch der Vorjahresumsatz erfasst wird.

- Im Bauhauptgewerbe gibt es ebenfalls die Investitionserhebung einschließlich der Jahreserhebung bei Unternehmen sowie die Totalerhebung, die seit 2007 Ergänzungserhebung heißt.

Bis auf letztere sind die genannten Statistiken Teilerhebungen mit einem abgegrenzten Berichtskreis: Sie werden in Betrieben von Unternehmen mit 20 (bei den jährlichen Erhebungen im Ausbaugewerbe mit 10) und mehr Beschäftigten durchgeführt. Alle Erhebungen spiegeln die wirtschaftliche und personelle Entwicklung der Berliner und Brandenburger Unternehmen und Betriebe wider, nicht aber die von in Berlin und Brandenburg tätigen Fremdfirmen. Das Bagueschehen in beiden Ländern wird also von weit mehr und größeren Firmen bestimmt und abgedeckt als die Tätigkeit des hier abgebildeten industriellen Baugewerbes mit Firmensitz in Berlin oder Brandenburg vermuten lassen.

Die Ergebnisse der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe 2007, also Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau, sind Gegenstand dieses Beitrags. Diese Primärstatistiken der bauausführenden Wirtschaft sind wichtig für die Beurteilung der Struktur des Baugewerbes sowie für die Politik von Regierungen und Parlamenten, die Arbeit von Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern, Bau- und Wirtschaftsverbänden. Darüber hinaus dient die Erhebung der Hochrechnung der meisten Daten aus den Monatsberichten, so dass bei letzteren auf Daten einer Vielzahl von Betrieben und Unternehmen verzichtet werden kann. In der Ergänzungs- oder Totalerhebung werden alle baugewerblichen Betriebe² von Unternehmen aus den vorbereitenden Baustellenarbeiten und dem Hoch- und Tiefbau, von Unter-

1 In der vor 1996 gültigen „Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe“ (SYPRO) galten die Bezeichnungen Bauhaupt- und Ausbaugewerbe. Bei der Einführung der „Klassifikation der Wirtschaftszweige“ 1993 (WZ 93) im Jahre 1996 wurde nicht mehr vom Bauhaupt- und vom Ausbaugewerbe ausgegangen, sondern es wurde das Baugewerbe eingeführt, ohne die beiden vormaligen Bezeichnungen offiziell weiter zu verwenden, und in Gruppen eingeteilt. Dies und die nur teilweise Rückrechnung auf das Jahr 1995 erklä-

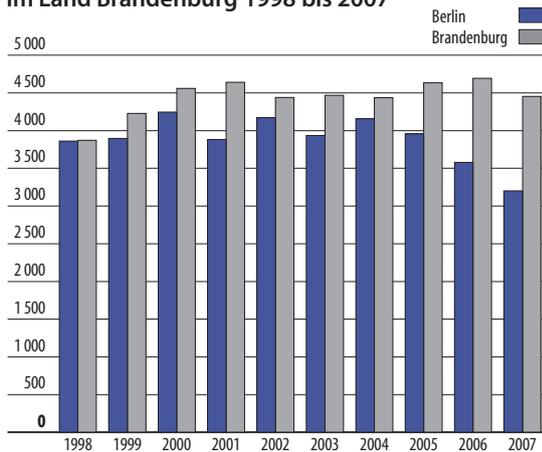
ren, dass die Zahlen von vor 1996 mit denen danach erstellten nur bedingt vergleichbar sind. Mit dem Jahr 2003 wurde die EU-Wirtschaftszweigklassifikation Nomenclature generale des Activites economiques dans les Communautés Europeennes Revision (NACE Rev.) 1 definiert und wenig später als Rev. 1.1 aktualisiert. Die WZ 93 ging in der WZ 2003 mit geringfügigen Änderungen im Baubereich auf. Danach gehören gegenwärtig zum Abschnitt F Baugewerbe die Gruppen 45.1 Vorbereitende Baustellenarbeiten und 45.2 Hoch- und Tiefbau (d. i. im Wesentlichen das

ehemalige Bauhauptgewerbe) sowie die Gruppen 45.3 Bauinstallation, 45.4 Sonstiges Ausbaugewerbe und 45.5 Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal (d. i. im Wesentlichen das ehemalige Ausbaugewerbe). Gegenwärtig wird die neue Klassifikation, die WZ 2008, vorbereitet.

2 Als Betriebe zählen Einbetriebsunternehmen des Bauhauptgewerbes, d. h. Unternehmen, die nur aus einer örtlichen Einheit (hier registrierter Firmensitz) bestehen; örtliche Einheiten (in der Regel nicht Baustellen) mit Schwerpunkt im Bau-

hauptgewerbe, die zu Unternehmen des Bauhauptgewerbes gehören; örtliche Einheiten mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe, die zu Unternehmen mit Schwerpunkt im übrigen Produzierenden Gewerbe oder in sonstigen Wirtschaftszweigen gehören, sofern sie Bauleistungen für den Markt erbringen; örtlich getrennte Hauptverwaltungen von Unternehmen des Bauhauptgewerbes; Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes, soweit sich ihre Tätigkeit auf inländische Baustellen bezieht.

Abb. 1 Betriebe des Bauhauptgewerbes in Berlin und im Land Brandenburg 1998 bis 2007



nehmen anderer Wirtschaftsbereiche sowie der Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes, soweit sie im Inland tätig sind, erfasst und differenziert nach Beschäftigtengrößenklassen ausgewertet.

Erhebungsmerkmale der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe sind die Tätigen Personen, gegliedert nach Stellung im Betrieb, Bruttoentgeltsumme, die geleisteten Arbeitsstunden und der Inlandumsatz, jeweils Ende Juni nach Art der Bauten und der Auftraggeber sowie der Umsatz des Vorjahres, differenziert nach Gesamtumsatz und baugewerblichem Umsatz.

Durch die Fusion des Statistischen Landesamtes (StaLa) Berlin und des Statistikteils des Landesbetriebes für Datenerfassung und Statistik (LDS) Brandenburg mittels Staatsvertrag [2] der Länder entstand mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mit Sitz in Potsdam eine zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Das Referat Baugewerbe, Bautätigkeit erhebt die Daten nunmehr für beide Länder, bereitet sie auf, analysiert sie und veröffentlicht ihre Ergebnisse. In diesem Bei-

trag werden die Ergebnisse vom Stadtstaat Berlin und dem Flächenland Brandenburg erstmalig zusammen in einem Bericht, aber gesondert präsentiert, und die Entwicklung im Bauhauptgewerbe miteinander verglichen.

Bauhauptgewerbe in Berlin und im Land Brandenburg auch 2007 kleinbetrieblich strukturiert

Berlin: Im Rahmen der jährlichen Ergänzungserhebung im Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau wurden in Berlin im Juni 2007 insgesamt 3 200 Betriebe erfasst, das waren 10,6 Prozent weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die meisten Betriebe, nämlich 3 021 (94,4 Prozent), beschäftigten weniger als 20 Mitarbeiter, durchschnittlich drei. 2006 waren es 11,4 Prozent Betriebe mehr. Dagegen waren in den verbleibenden gut fünf Prozent der Betriebe 48,3 Prozent aller Personen beschäftigt, durchschnittlich 48 Mitarbeiter je Betrieb. In den 136 Kleinbetrieben arbeiteten 20 bis 49 Beschäftigte³, durchschnittlich waren es 29 Personen. Vor einem Jahr waren es 11,5 Prozent Betriebe weniger. Zu der Gruppe der Betriebe mit 50 bis 99 Beschäftigten gehörten im Juni 2007 nur wenig Betriebe, nämlich 23 (-17,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Noch weniger Betriebe (20; -17,6 Prozent) beschäftigten 100 und mehr Personen.

Der Beschäftigtenabbau setzte sich seit über zehn Jahren 2007 in Berlin fort, auch wenn er sich im Laufe der Zeit verlangsamt. Insgesamt waren zum Erhebungszeitpunkt 17 926 Personen in den Betrieben des Bauhauptgewerbes beschäftigt; 1,3 Prozent weniger als vor einem Jahr. In den Kleinstbetrieben (unter 20 Mitarbeitern) arbeiteten 9 276 Beschäftigte (-4,6 Prozent). In den Kleinbetrieben standen 3 951 Personen in Arbeit. Hier wurde im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 8,6 Prozent registriert, ebenso wie in den Großbetrieben mit 100 und mehr Beschäftigten (+8,7 Prozent). In den mittleren Betrieben mit 50 bis 99 Mitarbeitern sank die Zahl dagegen um fast 20 Prozent.

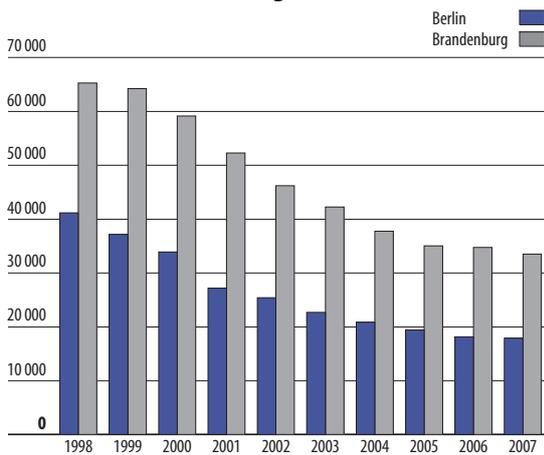
In den Kleinstbetrieben (1 bis 19 Beschäftigte) dominierten Tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige (2 513 Personen), wie auch die Beschäftigten in den Sparten Kaufmännische und technische Arbeitnehmer einschließlich Auszubildende (1 817), Maurer, Betonbauer, Zimmerer und übrige Facharbeiter (2 881), Fachwerker und Maschinisten (1 155). Diese Betriebe bildeten die weitaus meisten Facharbeiter (353) aus. Nur bei den Polieren und Schachtmeistern (445 zu 419) und den Baumaschinenführern und Berufskraftfahrern (139 zu 138) wurden sie von den Kleinbetrieben mit 20 bis 49 Beschäftigten übertroffen (Tabelle 1).

Tab. 1 Beschäftigte des Bauhauptgewerbes in Berlin Ende Juni 2007 nach Stellung im Betrieb und Beschäftigtengrößenklassen

Stellung im Betrieb	Beschäftigte				
	insgesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten			
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 und mehr
	Anzahl				
Tätige Inhaber und Mitinhaber ..	2 540	2 513	21	3	3
Kaufmännische und technische Arbeitnehmer einschl. Auszubildende	3 973	1 817	843	386	927
Poliere, Schachtmeister	1 457	419	445	202	391
Maurer, Betonbauer, Zimmerer und übrige Facharbeiter	5 711	2 881	1 408	369	1 053
Baumaschinenführer, Berufskraftfahrer	444	138	139	54	113
Fachwerker, Maschinisten	3 112	1 155	906	439	612
Gewerblich Auszubildende	689	353	189	56	91
Insgesamt	17 926	9 276	3 951	1 509	3 190

³ Als Beschäftigte zählen alle am Monats- oder Quartalsende im Betrieb in einem Arbeitsverhältnis stehenden Personen (Arbeiter/-innen, Angestellte und Auszubildende), tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige. Bezieher/-innen von Vorruhestandsgeld zählen nicht zu den Beschäftigten.

Abb. 2 **Beschäftigte im Bauhauptgewerbe in Berlin und im Land Brandenburg 1998 bis 2007**



Land Brandenburg: Hier waren im Juni 2007 im Bauhauptgewerbe 4 782 Betriebe tätig und damit knapp zwei Prozent mehr als im Juni 2006. Fundament für diese Entwicklung bildeten auch hier die Kleinstbetriebe mit 93,1 Prozent (4 453 Beschäftigte). Sie haben im Durchschnitt knapp vier Mitarbeiter und als Einzige einen Zuwachs von 2,2 Prozent im Jahresvergleich zu verzeichnen. 51 Prozent der Mitarbeiter waren in den Betrieben der drei anderen Beschäftigtengrößenklassen beschäftigt. Kleinbetriebe gab es 227 (-1,7 Prozent), mittlere Betriebe (50 bis 99 Beschäftigte) 71 (-2,7 Prozent) und Großbetriebe (100 und mehr Beschäftigte) 31 (-3,1 Prozent).

Auch hier erfolgte ein Abbau von Mitarbeitern von 34 743 Personen Ende Juni 2006 auf 33 533 Personen ein Jahr später oder -3,5 Prozent. Dabei ging der Abbau quer durch alle Betriebskategorien. Am Stärksten betroffen waren die Kleinstbetriebe und die Großbetriebe mit jeweils rund 4,8 Prozent; die Mitarbeiterzahl verringerte sich von 17 261 (Ende Juni 2006) auf 16 431 in den Kleinstbetrieben und von 5 922 auf 5 641 Personen in den Großbetrieben. Die Betriebe in den restlichen Beschäftigtengrößenklassen verzeichneten Verluste von 0,2 Prozent (auf 6 711 Personen in den Kleinbetrieben) und 1,8 Prozent (auf 4 750 Personen in den mittleren Betrieben).

In den Brandenburger Kleinstbetrieben waren auch die Tätigen Inhaber und mithelfende Familienangehörige (3 796) am Stärksten vertreten, ebenso die Kaufmännischen und technischen Arbeitnehmer einschließlich Auszubildende; die Maurer, Betonbauer, Zimmerer und übrigen Facharbeiter; die Fachwerker und Maschinisten und die Gewerblich Auszubildenden. In der Sparte Poliere und Schachtmeister

(830 zu 806) wurden sie von den Großbetrieben (100 und mehr Beschäftigte) übertroffen. Bei den Baumaschinenführern und Berufskraftfahrern hatten alle anderen Betriebskategorien mehr Personal eingesetzt (Tabelle 2).

Die Anteile der Kleinstbetriebe mit gut 94 Prozent in Berlin bzw. 93 Prozent im Land Brandenburg mit knapp 52 Prozent (Berlin) bzw. 54 Prozent (Land Brandenburg) der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe zeigen die Unverzichtbarkeit der Ergänzungserhebung (Totalerhebung). Damit wird deutlich, dass die amtliche Statistik die Masse der Betriebe und Beschäftigten in den anderen Baugewerbestatistiken nicht direkt erfasst.

Schwerpunkt des Bauhauptgewerbes lag im Hoch- und Tiefbau

Berlin: Die übergroße Mehrzahl der Betriebe (3 027 bzw. 94,6 Prozent) und der Beschäftigten (16 901 bzw. 94,3 Prozent) im Bauhauptgewerbe Berlins arbeiteten im Hoch- und Tiefbau⁴. Gegenüber dem Vorjahr war das ein Verlust von 10,6 Prozent (3 387 Betriebe) oder von 1,8 Prozent (17 211 Beschäftigte). Die meisten Betriebe (1 528) gab es in der Gruppe Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit mit 2 513 Mitarbeitern. Betriebe und Mitarbeiter hatten einen Verlust von jeweils rund 15 Prozent gegenüber Juni 2006 zu beklagen. Die meisten Personen arbeiteten in den 592 Betrieben (-6,3 Prozent) des Hochbaus ohne Fertigteilbau, und zwar 4 539, die damit einen geringfügigen Zuwachs von einem Prozent erfuhren. Im Wirtschaftszweig Vorbereitende Baustellenarbeiten waren 173 Betriebe (-9,4 Prozent) mit 1 025 Beschäftigten (6,9 Prozent) tätig. An Bruttoentgelten wurden im Juni 2007 insgesamt 33,1 Millionen EUR gezahlt, 3,9 Prozent weniger als im Vergleichsmonat 2006.

Auch in der Arbeitsleistung dominierte der Hoch- und Tiefbau (rund 1,6 Millionen Stunden), insbesondere der Hochbau ohne Fertigteilbau (rund 0,4 Millionen Stunden), während bei den Vorbereitenden Baustellenarbeiten insgesamt rund 0,8 Millionen ge-

Tab. 2 **Beschäftigte des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg Ende Juni 2007 nach Stellung im Betrieb und Beschäftigtengrößenklassen**

Stellung im Betrieb	Beschäftigte				
	insgesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten			
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 und mehr
	Anzahl				
Tätige Inhaber und Mitinhaber...	3 831	3 796	23	4	8
Kaufmännische und technische Arbeitnehmer einschl. Auszubildende.....	6 003	2 750	1 109	759	1 385
Poliere, Schachtmeister.....	2 973	806	707	630	830
Maurer, Betonbauer, Zimmerer und übrige Facharbeiter.....	12 086	6 354	2 680	1 196	1 856
Baumaschinenführer, Berufskraftfahrer.....	1 996	467	469	472	588
Fachwerker, Maschinisten.....	5 422	1 651	1 458	1 512	800
Gewerblich Auszubildende.....	1 222	607	265	176	174
Insgesamt	35 533	16 431	6 711	4 750	5 641

⁴ Hochbau befasst sich mit der Errichtung von Bauwerken, die sich an und über der Erdoberfläche befinden. Dazu zählen Leichtbau, Holzbau, Mauerwerksbau, Stahlbetonbau, Stahlbau und Verbundbau. Die Beschäftigten im Tiefbau errichten Bauwerke an oder unter der Oberfläche, also Straßen- und Wegebau, Eisenbahnbau, Erdbau, Grundbau, Tunnelbau, Wasserbau, Kanalisation,

Spezialtiefbau und Siedlungswasserwirtschaft, aber auch Brücken, weil sie als Teil von Verkehrswegen gerechnet werden.

Tab. 3 **Geleistete Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes in Berlin im Juni 2007 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen**

Wirtschaftszweig	Geleistete Arbeitsstunden				
	Ins-gesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten			
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 und mehr
	1 000 Stunden				
Vorbereitende Baustellenarbeiten	78	48	6	7	17
darunter					
Abbruch-, Spreng- und Entrümmungsgewerbe.....	67	39	6	7	15
Hoch- und Tiefbau	1 614	780	391	148	295
darunter					
Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt) ...	117	31	31	5	50
Hochbau (ohne Fertigteilbau).....	406	222	117	32	35
Brücken- und Tunnelbau u. ä., Rohrleitungs- und Kabelleitungstiefbau.....	142	26	51	50	14
Dachdeckerei und Bauspenglerei.....	220	168	44	8	•
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit.....	186	179	6	•	•
Zimmerei und Ingenieurholzbau.....	25	25	•	•	•
Bau von Straßen, Rollbahnen und Sportanlagen	155	51	45	15	44
Bau von Bahnverkehrsstrecken.....	111	2	10	•	99
Brunnenbau und Schachtbau.....	2	2	•	•	•
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	3	3	•	•	•
Gerüstbau.....	48	38	10	•	•
Gebäudetrocknung.....	6	6	•	•	•
Sonstiger spezialisierter Hoch- und Tiefbau, anderweitig nicht genannt	174	24	67	30	53
Insgesamt	1 692	828	397	155	319

Tab. 4 **Baugewerblicher Umsatz des Bauhauptgewerbes in Berlin im Juni 2007 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen**

Wirtschaftszweig	Baugewerblicher Umsatz				
	ins-gesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten			
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 und mehr
	1 000 EUR				
Vorbereitende Baustellenarbeiten	10 786	3 271	709	361	6 445
darunter					
Abbruch-, Spreng- und Entrümmungsgewerbe.....	4 078	2 411	709	361	597
Hoch- und Tiefbau	162 024	50 790	42 402	16 941	51 890
darunter					
Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt) ...	22 311	1 749	2 127	3 304	15 131
Hochbau (ohne Fertigteilbau).....	47 914	18 074	16 095	4 434	9 312
Brücken- und Tunnelbau u. ä. und Rohrleitungs- und Kabelleitungstiefbau.....	9 412	1 651	3 686	2 730	1 345
Dachdeckerei und Bauspenglerei.....	16 398	11 457	3 217	1 723	•
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit.....	8 039	7 834	204	•	•
Zimmerei und Ingenieurholzbau.....	1 160	1 161	•	•	•
Bau von Straßen, Rollbahnen und Sportanlagen	15 258	3 014	5 032	1 143	6 070
Bau von Bahnverkehrsstrecken.....	15 239	99	1 829	•	13 311
Brunnenbau und Schachtbau	166	166	•	•	0
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	240	240	•	•	0
Gerüstbau.....	3 766	2 937	829	•	0
Gebäudetrocknung.....	367	367	•	•	0
Sonstiger spezialisierter Hoch- und Tiefbau, anderweitig nicht genannt	20 103	1 637	8 728	3 017	6 721
Insgesamt	172 810	54 061	43 111	17 303	58 335

leistete Arbeitsstunden⁵ anfielen (Tab. 3). Damit wurde im Hoch- und Tiefbau 5,8 Prozent, allein im Hochbau ohne Fertigteilbau 2,5 Prozent, und bei den Vorbereitenden Baustellenarbeiten 4,0 Prozent mehr gearbeitet als im Juni 2006⁶. Bei Betrachtung der Bauarten fällt zuerst der Wohnungsbau ins Blickfeld: rund 0,6 Millionen Stunden gegenüber dem Gewerblichen Bau mit rund 0,5 Millionen Stunden und dem Öffentlichen und Straßenbau mit ebenfalls rund 0,5 Millionen Stunden. Für den Wohnungsbau bedeutete dies eine Steigerung von 11,3 Prozent, für den Gewerblichen Bau ein Minus von 16,0 Prozent und den Öffentlichen und Straßenbau ein Plus von 12,9 Prozent.

Der baugewerbliche Umsatz⁷ im Juni 2007 lag bei 172,8 Millionen EUR und damit um fast fünf Prozent unter dem Juniumsatz des Vorjahres. Daran hatten die beiden Wirtschaftszweige unterschiedlichen Anteil. Während die Betriebe der Vorbereitenden Baustellenarbeiten annähernd das Dreifache an Umsatzplus vermeldeten (von 3,9 auf 10,8 Millionen EUR) fuhr der Hoch- und Tiefbau ein Minus von 8,9 Prozent ein (von 177,8 auf 162,0 Millionen EUR). Der baugewerbliche Vorjahresumsatz im Bauhauptgewerbe, der auch erfragt wird, ist im Vergleich zu 2006 von 2,3 Milliarden auf 2,0 Milliarden EUR, d.h. um 13,3 Prozent gefallen. Im Jahr davor wies er einen Zuwachs von 6,2 Prozent aus, der einzige Anstieg innerhalb von zehn Jahren. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigter veränderte sich von 10 000 EUR im Juni 2006 auf 9 595 EUR ein Jahr später (-4,1 Prozent) (Tab. 4).

Dominierend war in Berlin wie in Brandenburg der Hochbau insgesamt. In Berlin wurden Ende Juni 2007 0,9 Millionen Arbeitsstunden vor allem in den Kleinst- und Kleinbetrieben geleistet. Das waren 8,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor (Tab. 5). Auch im baugewerblichen Umsatz verbesserte

5 Als geleistete Arbeitsstunden zählen alle auf Baustellen, Bauhöfen und in Werkstätten von Berlin und dem übrigen Bundesgebiet geleisteten (nicht die bezahlten) Arbeitsstunden, gleichgültig, ob sie von Arbeit-

tern (einschließlich Poliere, Schachtmeister und Meister), Inhabern, Familienangehörigen oder Auszubildenden erbracht werden. Nicht einbezogen sind die für Bürotätigkeit geleisteten Arbeitsstunden.

6 Veränderungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum werden je Arbeitstag gerechnet, um von der variierenden Zahl der Arbeitstage im Monat/Jahr unbeeinflusste Werte zu erhalten.

7 Zum Umsatz (ohne Umsatzsteuer) zählen die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Berlin und dem übrigen Bundesgebiet einschließlich

des Umsatzes aus Nachunternehmer-tätigkeit und aus Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer. Der Umsatz umfasst außer dem baugewerblichen Umsatz (aus Bauleistungen) die Handels- und sonstigen Umsätze.

sich der Hochbau Berlins von 107,6 Millionen EUR im Juni 2006 um 5,9 Prozent auf 114,0 Millionen EUR. Im Tiefbau insgesamt wurde dagegen mit rund 0,6 Millionen Stunden (–9,8 Prozent) weniger geleistet als im Vorjahresmonat. Der baugewerbliche Umsatz fiel hier um 20,6 Prozent auf 58,9 Millionen EUR, d.h. das negative Gesamtergebnis ist im Wesentlichen dem Tiefbau geschuldet (Tab. 6).

Land Brandenburg: Der Brandenburger Hoch- und Tiefbau verzeichnete im Juni 4 576 Betriebe, 1,6 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Beschäftigte waren es im Juni 2007 jedoch mit 31 846 Personen 3,3 Prozent weniger als 2006. Anders als in Berlin waren in der Gruppe Hochbau ohne Fertigteilbau mit 1 357 Betrieben die meisten Unternehmen angesiedelt, das waren 6,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Dort waren mit 8 312 Personen auch die meisten Beschäftigten zu finden, aber 5,4 Prozent weniger als im Juni 2006. Bei den Vorbereitenden Baustellenarbeiten waren es erheblich weniger Betriebe, nämlich 206, aber 7,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Beschäftigten sank von 1 801 auf 1 687 Personen um 6,3 Prozent. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme betrug im Brandenburger Bauhauptgewerbe im Juni 2007 insgesamt 61,1 Millionen EUR und damit 1,4 Prozent weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Die Arbeitsleistungen bei den Wirtschaftszweigen Vorbereitende Baustellenarbeiten sowie Hoch- und Tiefbau schlugen zusammen mit rund 3,9 Millionen geleisteten Arbeitsstunden zu Buche (–5,5 Prozent), davon wurden allein im Hochbau 2,2 Millionen Stunden (–8,0 Prozent) und im Tiefbau 1,7 Millionen Stunden geleistet (–2,0 Prozent). Bei den Vorbereitenden Baustellenarbeiten wurden 0,2 Millionen Stunden (–3,3 Prozent) verzeichnet, d.h. in beiden Wirtschaftszweigen ist die Arbeitsleistung gesunken. Bei den Bauarten wurde, wie in Berlin, im Wohnungsbau mit rund 1,4 Millionen Stunden die höchste Arbeitsleistung erbracht, aber fast 10 Prozent weniger als im Juni 2006. Knapp dahinter folgt der Gewerbliche Bau mit ebenfalls 1,4 Millionen geleisteten Arbeitsstunden (–0,3 Prozent) sowie der Öffentliche und Straßenbau mit rund 1,1 Millionen Stunden (–5,9 Prozent) (Tab. 7 und Tab. 9).

Der baugewerbliche Umsatz betrug im Juni 2007 insgesamt 296,3 Millionen EUR nach 291,8 Millionen EUR ein Jahr zuvor, was eine Steigerung um 1,6 Prozent bedeutete. Während beim Wirtschaftszweig Vorbereitenden Baustellenarbeiten 10,1 Millionen EUR (–12,1 Prozent) erwirtschaftet wurden, gelang dem Hoch- und Tiefbau ein Umsatz von 286,2 Millionen EUR und damit eine Steigerung um 2,1 Prozent (Tab.8). Der Vorjahresumsatz im Bauhauptgewerbe Brandenburgs betrug 3,2 Milliarden EUR, das waren 264,4 Millionen EUR mehr als im Jahr 2005. Der baugewerbliche Umsatz pro Beschäftigten stieg im Juni 2007 von 8 398 auf 8 837 EUR, also um 5,2 Prozent.

Im Brandenburger Hochbau insgesamt konnte bei den Arbeitsstunden keine positive Bilanz für Juni 2007 gezogen werden. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die geleisteten Arbeitsstunden um acht Prozent auf rund 2,2 Millionen Stunden. Die meisten Stunden wurden auch hier vor allem in den Kleinstbetrieben geleistet (Tab.9). Das baugewerbliche Umsatzergebnis verschlechterte sich um 3,6 Prozent auf 161,5 Mil-

Tab. 5 **Geleistete Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes in Berlin im Juni 2007 nach Wirtschaftszweigen, Bauarten und Beschäftigtengrößenklassen**

Wirtschaftszweig Bauart	Geleistete Arbeitsstunden				
	ins- gesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten			
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 und mehr
	1 000 Stunden				
Vorbereitende Baustellen- arbeiten/ Hoch- und Tiefbau ...	1 692	828	397	155	312
davon:					
Hochbau	1 113	720	204	51	139
Tiefbau	580	110	193	104	173
Wohnungsbau	649	512	117	10	11
Gewerblicher Bau	525	209	128	82	106
Öffentlicher und Straßenbau	518	108	152	63	195

Tab. 6 **Baugewerblicher Umsatz des Bauhauptgewerbes in Berlin im Juni 2007 nach Wirtschaftszweigen, Bauarten und Beschäftigtengrößenklassen**

Wirtschaftszweig Bauart	Baugewerblicher Umsatz				
	ins- gesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten			
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 und mehr
	1 000 EUR				
Vorbereitende Baustellen- arbeiten/Hoch- und Tiefbau	172 810	54 061	43 111	17 303	58 335
davon:					
Hochbau	113 955	47 400	21 943	7 848	36 763
Tiefbau	58 855	6 660	21 168	9 454	21 572
Wohnungsbau	46 473	31 169	9 225	2 026	4 054
Gewerblicher Bau	66 567	15 053	14 160	9 134	28 220
Öffentlicher und Straßenbau	59 770	7 840	19 727	6 143	26 061

tionen EUR. Im Tiefbau wurde mit rund 1,7 Millionen Stunden geringfügig, nämlich 2 Prozent weniger als im Juni 2006 gearbeitet. Der baugewerbliche Umsatz wurde, im Gegensatz zu Berlin, um 8,5 Prozent gesteigert und betrug nach 124,3 Millionen EUR 2006 nunmehr 134,9 Millionen EUR (Tab. 10).

Beträchtliche Unterschiede im Baugeschehen in den verschiedenen Regionen

Berlin: Auffallend ist, dass im innerstädtischen Bereich Berlins, wo das Baugeschehen immer noch am größten ist, die wenigsten Arbeitsstunden von den Beschäftigten der Baubetriebe mit Sitz in eben diesen Bezirken geleistet wurden. In den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte fielen im Juni 2007 nur 81 000 und 83 000 Stunden an, das entspricht jeweils rund fünf Prozent an der Summe aller zwölf Bezirke. Dabei wurde in Friedrichshain-Kreuzberg 1,3 Prozent mehr, in Mitte 2,4 Prozent weniger gearbeitet als im Juni 2006. Am meisten wurde in den Betrieben aus Treptow-Köpenick und Tempelhof-Schöneberg gearbeitet, nämlich 199 000 (–0,5 Prozent) bzw. 189 000 Stunden (1,1 Prozent mehr als im Juni 2006). Der Anteil betrug hier 11,8 oder 11,2 Prozent an der Gesamtsumme von rund 1,7 Millionen Stunden (+1,5 Prozent gegenüber 2006) und war damit mehr als doppelt so hoch als in den beiden zuerst genannten Bezirken.

Tab. 7 **Geleistete Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg im Juni 2007 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen**

Wirtschaftszweig	Geleistete Arbeitsstunden				
	ins-gesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten			
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 und mehr
	1 000 Stunden				
Vorbereitende Baustellenarbeiten	204	70	28	•	•
darunter					
Abbruch-, Spreng- und Entrümmungsgewerbe	38	29	9	•	•
Hoch- und Tiefbau	3 723	1 747	808	569	600
darunter					
Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt)	438	154	82	73	128
Hochbau (ohne Fertigteilbau)	958	568	235	98	57
Brücken- und Tunnelbau u. ä. Rohrleitungs- und Kabelleitungstiefbau	457	84	157	•	•
Dachdeckerei und Bauspenglerei	410	356	54	–	–
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit	162	147	15	–	–
Zimmerei und Ingenieurholzbau	120	105	14	•	•
Bau von Straßen, Rollbahnen und Sportanlagen	498	112	107	•	•
Bau von Bahnverkehrsstrecken	121	9	13	•	•
Brunnenbau und Schachtbau	39	•	•	•	•
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	14	•	•	•	–
Gerüstbau	136	93	•	•	–
Gebäudetrocknung	5	•	•	–	–
Sonstiger spezialisierter Hoch- und Tiefbau, anderweitig nicht genannt	313	62	78	•	•
Insgesamt	3 927	1 817	835	591	683

Tab. 8 **Baugewerblicher Umsatz des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg im Juni 2007 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklasse**

Wirtschaftszweig	Baugewerblicher Umsatz				
	ins-gesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten			
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 und mehr
	1 000 EUR				
Vorbereitende Baustellenarbeiten	10 148	5 074	2 099	•	•
darunter					
Abbruch-, Spreng- und Entrümmungsgewerbe	3 530	3 107	423	•	•
Hoch- und Tiefbau	286 180	93 765	60 351	52 660	79 404
darunter					
Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt)	47 484	7 239	4 904	8 571	26 770
Hochbau (ohne Fertigteilbau)	71 600	31 274	19 752	12 034	8 540
Brücken- und Tunnelbau u. ä. und Rohrleitungs- u. Kabelleitungstiefbau	25 783	5 111	8 630	•	•
Dachdeckerei und Bauspenglerei	22 242	18 954	3 287	–	–
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit	6 775	5 843	932	–	–
Zimmerei und Ingenieurholzbau	5 806	4 704	1 101	–	–
Bau von Straßen, Rollbahnen und Sportanlagen	44 762	7 321	6 911	•	•
Bau von Bahnverkehrsstrecken	19 428	1 026	1 526	•	•
Brunnenbau und Schachtbau	2 800	•	•	–	–
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	–	•	•	•	–
Gerüstbau	4 315	4 315	•	–	–
Gebäudetrocknung	–	•	•	–	–
Sonstiger spezialisierter Hoch- und Tiefbau, anderweitig nicht genannt	26 157	3 916	9 156	•	•
Insgesamt	296 327	98 839	62 450	54 156	80 883

Auch der Gesamtumsatz fiel für die Betriebe in Mitte im Juni 2007 mit 7,3 Millionen EUR (–18,5 Prozent) eher mager aus. Mehr als vier Mal soviel erwirtschafteten die Betriebe in Tempelhof-Schöneberg, und zwar 32,3 Millionen EUR, 13,4 Prozent mehr als im Vorjahresmonat.

Der Vorjahresumsatz insgesamt brach um 13,1 Prozent ein und betrug 2,0 Milliarden EUR im Jahr 2006 gegenüber 2,3 Milliarden EUR 2005. Auch ein Schwergewicht wie Tempelhof-Schöneberg hatte Verluste in Höhe von –15,1 Prozent zu verzeichnen. Erlöst die Baubetriebe dieses Bezirks 2005 noch einen Gesamtumsatz von 410,2 Millionen EUR, so waren es ein Jahr später nur noch 348,5 Millionen EUR (Tab. 11).

Land Brandenburg: In den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg gab es eine unterschiedliche Entwicklung. Die meisten Arbeitsstunden fielen im Juni 2007 im so genannten Speckgürtel Berlins an, wie zum Beispiel in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark (405 000 Stunden; 10,3 Prozent), Oder-Spree (343 000; 8,7 Prozent) und Märkisch-Oderland (305 000; 7,8 Prozent). Im Landkreis Prignitz hingegen wurden nur 145 000 und in der kreisfreien Stadt Brandenburg (Havel) 74 000 Arbeitsstunden von den dortigen Betrieben geleistet, das sind 3,7 und 1,9 Prozent am Landesergebnis. Gegenüber dem Vorjahr wurde in nahezu allen Landkreisen und kreisfreien Städten ein erheblicher Rückgang von geleisteten Arbeitsstunden konstatiert. Während in den Baubetrieben des Kreises Potsdam-Mittelmark 10 Prozent weniger Arbeitsstunden geleistet wurden, wurde auch in den Landkreisen Oder-Spree (–4,2 Prozent) und Märkisch-Oderland (–12,6 Prozent) weniger gearbeitet. Nur in Frankfurt (Oder) konnten beachtliche 34,3 Prozent zugelegt werden, und die Prignitz brachte es bei den geleisteten Arbeitsstunden auf einen Anstieg von 1,4 Prozent (Tab. 12).

Tab. 9 Geleistete Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg im Juni 2007 nach Wirtschaftszweigen, Bauarten und Beschäftigtenklassen

Wirtschaftszweig Bauart	Geleistete Arbeitsstunden				
	ins-gesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten			
		1 bis 9	20 bis 49	50 bis 99	100 und mehr
1 000 Stunden					
Vorbereitende Baustellenarbeiten/ Hoch- und Tiefbau.....	3 927	1 817	835	591	683
davon:					
Hochbau.....	2 211	1 462	416	171	162
Tiefbau.....	1 716	354	419	420	523
Wohnungsbau.....	1 398	1 081	203	28	85
Gewerblicher Bau	1 385	452	342	267	324
Öffentlicher und Straßenbau.....	1 144	284	290	296	274

Tab. 10 Baugewerblicher Umsatz des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg im Juni 2007 nach Wirtschaftszweigen, Bauarten und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftszweig Bauart	Baugewerblicher Umsatz				
	ins-gesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten			
		1 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 und mehr
1 000 EUR					
Vorbereitende Baustellenarbeiten/ Hoch- und Tiefbau.....	296 327	98 839	62 450	54 156	80 883
davon:					
Hochbau.....	161 472	75 006	31 599	20 749	34 117
Tiefbau.....	134 855	23 833	30 851	33 407	46 765
Wohnungsbau.....	93 149	52 623	15 315	3 348	21 863
Gewerblicher Bau	113 200	28 866	23 967	26 429	33 938
Öffentlicher und Straßenbau.....	89 978	17 350	23 167	24 380	25 081

Beträchtliche Unterschiede wiesen die Gesamtumsatzzahlen der Betriebe für den Juni 2007 zwischen den einzelnen Landkreisen auf. Während im Landkreis Potsdam-Mittelmark Bauleistungen in Höhe von 37,0 Millionen EUR erbracht wurden, waren es im Landkreis Prignitz lediglich 8 Millionen EUR. Gleichwohl liegen beide unter dem des Vorjahresjunis, nämlich um 10,1 und 3,6 Prozent. Cottbus verzeichnete einen Einbruch um 47,8 Prozent. Insgesamt konnten sechs der 14 Landkreise und zwei der kreisfreien Städte ihr Ergebnis gegenüber Juni 2006 verbessern. Insbesondere die Baubetriebe der Kreise Ostprignitz-Ruppin und Teltow-Fläming nahmen beim Gesamtumsatz einen Aufschwung um 50,4 oder 49 Prozent. Der Vorjahresumsatz im Land Brandenburg insgesamt stieg im Jahr 2006 um 8,6 Prozent. Der Landkreis mit den umsatzstärksten Betrieben blieb Potsdam-Mittelmark mit 418,2 Millionen EUR, einem Zuwachs von sechs Prozent gegenüber 2005.

Zusammenfassung

Das Bauhauptgewerbe hat sich im Juni 2007 in den Ländern Berlin und Brandenburg unterschiedlich entwickelt. An den Berliner Betrieben ist der konjunkturelle Aufschwung in der Baubranche auch nach mehr als zehn dünnen Jahren vorüber gegangen. Werden die Zahlen aus der Ergänzungserhebung (früher: Totalerhebung) vom Juni 2007 mit dem Juni 2006 verglichen, so ist festzustellen: Ein Zehntel der Betriebe existiert nicht mehr, die Beschäftigtenzahl ist nach ihrem Höchststand von annähernd 64 000 Personen im Jahre 1994 sukzessive zurückgegangen, allein in den letzten zehn Jahren um 56,4 Prozent, im Vergleich zu 2006 um 1,3 Prozent. Die Arbeitsleistung in Stunden ist um 1,5 Prozent erhöht worden, die Bruttolohn- und -gehaltssumme sank dagegen um fast vier Prozent. Der baugewerbliche Umsatz im Juni schrumpfte um fünf Prozent, der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten um vier Prozent. Der Gesamtumsatz des Jahres 2006 fiel gegenüber 2005 um gut 13 Prozent.

Tab. 11 Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden und Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe in Berlin im Juni 2006 und Juni 2007 nach Bezirken

Bezirk	Be-triebe	Beschäf-tigte	Arbeits-stunden	Gesamtumsatz	
				im Juni	im Vorjahr
	Anzahl			1 000 EUR	
2006					
Mitte	255	1 039	85	8 964	103 569
Friedrichshain-Kreuzberg ...	245	1 099	80	10 589	193 207
Pankow	505	1 650	143	13 983	156 059
Charlottenburg- Wilmerdsdorf.....	232	1 631	137	19 590	291 339
Spandau	189	1 431	146	18 964	193 225
Steglitz-Zehlendorf	260	1 371	122	9 902	108 874
Tempelhof-Schöneberg	328	2 140	187	28 433	410 204
Neukölln	274	1 055	95	6 618	74 396
Treptow-Köpenick	414	2 104	200	22 789	244 981
Marzahn-Hellersdorf	338	1 665	167	14 359	147 268
Lichtenberg	249	1 341	135	13 120	191 054
Reinickendorf	289	1 644	169	15 373	179 887
Berlin	3 578	18 170	1 667	182 683	2 294 064
2007					
Mitte	212	932	83	7 304	101 376
Friedrichshain-Kreuzberg ...	223	1 096	81	11 609	129 890
Pankow	448	1 630	152	12 484	140 164
Charlottenburg- Wilmerdsdorf.....	210	1 622	139	23 111	259 797
Spandau	153	1 548	167	16 290	214 356
Steglitz-Zehlendorf	246	1 454	142	10 448	122 631
Tempelhof-Schöneberg.....	307	2 218	189	32 257	348 468
Neukölln	241	1 028	96	6 907	67 926
Treptow-Köpenick	375	2 018	199	19 046	183 039
Marzahn-Hellersdorf	304	1 602	168	13 115	141 658
Lichtenberg	220	1 173	115	9 733	139 504
Reinickendorf	261	1 605	160	11 923	143 966
Berlin	3 200	17 926	1 692	174 227	1 992 775

Tab. 12 **Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden und Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe im Land Brandenburg im Juni 2006 und im Juni 2007 nach Verwaltungsbezirken**

Verwaltungsbezirk	Betriebe	Beschäftigte	Arbeitsstunden	Gesamtumsatz	
	Anzahl	1 000		im Juni	im Vorjahr
			1 000 EUR		
2006					
Kreisfreie Städte					
Brandenburg (Havel)	98	772	97	5 433	58 780
Cottbus	95	962	108	12 449	119 261
Frankfurt (Oder)	67	893	105	5 231	59 377
Potsdam	220	1 300	150	9 112	102 456
Landkreise					
Barnim	407	1 845	211	15 003	138 813
Dahme-Spreewald	359	2 138	263	14 510	156 147
Elbe-Elster	201	1 595	188	13 173	138 684
Havelland	306	1 692	202	16 007	140 026
Märkisch-Oderland	489	2 899	348	21 090	219 525
Oberhavel	416	2 602	306	20 558	217 234
Oberspreewald-Lausitz ..	141	2 225	273	17 310	245 290
Oder-Spree	322	3 037	358	32 443	255 694
Ostprignitz-Ruppin	210	1 881	232	14 766	173 495
Potsdam-Mittelmark	502	3 805	450	41 128	394 486
Prignitz	158	1 139	143	8 250	93 185
Spree-Neiße	223	2 297	285	17 647	223 186
Teltow-Fläming	303	1 948	226	15 667	179 071
Uckermark	177	1 713	211	11 998	122 448
Land Brandenburg	4 694	34 743	4 155	291 774	3 037 158
2007					
Kreisfreie Städte					
Brandenburg (Havel)	89	620	74	5 073	50 288
Cottbus	89	833	93	6 496	93 294
Frankfurt (Oder)	71	839	141	5 603	64 302
Potsdam	196	1 160	136	9 183	113 080
Landkreise					
Barnim	400	1 697	183	13 394	166 864
Dahme-Spreewald	357	2 269	261	18 381	186 408
Elbe-Elster	212	1 641	186	14 428	145 674
Havelland	314	1 643	185	12 269	155 313
Märkisch-Oderland	493	2 693	305	16 905	231 468
Oberhavel	433	2 488	288	2 333	238 477
Oberspreewald-Lausitz ..	150	2 149	266	14 242	239 668
Oder-Spree	349	3 155	343	32 641	321 560
Ostprignitz-Ruppin	205	1 807	207	22 208	154 530
Potsdam-Mittelmark	517	3 501	405	36 959	418 220
Prignitz	181	1 185	145	7 952	104 540
Spree-Neiße	224	2 193	272	21 974	246 188
Teltow-Fläming	319	2 041	248	23 351	240 364
Uckermark	183	1 619	190	11 936	129 352
Land Brandenburg	4 782	33 533	3 927	296 327	3 299 592

Im Land Brandenburg sieht es etwas anders aus. Neben einem leichten Anstieg der Zahl der Betriebe ist auch hier ein Beschäftigtenabbau um 3,5 Prozent innerhalb eines Jahres zu verzeichnen. Auch hier war eine kleinbetriebliche Struktur vorherrschend, 93 Prozent der Betriebe beschäftigten unter 19 Mitarbeiter (Berlin: gut 94 Prozent). Während die Arbeitsleistung um 5,5 Prozent zurückging, fielen die Bruttoentgelte um gut ein Prozent. Der baugewerbliche Umsatz erfuhr eine leichte Steigerung um fast zwei Prozent, der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten stieg um gut fünf Prozent. Auch der Vorjahresumsatz weist im Bauhauptgewerbe Brandenburgs eine Steigerung gegenüber 2005 um annähernd neun Prozent aus.

Quellennachweis

- [1] Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2005 (BGBl. I S. 1534).
- [2] Gesetz zu dem Staatsvertrag vom 13. Dezember 2005 zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Errichtung eines Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg und zur Änderung landesrechtlicher Vorschriften vom 20. April 2006 (GVBl. I Nr. 4 S. 46).

Geert Baasen

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Internetangebot des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg neu gestaltet



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist seit seiner Gründung am 1. Januar 2007 im Internet unter der Adresse www.statistik-berlin-brandenburg.de präsent. Neben aktuellen Mitteilungen aus allen Statistiken für die Presse, erscheinen seitdem zeitnah umfangreiche statistische Informationen über die Länder Berlin und Brandenburg, insbesondere die Ergebnisse der Monatsstatistiken und die mittlerweile weit über 300 Statistischen Berichte.

Um dieses Angebot noch weiter an den Bedürfnissen der Kunden auszurichten, hat das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg dieses Angebot jetzt überarbeitet und geht am 29. August 2008 mit seiner neu gestalteten Internetpräsenz online.

Ziel der Neugestaltung war insbesondere

- die klarere Strukturierung des Angebots und die Vereinfachung der Navigation,
- die Erweiterung des Datenangebots der einzelnen statistischen Fachgebiete (Statistik steht im Mittelpunkt des Angebotes),
- die einfache und schnelle Veröffentlichung weiterer Tabellen (Online-Tabellen) und
- die Erhöhung der Attraktivität durch Bilder und zusätzliche Grafiken.

Ein wesentliches Element dieser Neugestaltung ist die **Homepage**, die jetzt unterhalb der Navigationsleiste aus drei Teilen besteht:

- Auf der **linken Seite** (Aktuelles) erscheinen die aktuellen Veröffentlichungen und Informationen sowie der Link auf den **Newsletter**, mit dem sich Kunden per E-Mail über die neuesten Pressemitteilungen und statistischen Berichte informieren lassen können.
- Der **mittlere Teil** ist reserviert für eine kurze, aktuelle textliche Information (zurzeit steht hier eine kurze Selbstdarstellung des Amtes), für Links auf Über uns, Kontakt und Impressum, für Links auf maximal drei aktuelle Pressemitteilungen sowie für sechs Grafiken mit aktuellen Wirtschaftstrends, die monatlich aktualisiert werden und zwischen denen der Nutzer durch klicken auf die Zahlen 1 bis 6 rechts oberhalb springen kann.
- Im **rechten Teil** befinden sich Links zu weiteren Angeboten.

Die Homepage

<http://www.statistik-berlin-brandenburg.de>

The screenshot shows the homepage of the Berlin-Brandenburg Statistical Office. At the top, there is a navigation bar with links for 'Statistiken', 'Presse', 'Produkte', 'Datenbank', 'Regionales', and 'Links'. Below this, the main content area is divided into three columns:

- Left Column (Aktuelles):** Lists recent publications such as 'Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg' (Issue 3/2008), 'Statistisches Jahrbuch 2007', 'Berlin in Zahlen', 'Brandenburg in Zahlen', and 'Landwirtschaft in Brandenburg 2008'. There is also a 'Newsletter abonnieren' link.
- Middle Column (Main Content):** Features a header 'Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg' with navigation links 'Über uns', 'Kontakt', and 'Impressum'. The main text welcomes visitors to the new website and provides a link to 'Produkte'. Below this, there is a news item dated 28.8.2008: 'Verbraucherpreise in Berlin stiegen im August 2008 gegenüber August 2007 um +2,9 Prozent'. Another news item from 28.8.2008 mentions 'Mehr Aufträge und Umsatz für Brandenburger Baugewerbe im 1. Halbjahr 2008'. A section titled 'Hier die aktuellen Wirtschaftstrends im Überblick:' includes a line chart showing the 'Arbeitslosenquote' (unemployment rate) for Berlin and Brandenburg from 2005 to 2008. The chart shows Berlin's rate fluctuating between approximately 17% and 22%, while Brandenburg's rate is generally lower, between 13% and 18%. A '1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6' navigation bar is visible below the chart.
- Right Column (Weitere Angebote):** Lists various services and reports, including 'Der Landeswahlleiter', 'Die Forschungsdatenzentren', 'Internet Datenerhebung im Verbund (IDEV)', 'Formularservice', 'Schulstatistik für Brandenburg', 'Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008', 'Neue Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008', '3. UGR-Kongress am 15. Oktober 2008', and 'Zensus 2011'.

Statistiken

Die neue Rubrik **Statistiken** ist ein weiteres zentrales Element der Neugestaltung. Hier ist jetzt das Datenangebot zu den einzelnen statistischen Sachgebieten konzentriert. Auf der Eingangsseite zu dieser Rubrik erscheinen 12 Kennzahlen die einen ersten Überblick über die beiden Länder Berlin und Brandenburg geben.

Die **Gliederung der Statistiken** wurde ebenfalls überarbeitet. Sie entspricht jetzt dem einheitlichen Verzeichnis aller Statistiken der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (EVAS-Katalog).

Für jedes statistische Sachgebiet werden im neuen Angebot, sofern vorhanden, die dazu vorhandenen **Pressemitteilungen, Basisdaten, Online-Tabellen und Statistischen Berichte** angeboten.

Neu sind **Online-Tabellen**; sie werden nur im Internet veröffentlicht und nicht gedruckt. Online-Tabellen sind ebenso wie die Statistischen Berichte „Serien“ in dem Sinne, dass sie mit einer festen Periodizität, z.B. monatlich, mit dem gleichen Tabellenumfang erscheinen. Im Interesse einer schnellen und einfachen Veröffentlichung enthalten Online-Tabellen jedoch keine weiteren beschreibenden Texte, sondern sind auf wenige Tabellen reduziert.

Weitere Funktionen

Auf allen Seiten – außer der Homepage – erscheint unterhalb der Navigation ein so genannter **Ariadne-Faden** (z.B. home → Statistiken) der dem Benutzer zeigt, wo er sich gerade befindet und der die Orientierung im Angebot erleichtern soll.

statistik Berlin Brandenburg Kontakt

home → Statistiken

	Berlin	Brandenburg
Gebiet 2007		
Gesamtfläche in km ²	892	29 480
Bevölkerung 2007		
Bevölkerung insgesamt	3 416 255	2 535 737
Ausländische Bevölkerung	476 966	65 840
Bevölkerungsdichte je km ²	3 831	86
Arbeitsmarktlage 2007 (Jahresdurchschnitt)		
Arbeitslose insgesamt	261 042	199 651
Arbeitslosenquote in %	15,5	14,9
Preise 2007		
Verbraucherpreisindex (2005=100)	103,6	104,0
Baupreisindex (2000=100)	107,5	122,1
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2007		
Bruttoinlandsprodukt in den jeweiligen Preisen in Mrd. EUR	83,6	52,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	2,0	2,0
Tourismus 2007		
Gäste insgesamt	7 585 000	3 627 300
Übernachtungen	17 285 800	9 934 900

Um mehr zu erfahren, navigieren Sie links durch unsere Sachgebietsliste

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Eine weitere zusätzliche Funktion ist die regionale Auswahl von Dokumenten für Berlin und Brandenburg (voreingestellt) oder nur für Berlin oder nur für Brandenburg. Hierdurch lässt sich der Umfang der angezeigten Dokumente auf die gewählte Region einschränken. Diese Auswahl erscheint jetzt nicht nur bei Online-Tabellen, sondern auch bei den Pressemitteilungen und den Statistischen Berichten.

statistik Berlin Brandenburg Kontakt

home → Statistiken → Bevölkerung → Wanderungen → Online Tabellen

Berlin und Brandenburg
 Berlin
 Brandenburg

OT_A3.1
Wanderungen im Land Berlin → PDF
 Berichtszeitraum: **Januar bis März 08** Erscheinungsfolge: monatlich
 → weitere Berichtszeiträume

OT_A3.2
Wanderungen im Land Brandenburg → PDF
 Berichtszeitraum: **Januar bis März 08** Erscheinungsfolge: monatlich
 → weitere Berichtszeiträume

OT_A3.3
Wanderungen im Land Berlin → PDF
 Berichtszeitraum: **Januar bis März 08** Erscheinungsfolge: monatlich
 → weitere Berichtszeiträume

OT_A3.4
Wanderungen im Land Brandenburg → PDF
 Berichtszeitraum: **Januar bis März 08** Erscheinungsfolge: monatlich
 → weitere Berichtszeiträume

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Jürgen Hübner
Historisches

Verteilung der Ehescheidungsgründe auf die Scheidungsfälle unter Berücksichtigung der Schuldfrage im Jahr 1909

Ein Vergleich der Ehescheidungs-Statistik macht deutlich, welche Wandlungen sich in fast 100 Jahren im deutschen Familienrecht und der Stellung der Frauen in der Gesellschaft voll-zogen haben.

Im Statistischen Jahrbuch für den Preussischen Staat 1910, welches das Königliche Statistische Landesamt Berlin 1911 herausgab, befindet sich auf der Seite 27 eine Tabelle mit der „Verteilung der Ehescheidungsgründe auf die Scheidungsfälle unter Berücksichtigung der Schuldfrage im Jahr 1909“. Beim Vergleich mit den heutigen Veröffentlichungen zum gleichen Sachverhalt werden die großen Veränderungen, die

sich in fast einhundert Jahren im Familienrecht voll-zogen haben, deutlich. Eine gewisse Kontinuität in der statistischen Darstellung ist jedoch ebenfalls erkennbar.

Insgesamt wurden 1909 in Preußen 9 070 Ehen rechtskräftig geschieden, das waren 12,9 auf 10 000 bestehende Ehen und 29,5 auf 1 000 geschlossene Ehen oder nach heutiger Zählweise etwa 24 geschiedene Ehen auf 100 000 Einwohner. Bei den Ehescheidungsgründen, „d.h. der Gründe, wegen welcher in den Urteilen auf Scheidung der Ehe erkannt wurde“, bezog man sich auf das seit dem 1. Januar 1900 in Kraft befindliche Bürgerliche Gesetzbuch¹.

Im Jahr 2006 wurden in Berlin 8 315 Ehen geschieden, davon 5 068 auf Antrag der Frau, 2 967 auf Antrag des Mannes, 280 von beiden und eine von der Staatsanwaltschaft beantragt. Das waren 245 Ehescheidungen je 100 000 der Bevölkerung, 138,5 Ehescheidungen je 10 000 bestehender Ehen oder 71,5 Ehescheidungen je 100 Eheschließungen.

In Brandenburg wurden im gleichen Jahr 5 525 Ehen geschieden, das sind 216 Ehescheidungen je 100 000 bestehender Ehen oder 48,8 je 100 Eheschließungen. 3 317 Ehescheidungen wurden von der Frau, 2 103 vom Mann und 105 von beiden Eheleuten beantragt².

Gerichtliche Entscheidungen in Ehesachen in Berlin 2006 nach Art der Entscheidung

Art der Entscheidung	Ins-ge-samt	Antragsteller/Kläger						Staats-anwalt-schaft	
		Mann			Frau				
		ins-ge-samt	ohne Zustimmung der Frau	mit	ins-ge-samt	ohne Zustimmung des Mannes	mit		
Scheidung der Ehe.....	8 315	2 967	97	2 870	5 068	229	4 839	280	-
darunter nach									
1-jähriger Trennung.....	6 055	2 110	49	2 061	3 728	142	3 586	217	-
3-jähriger Trennung.....	2 179	832	47	785	1 287	84	1 203	60	-
Aufhebung der Ehe.....	2	-	-	-	1	1	-	-	1
Gerichtliche Ehelösungen zusammen	8 317	2 967	97	2 870	5 069	230	4 839	280	-
Abweisungen.....	5	2	-	2	3	2	1	-	-
Insgesamt	8 322	2 969	97	2 872	5 072	232	4 840	280	1

f) Verteilung der Ehescheidungsgründe auf die Scheidungsfälle unter Berücksichtigung der Schuldfrage im Jahre 1909.

Zahl der Scheidungsfälle, in denen die Frau	Zahl der Scheidungsfälle, in denen der Mann																																			
	nichtschildig war	schuldig war gemäß B.G.B.											nichtschildig war	schuldig war gemäß B.G.B.											nichtschildig war	schuldig war gemäß B.G.B.										
		§ 1565 (nur)	§ 1565 in Verbindung mit § 1567	§ 1568 (nur)	§ 1568 in Verbindung mit § 1567	§ 1569 (nur)	§ 1569 geisteskrank war (§ 1569)	nichtschildig, schuldig oder geisteskrank war zus.	§ 1565 (nur)	§ 1565 in Verbindung mit § 1567	§ 1568 (nur)	§ 1568 in Verbindung mit § 1567		§ 1569 (nur)	§ 1569 geisteskrank war (§ 1569)	nichtschildig, schuldig oder geisteskrank war zus.	§ 1565 (nur)	§ 1565 in Verbindung mit § 1567	§ 1568 (nur)	§ 1568 in Verbindung mit § 1567	§ 1569 (nur)	§ 1569 geisteskrank war (§ 1569)	nichtschildig, schuldig oder geisteskrank war zus.													
i	überhaupt											in den Städten											auf dem Lande													
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34			
nichtschildig war	-	1689	3	105	2601	5	85	587	5	75	5105	-	1436	8	80	2002	4	28	439	4	58	4044	-	263	95	599	1	7	148	1	17	1061				
schuldig war gemäß B.G.B.																																				
§ 1565 (nur)	1406	667	-	8	297	-	-	-	-	2	2380	1111	568	-	8	248	-	-	-	-	-	1	1090	295	99	-	-	49	-	-	-	-	1	444		
§ 1565 in Verbindung mit § 1567	41	7	13	6	-	-	-	-	-	67	35	6	10	3	-	-	-	-	-	-	-	54	6	1	1	3	3	-	-	-	-	-	13			
§ 1568 (nur)	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	1	1	1	-	-	-	-	-	1			
§ 1568 in Verbindung mit § 1567	432	74	-	8	430	-	-	-	1	945	340	65	8	327	-	-	-	-	-	-	1	741	92	9	-	103	-	-	-	-	-	-	204			
§ 1569 (nur)	4	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	2	2	2	2	-	-	-	-	-	2			
§ 1569 geisteskrank war (§ 1569)	405	2	-	-	3	-	-	-	-	410	291	1	-	-	3	-	-	-	-	-	-	295	114	1	-	-	-	-	-	-	-	-	115			
nichtschildig, schuldig oder geisteskrank war zusammen	2445	2440	3	134	3338	5	35	587	6	77	0070	1880	2066	3	100	2584	4	28	439	5	59	7174	565	374	-	28	754	1	7	148	1	18	1806			

1 §1565: Ehebruch, Doppelphele, widernatürliche Unzucht, §1566: Lebensnachstellung, §1567: bösertige Verlassung, §1568: schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, ehrloses oder unsittliches Verhalten, §1569: Geisteskrankheit.
2 Quelle: Statistisches Jahrbuch 2007 Berlin, S. 61; Statistisches Jahrbuch Brandenburg 2007 S. 68 und Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 4/2008, S. 287.

Aus der amtlichen Statistik

▮ Mitteilungen und Nachrichten

Präsident Walter Radermacher zum Chefstatistiker der Europäischen Union ernannt

Die Europäische Kommission hat am 23. April 2008 den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, zum Chefstatistiker der Europäischen Union und zum Generaldirektor von Eurostat, dem EU-Amt für amtliche Statistik ernannt. In dieser Funktion wird er dem zuständigen Kommissionsmitglied unterstehen und allgemeine strategische Leitlinien für Eurostat erarbeiten und Managementaufgaben wahrnehmen.

(...) In seiner neuen Funktion als Chefstatistiker wird Präsident Walter Radermacher die Arbeitsprogramme von Eurostat überwachen, bei der Weiterentwicklung des ESS und seiner Einbindung in das globale statistische System mitarbeiten und bei der Verbesserung der Gestaltung und Evaluierung statistischer Produkte und Dienstleistungen zur Unterstützung der Politik der Europäischen Union (vor allem hinsichtlich der Vereinfachung und Verringerung der Belastung durch Rechtsvorschriften) mitwirken. Er wird zudem die Kommunikation mit den wesentlichen Partnern von Eurostat pflegen, um den Nutzerbedarf zu überwachen und eine enge Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Nicht-EU-Ländern sicherzustellen.

Walter Radermacher wird seine Funktion als Chefstatistiker der EU am 1. August 2008 antreten.

Quelle: Statistisches Bundesamt
• Informationen aus der amtlichen Statistik Heft 2/2008

Roderich Egeler neuer Präsident des Statistischen Bundesamtes

Der Direktor des Beschaffungsamtes des Bundesministeriums des Innern (BMI), Roderich Egeler, wechselt am 1. August 2008 als Präsident und Bundeswahlleiter zum Statistischen Bundesamt nach Wiesbaden.

Roderich Egeler leitete die zentrale Einkaufsbehörde des BMI in Bonn in den letzten 15 Jahren und war maßgeblich an der Modernisierung und Optimierung des öffentlichen Einkaufs des Bundes beteiligt.

Das Bundeskabinett hat am 16. Juli 2008 beschlossen, dass Roderich Egeler zum August 2008 in Wiesbaden auf den scheidenden Präsidenten Walter Radermacher folgt.

Quelle: Statistisches Bundesamt
• Informationen aus der amtlichen Statistik Heft 2/2008

Mitten in Berlin: Neue Info-Stelle des Statistischen Bundesamtes

Am 21. April 2008 um 14.00 Uhr eröffnete der i-Punkt Berlin, die Repräsentanz des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) in der Hauptstadt, seinen neuen Standort in der Friedrichstraße, direkt am Checkpoint Charlie.

Der i-Punkt ist seit fast neun Jahren die Anlaufstelle von DESTATIS für alle Fragen rund um die amtliche Statistik in der Bundeshauptstadt. Zu den Nutzern des i-Punkt zählen politische Institutionen wie der Deutsche Bundestag, die Bundesregierung, Botschaften, Ländervertretungen, Wirtschaftsverbände sowie der Bildungssektor.

Auch am neuen Standort geben die mehr als 20 Mitarbeiter schnell und kompetent Auskunft, unterstützen bei der Datenrecherche im Internet, helfen bei methodischen Fragen und vermitteln fachstatistische Ansprechpartner. Für Eigenrecherchen bietet der i-Punkt eine Infothek mit 20 000 Medien zur deutschen, europäischen und internationalen Statistik.

Deutschlandweit ist der i-Punkt Ansprechpartner für europäische und internationale Statistiken. Wer Daten über Deutschland mit denen der Nachbarländer vergleichen möchte, kann sich beim Europäischen Datenservice, der seit 2004 in Kooperation mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften geführt wird, kostenfrei beraten lassen oder unter www.eds-destatis.de recherchieren.

Quelle: Statistisches Bundesamt
• Informationen aus der amtlichen Statistik Heft 2/2008

Methodische und gesetzliche Änderungen in der amtlichen Statistik

Verbraucherpreisindex auf neuer Basis

Ziel und Inhalte

Mit Beginn des Jahres 2008 hat das Statistische Bundesamt den Verbraucherpreisindex (VPI) einer turnusmäßigen Überarbeitung unterzogen. Diese erfolgt in Deutschland traditionell in fünfjährigen Abständen. Das Ziel dieser Maßnahme ist es, die Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik auf einer möglichst aktuellen Datenbasis und unter Verwendung international anerkannter Methoden zu ermitteln. Die wichtigsten Inhalte der aktuellen Überarbeitung betreffen:

- Verwendung der Ausgabestrukturen des Jahres 2005 als neue Wägungsbasis,
- Erweiterung der Erhebungszeiträume,
- Einführung einer expliziten Geschäftstypengewichtung,
- Getrennte Nachweisung der Preisentwicklung in der Gesundheitspflege bei gesetzlich und privat Krankenversicherten.

Zeitgleich mit der Verwendung neuer Strukturen für die Berechnung und der Einführung verbesserter Methoden erfolgt in Deutschland eine Rückrechnung der Ergebnisse bis zum Beginn des neuen Basisjahres (ab Januar 2005). Damit stehen den Nutzern Zeitreihen für mindestens drei Jahre zur Verfügung, die einen reinen Preisvergleich, unbeeinflusst von Strukturverschiebungen

und methodischen Änderungen, ermöglichen. In einem Beitrag in *Wirtschaft und Statistik*¹ werden die Unterschiede zwischen den bisher und den neu berechneten Ergebnissen ausführlicher analysiert und den einzelnen Maßnahmen zugeordnet.

Einführung der Wägungsbasis 2005

Die Verwendung aktuellerer Ausgabestrukturen steht im Mittelpunkt jeder Indexumstellung. Für die Einführung der neuen Basis wurden die Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte für das Kalenderjahr 2005 ermittelt. Wesentliche Grundlage für diese Berechnungen waren die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 2003 sowie die Ergebnisse der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen für das Jahr 2005. In beiden Fällen handelt es sich um Haushaltsbefragungen, d.h. die Haushalte selbst führen Haushaltsbücher und geben detailliert Auskunft über ihre privaten Verbrauchsausgaben. Mögliche Untererfassungen (z.B. bei Tabakwaren und alkoholischen Getränken) werden durch die ergänzende Verwendung von Steuerstatistiken ausgeglichen. Eine weitere Differenzierung der Verbrauchsstrukturen erfolgt durch die Verwendung einer Vielzahl weiterer Statistiken, z.B. der Gesundheitsberichterstattung, der Zulassungsstatistik des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Statistiken verschiedener Marktregulierungs- und Aufsichtsbehörden. Auch nichtamtliche Statistiken wie Verbandsstatistiken oder Ergebnisse von Markt- und Wirtschaftsforschungsinstituten werden genutzt. Verbleibende Lücken schließt das Statistische

Bundesamt durch Nachfragen bei Verbänden oder großen Unternehmen. Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dienen der Umrechnung der unterschiedlichen Quellen auf die Konzepte der Verbraucherpreisstatistik.

Die Auswirkungen der Aktualisierung des Wägungsschemas auf die Ergebnisse waren – wie schon bei früheren Indexumstellungen – nur gering: Im Jahresdurchschnitt 2006 wurden die ermittelten Preisveränderungsraten gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um 0,04 Prozentpunkte nach unten, im Jahr 2007 um 0,01 Prozentpunkt nach oben korrigiert. Der theoretisch erwartete Laspeyres-Effekt, also die Korrektur der Ergebnisse nach unten durch die Abbildung von Konsumentenreaktionen infolge von Preisänderungen in den Preisrelationen der gekauften Güter, blieb weitgehend aus. Wahrscheinlich werden solche Effekte durch die zeitnahe Aktualisierung des Warenkorbes in der gegenwärtigen Praxis bereits gut erfasst.

Erweiterung der Erhebungszeiträume

Die Maßnahmen zur Erweiterung des monatlichen Erfassungszeitraumes gehen auf eine EU-Verordnung zum Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)² zurück. Diese Verordnung gilt eigentlich nur für den HVPI. Da VPI und HVPI aus Daten einer gemeinsamen Preiserhebung abgeleitet werden, bekommt diese Verordnung auch Bedeutung für den VPI. Die daraus resultierenden Maßnahmen halten sich allerdings in engen Grenzen, da die in der Verordnung formulierten Grundsätze in Deutschland bereits weitgehend gültig waren.

1 Elbel, G., Egner, U.: „Verbraucherpreisstatistik auf neuer Basis 2005“ in *Wirtschaft und Statistik* 4/2008, S. 339 ff.

2 Verordnung (EG) Nr. 701/2006 des Rates vom 25. April 2006 mit Durchfüh-

rungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 2494/95 im Hinblick auf den zeitlichen Rahmen der Preiserhebung für den harmonisierten Verbraucherpreisindex (ABL. EU Nr. L122, S. 3).

Für einige Waren, insbesondere für Kraftstoffe und leichtes Heizöl, könnte sich für die Zukunft unter Umständen eine gewisse Glättung der Preisausschläge ergeben. Systematischen Einfluss auf die Ergebnisse hat die veränderte Erhebungspraxis bei den Pauschalreisen, dem Personentransport im Luftverkehr und der Miete von Ferienwohnungen. Hier wird durch die neue Erhebungspraxis sichergestellt, dass alle Haupt-, Zwischen- und Nebensaisonzeiten repräsentativ in der Stichprobe enthalten sind. Damit werden die beweglichen Feiertage Ostern und Pfingsten immer in die Preiserhebung einbezogen, im Dezember finden jetzt auch die Nebensaisonzeiten stärkere Berücksichtigung.

Die Auswirkungen dieser methodischen Verbesserung auf die Ergebnisse betreffen in größerem Umfang nur die Monate März bis Juni (wegen der unterschiedlichen Lage von Ostern und Pfingsten), im Jahresdurchschnitt ist der Einfluss auf die jährlichen Teuerungsraten zu vernachlässigen (+0,01 Prozentpunkte im Jahr 2006 und + 0,03 Prozentpunkte im Jahr 2007).

Einführung einer expliziten Geschäftstypengewichtung

In der Vergangenheit wurde die Repräsentativität der Stichprobe bezüglich der einbezogenen Berichtsstellen durch eine implizite Gewichtung sichergestellt, d.h. die Anzahl der Berichtsstellen in der Stichprobe hat deren Einfluss auf die Preisentwicklung bestimmt. Nur für den Versand- und Internethandel wurden explizite Gewichte bestimmt. Mit der Umstellung auf das Basisjahr 2005 wird in die deutsche Verbraucherpreisstatistik erstmals eine explizite Geschäftstypengewichtung eingeführt, die nach Bundesländern und einzelnen Gütergruppen differenziert. Dabei werden folgende

Geschäftstypen unterschieden:

- Warenhaus und Kaufhaus,
- SB-Warenhaus und Verbrauchermarkt,
- Supermarkt,
- Fachmarkt, Discounter,
- Fachgeschäft,
- Sonstiger Einzelhandel (z.B. Tankstellenshops, Verkaufsstände),
- Öffentlicher und privater Dienstleistungsbetrieb, Wohnungsvermietung,
- Versandhandel und Internethandel.

Die zentralen Quellen für die Ableitung der Geschäftstypengewichtung sind die Jahres- und Monaterhebungen im Handel³.

Der Einfluss dieser methodischen Änderung kann nur indirekt gemessen werden, seine Quantifizierung muss daher mit gewissen Einschränkungen bewertet werden. Auf jeden Fall ist aber ihr Einfluss auf die Ergebnisse von allen Maßnahmen am bedeutendsten. Im Jahresdurchschnitt 2006 wird die Teuerungsraten durch die Einführung einer expliziten Geschäftstypengewichtung um 0,12 Prozentpunkte gesenkt, im Jahr 2007 um 0,13 Prozentpunkte erhöht.

Differenzierte Nachweisung der Preisentwicklung in der Gesundheitspflege

Die Messung der Preisentwicklung im Gesundheitswesen hängt in der Verbraucherpreisstatistik entscheidend davon ab, ob die entsprechenden Leistungen von einem Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung oder einer privaten Krankenversicherung in Anspruch genommen werden. Die Beiträge der Versicherten zu einer gesetzlichen Krankenversicherung und deren Leistungen gelten nach den Klassifikationen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen⁴ als Sozialbeiträge bzw. soziale Leistungen.

Sie sind damit nicht Bestandteil der privaten Verbrauchsausgaben, dessen Preisentwicklung der Verbraucherpreisindex messen soll. Die Preisentwicklung der Gesundheitspflege bei gesetzlich Krankenversicherten wird daher ausschließlich anhand deren Finanzierungsbeiträge (z.B. Rezeptgebühr oder Praxisgebühr) gemessen. Bei privat Krankenversicherten geht statt dessen der komplette Leistungspreis in die Indexberechnung ein, unabhängig davon, ob eine private Krankenversicherung die Kosten letztlich trägt. An der Indexberechnung wurde hier nichts verändert, für tiefer gehende Analysen weist DESTATIS die Preisentwicklungen für Leistungen des Gesundheitswesens für gesetzlich und privat Krankenversicherte

jetzt aber getrennt aus.
Günther Elbel,
Tel.: +49 611 75 2627,
E-Mail: guenther.elbel@destatis.de

Quelle: Statistisches Bundesamt, Methoden... Verfahren... Entwicklungen
1/2008

Umstellung der Handwerksstatistiken auf die Auswertung von Verwaltungsdaten

Bei der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung und der Handwerkszählung gibt es grundlegende methodische Änderungen. Für diese Handwerksstatistiken werden zukünftig nur noch Verwaltungsdaten ausgewertet und keine Unternehmen mehr befragt.

³ Siehe dazu Linz, S., Dexheimer, V.: „Weiterentwicklung der Stichprobe der Verbraucherpreisstatistik“ in *Wirtschaft und Statistik* 6/2005, S. 582 ff.

⁴ Siehe z.B. Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: *Europäisches System*

Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) oder Commission of the European Communities-Eurostat, International Monetary Fund, Organisation for Economic Cooperation and Development, United Nations, World Bank: *System of National Accounts* 1993.

Auswertung unterjähriger Verwaltungsdaten für die vierteljährliche Handwerksberichterstattung

Die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk wird anhand der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung beobachtet. Für diese Stichprobenerhebung wurden bisher vierteljährlich bundesweit rund 41 000 Handwerksunternehmen nach ihrem Umsatz und ihren Beschäftigten befragt.

Ab dem Berichtsjahr 2008 werden für die vierteljährliche Handwerksberichterstattung nur noch unterjährige Verwaltungsdaten ausgewertet, so dass die ca. 41 000 Stichprobenunternehmen – in der Regel kleine bis mittlere Unternehmen – von ihrer statistischen Auskunftspflicht befreit werden. Damit ersetzt die Auswertung von Verwaltungsdaten erstmals vollständig eine statistische Erhebung bei Unternehmen. Mit dem Artikel 4 des Gesetzes zur Vereinfachung und Anpassung statistischer Rechtsvorschriften vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 399) wurde die Umstellung dieser Statistik rechtlich geregelt.

Die Entscheidung, für diese Statistik nur noch Verwaltungsdaten auszuwerten, trafen die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes aufgrund umfangreicher Analysen. Die rechtliche Grundlage hierfür war das Gesetz über die Verwendung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Wirtschaftsstatistiken – Verwaltungsdatenverwendungsgesetz – vom 31. Oktober 2003 (BGBl. I S. 2149). In diesem Gesetz ist die Übermittlung der

Verwaltungsdaten an die statistischen Ämter sowie deren dortige Verwendung geregelt. Bei den verwendeten Verwaltungsdaten handelt es sich zum einen um die Umsätze aus den Verfahren der Umsatzsteuer-Voranmeldung der Unternehmen bei den Finanzverwaltungen. Zum anderen handelt es sich um Informationen der Bundesagentur für Arbeit über die sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten aus den Meldungen zur Sozialversicherung.

Registerauswertungen als Ersatz für Handwerkszählungen

Es ist vorgesehen, Handwerkszählungen durch Auswertungen der Verwaltungsdaten aus dem Unternehmensregister der Statistischen Ämter zu ersetzen. Mit traditionellen Handwerkszählungen wurden früher in größeren zeitlichen Abständen Strukturmerkmale aller selbstständigen Handwerksunternehmen ermittelt. Bei der letzten Handwerkszählung im Jahr 1995 wurden hierfür 563 000 selbstständige Handwerksunternehmen befragt. Mit der geplanten Umstellung auf eine Auswertung von vorhandenen Datenquellen müssen keine Handwerksunternehmen mehr zu dieser umfangreichen Statistik melden, so dass die Statistischen Ämter eine maximal mögliche Entlastung der Handwerksunternehmen erreichen. Erste Strukturdaten aus dem Unternehmensregister über das Handwerk werden voraussichtlich im Jahr 2009 veröffentlicht.

Vorteile des neuen Systems der Handwerksstatistiken

Mit einer unterjährigen Verwaltungsdatenverwendung und einer Registerauswertung bei den Handwerksstatistiken (vierteljährliche Handwerksberichterstattung

und Handwerkszählung) ist ein grundlegender Systemwechsel verbunden, der insbesondere zu einer Entlastung der Handwerksunternehmen von statistischen Berichtspflichten führt. Daneben gibt es noch weitere Vorteile durch die Umstellung der Handwerksstatistiken. So haben Auswertungen des Unternehmensregisters zur Gewinnung von Strukturdaten den Vorteil, dass sie in kürzeren zeitlichen Abständen durchgeführt werden können als die bisherigen Handwerkszählungen. Es sind jährliche Registerauswertungen für diesen Zweck geplant. Darüber hinaus haben beide Handwerksstatistiken zukünftig das Unternehmensregister als Basis, denn das Unternehmensregister ist auch bei der Auswertung unterjähriger Verwaltungsdaten für die vierteljährliche Handwerksberichterstattung eine wichtige Grundlage (z. B. zur Identifikation der Handwerksunternehmen). Mit der Umstellung entsteht daher ein konsistentes neues System der Handwerksstatistiken⁵.

Jenny Neuhäuser,
Tel.: +49 611 75 2642,
E-Mail: handwerksbericht@destatis.de

Quelle: Statistisches Bundesamt, Methoden... Verfahren... Entwicklungen 1/2008

Nachhaltigkeitsindikatoren in GENESIS-Online

Das Statistische Bundesamt (DESTATIS) beschäftigt sich seit einiger Zeit intensiv mit Indikatorensystemen. Es handelt sich hierbei um ein Set von verschiedenen Indikatoren, mit Hilfe dessen komplexe Sachverhalte transparent gemacht und faktenbasiert beurteilt werden sollen. Besonders von Interesse sind dabei die Entwicklungen im Zeitablauf. So haben sich in der amtlichen Statistik bereits seit einiger Zeit Indikatorensysteme

⁵ Literatur:
Neuhäuser, Jenny:
„Verwaltungsdaten ersetzen Konjunkturerhebungen im Handwerk“ in Wirtschaft und Statistik 5/2008, S. 398 ff.

zur wirtschaftlichen Entwicklung etabliert. Vor allem für die Europäische Union und damit auch für Deutschland wurden bereits vor längerer Zeit die sogenannten Strukturindikatoren zur Beobachtung von mittel- bis längerfristigen Strukturveränderungen und für die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung die sogenannten Principle European Economic Indicators (PEEI) eingeführt. Aber auch für andere Bereiche wie Innovationen gibt es bereits Indikatoren-systeme. Weitere Indikatoren-systeme zu Themenkomplexen wie zum Beispiel zur Beurteilung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen oder der Integration von Ausländern befinden sich in der Entwicklung.

Ein erstes für Deutschland wichtiges Indikatoren-set, die sogenannten Nachhaltigkeitsindikatoren, ist nun auch in der Internet-Datenbank des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) GENESIS-Online (<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>) enthalten und somit allgemein und frei zugänglich sowie flexibel handhabbar.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wurde von der Bundesregierung im April 2002 unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ veröffentlicht. Kernstück der Strategie ist ein Set von 21 Indikatoren zu 4 Themenschwerpunkten:

- Generationengerechtigkeit,
 - Lebensqualität,
 - Sozialer Zusammenhalt,
 - Internationale Verantwortung.
- Mit Hilfe dieser Indikatoren soll beobachtet werden, wie die Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt verlaufen und ob diese sich in Richtung der mittel- bis langfristig angestrebten Ziele entwickeln. So wurden für einen Großteil der Indikatoren quantitative Zielvorgaben festgelegt.

Das Datenmaterial für die meisten Indikatoren stammt aus der amtlichen Statistik. Nach einem ersten Fortschrittsbericht 2004 wurde 2006 ein Indikatorenbericht „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2006“ vom Statistischen Bundesamt im Auftrag der Bundesregierung vorgelegt. Dieser soll regelmäßig alle zwei Jahre fortgeschrieben werden. Die Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie können von der Startseite des Statistischen Bundesamtes unter „Datenbanken: GENESIS-Online“ abgerufen werden. In dieser Datenbank wurden Indikatoren-systeme als Themenbereich 9 aufgenommen. Für das Indikatorenset „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ stehen Werte ab 1990 – soweit für die einzelnen Indikatoren vorhanden – zur Verfügung. In GENESIS-Online kann man sich nicht nur die Entwicklung jedes einzelnen Indikators anzeigen lassen, sondern auch problemorientiert mehrere Indikatoren zusammenstellen und sich deren Entwicklung im Zeitablauf grafisch ansehen. Erläuterungen zu den einzelnen Indikatoren können zudem direkt von der Ergebnistabelle aus abgerufen werden.

Ziel der Bundesregierung ist es, den Ausstoß dieser Luftschadstoffe bis zum Jahr 2010 um 70% gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren.

Der Bereich „Indikatoren-systeme“ in GENESIS-Online soll sukzessive ausgebaut werden. Ein Set von Wissenschafts- und Technologieindikatoren ist bereits in Vorbereitung und soll noch in diesem Jahr in GENESIS-Online erscheinen.

Dr. Claudia Fleck,
Tel.: +49 611 75 3847,
E-Mail: claudia.fleck@destatis.de

Dr. Susanne Schnorr-Bäcker,
Tel.: +49 611 75 2082,
E-Mail: susanne.schnorr-baecker@destatis.de
Dr. Joachim Thomas,
Tel.: +49 611 75 2690,
E-Mail: joachim.thomas@destatis.de

Quelle: Statistisches Bundesamt, Methoden... Verfahren... Entwicklungen 1/2008

Neue Rechtsvorschriften über die Erstellung und Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen

Die Verordnung (EG) Nr. 452/2008 setzt in drei Bildungsbereichen einen gemeinsamen Rahmen für die systematische Erstellung und Entwicklung von harmonisierten Gemeinschaftsstatistiken über Bildung und lebenslanges Lernen. Die Bildungsbereiche erstrecken sich auf Statistiken über die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, die Beteiligung von Erwachsenen am lebenslangen Lernen sowie auf die sonstigen Statistiken, z.B. Statistiken über Humankapital und über den sozialen und wirtschaftlichen Nutzen der Bildung.

Durchführungsmaßnahmen, wie z.B. die Auswahl und Beschreibung der unter die Bereiche fallenden Themen und ihrer Merkmale entsprechend politischen oder technischen Erfordernissen, die Aufschlüsselung der Merkmale und die Festlegung des Beobachtungszeitraums und der Fristen für die Übermittlung der Ergebnisse, werden künftig durch einen weiteren Rechtsakt im Rahmen des Komitologieverfahrens nach Artikel 5a des Beschlusses 1999/468/EG vom 28. Juli 1999 (ABl. EG Nr. L 184 S. 23), geändert durch Beschluss 2006/512/EG vom 17. Juli 2006 (ABl. EU Nr. L 200 S. 11), geregelt.

Quelle: Statistisches Bundesamt
• Informationen aus der amtlichen Statistik
Heft 2/2008

Veröffentlichungen

Berlin, Juni und Juli 2008

Neue Rechtsvorschriften zur EU-Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte

Am 2. Mai 2008 ist die Verordnung (EG) Nr. 365/2008 der Kommission vom 23. April 2008 zur Annahme des die Jahre 2010, 2011 und 2012 umfassenden Programms von Ad-hoc-Modulen für die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte gemäß der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates (Amtsblatt der EU Nr. L 112, S. 22) in Kraft getreten. Im Rahmen dieser Ad-hoc-Module sollen 2010 Informationen über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, 2011 über die Beschäftigung behinderter Personen und 2012 über den Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand in den EU-Mitgliedstaaten gesammelt werden.

Mit der am 8. Mai 2008 in Kraft getretenen Verordnung (EG) Nr. 391/2008 der Kommission vom 30. April 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 102/2007 zur Annahme der Spezifikationen des Ad-hoc-Moduls 2008 zur Arbeitsmarktsituation von Zuwanderern und ihren Nachkommen (Amtsblatt der EU Nr. L 117, S. 15) wird die Regelung, dass bestimmte Merkmale für Mitgliedstaaten mit einem geringen Stichprobenumfang von Zuwanderern nur fakultativ sind, auf Bulgarien und Rumänien ausgedehnt.

Quelle: Statistisches Bundesamt
• Informationen aus der amtlichen Statistik Heft 2/2008

Schwangerschaftsabbrüche im Land Berlin
Jahr 2007 j 07
A IV 11 6,00 EUR

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort im Land Berlin
31. 03. 2007 vj 01/07
A VI 15 7,00 EUR

Hochschulfinanzen im Land Berlin
Jahr 2006 j 06
B III 7 8,00 EUR

Sportvereine im Land Berlin am 1. 01. 2008 j 08
B V 1 7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
Jahr 2007 j 07 E I 1 8,00 EUR
April 2008 m 04/08 E I 1 7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin Auftragseingangindex
April 2008 m 04/08 E I 3 6,00 EUR

Baugewerbe in Berlin
April 2008 m 04/08 E II 1/E III 1 7,00 EUR

Baugenehmigungen in Berlin
April 2008 m 04/08 F II 1 6,00 EUR

Baugenehmigungen und Bauüberhang in Berlin
Jahr 2007 j 07 F II 2 7,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe in Berlin
März 2008 m 03/08 G I 1/G IV 3 7,00 EUR

Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität in Berlin
März 2008 m 03/08 G IV 1/G IV 2 6,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle in Berlin Endgültiges Ergebnis
April 2008 m 04/08 H I 1 7,00 EUR

Binnenschifffahrt in Berlin
Mai 2008 m 05/08 H II 1 7,00 EUR

Schwerbehinderte Menschen in Berlin
Jahr 2007 2j K III 1 7,00 EUR

Sonstige Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe in Berlin
Jahr 2006 4j KV 9 7,00 EUR

Wohngeld in Berlin
Jahr 2007 j 07 KV II 1 6,00 EUR

Verbraucherpreisindex in Berlin
Mai 2008 m 05/08 M I 2 7,00 EUR

Preisindizes für Bauwerke in Berlin
Mai 2008 vj 2/08 M I 4 7,00 EUR

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitnehmer in Berlin nach Wirtschaftsbereichen
1991 bis 2007 j 07 P I 2 7,00 EUR

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts im Land Berlin
1991 bis 2007 j 07 P I 3 8,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 - 3434
030 9021 - 3899
Fax: 030 9021 - 3655

Brandenburg, Juni und Juli 2008

Krankenhäuser Jahr 2006 Teil I Grunddaten j 06 A IV 2	7,00 EUR	Berufliche Schulen Ergebnisse nach Verwaltungsbezirken 2007/2008 j 07 B II 3	10,00 EUR	Insolvenzen 01. 01. bis 31.03.2008 vj 01/08 D III 1	7,00 EUR	Schwerbehinderte Menschen Jahr 2007 2j/07 K III 1	8,00 EUR
Schwangerschaftsabbrüche Jahr 2007 j 07 A IV 11	6,00 EUR	Studierende an Hochschulen Wintersemester 2007/2008 j 07 B III 1	8,00 EUR	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden Ergebnisse des Monats- und Jahresberichts für Betriebe Jahr 2007 j 07 E I 1	8,00 EUR	Wohngeld Jahr 2007 j 07 K VII 1	6,00 EUR
Gebiets- u. Namensänderungen 01.01.2006 bis 01.01.2008 j 07 A V 1	6,00 EUR	Hochschulfinanzen Jahr 2006 j 06 B III 7	7,00 EUR	Mai 2008 m 05/08 E I 1	7,00 EUR	Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände 30.06.2007 j 07 L III 3	10,00 EUR
Arbeitsmarkt Mai 2008 m 05/08 A VI 7	6,00 EUR	Ernteberichterstattung über Gemüse und Erdbeeren Juni 2008 m 06/08 C II 3	6,00 EUR	Auftragseingangsindex Mai 2008 m 05/08 E I 3	6,00 EUR	Verbraucherpreisindex Juni 2008 m 6/08 M I 2	7,00 EUR
Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen Jahresergebnisse 1991, 1995, 2000 bis 2006 j 06 A VI 10	10,00 EUR	Ernteberichterstattung über Obst im Marktobstbau Mai 2008 m 05/08 C II 5	6,00 EUR	Baugewerbe Ergebnisse des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes Januar 2008 m 01/08 E II 1; E III 1	7,00 EUR	Preisindizes für Bauwerke Mai 2008 vj 2/08 M I 4	7,00 EUR
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort Vorläufiges Ergebnis Stand: Dezember 2007 30.06.2007 vj 02/07 A VI 15	8,00 EUR	Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung 2007 j 07 C II 7	8,00 EUR	Baugenehmigungen Mai 2008 m 05/08 F II 1	6,00 EUR	Kaufwerte für Bauland Jahr 2007 j 07 M I 6	7,00 EUR
Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2007/2008 j 07 B I 1	10,00 EUR	Viehbestände Mai 2007 4j/07 C III 1	7,00 EUR	Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeu- gewerbe und Gastgewerbe Mai 2008 m 05/08 G I 1; G IV 3	7,00 EUR	Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke Jahr 2007 j 07 M I 7	6,00 EUR
Absolventen/Abgänger der allgemeinbildenden Schulen Jahr 2007 j 07 B I 5	10,00 EUR	Schlachtungen Fleischerzeugung Mai 2008 m 05/08 C III 6	6,00 EUR	Aus- und Einfuhr, Vorläufiges Ergebnis April 2008 m 04/08 G III 1	7,00 EUR	Volkswirtschaftliche Gesamt- rechnungen Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts 1991 bis 2007 j 07 P I 3	8,00 EUR
Allgemeinbildende Schulen Ergebnisse nach Verwaltungs- und Schulamtsbezirken 2007/2008 j 07 B I 9	10,00 EUR	Milcherzeugung u. -verwendung April 2008 m 04/08 C III 3	6,00 EUR	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr Mai 2008 m 05/08 G IV 1	7,00 EUR		
		Legehennenhaltung, Eier- erzeugung und Schlachtungen von Geflügel 01. 01. bis 31.03.2008 vj 01/08 C III 8	6,00 EUR	Straßenverkehrsunfälle April 2008 m 04/08 H I 1	7,00 EUR		
				Binnenschifffahrt Mai 2008 m 05/08 H II 1	7,00 EUR		

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418

Berichtigung

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in Hinblick auf das vorherige Heft (3/2008) sind leider die folgenden Korrekturen erforderlich geworden:

1. Auf der Seite 2 sind in der ersten Tabelle – **Baufertigstellungen in Berlin im Jahr 2007 nach Bezirken** – bei der ersten Spalte versehentlich die Angaben der zweiten mit enthalten.
Die richtige Tabelle lautet:

Bezirk	Baufertigstellungen insgesamt	Wohnungen ¹	
		insgesamt	darunter Neubau
Mitte	80	197	143
Friedrichshain-Kreuzberg	44	49	52
Pankow	658	796	703
Charlottenburg-Wilmersdorf	102	167	47
Spandau	359	303	292
Steglitz-Zehlendorf	277	583	557
Tempelhof-Schöneberg	186	112	121
Neukölln	142	75	101
Treptow-Köpenick	495	493	448
Marzahn-Hellersdorf	471	392	430
Lichtenberg	277	307	262
Reinickendorf	300	244	224
Berlin	3 391	3 718	3 380

Baufertigstellungen in Berlin im Jahr 2007 nach Bezirken

¹ Die Anzahl der Neubauwohnungen kann höher sein als die Gesamtzahl der Wohnungen in fertig gestellten Bauvorhaben insgesamt oder die Anzahl der Wohnungen insgesamt kann einen negativen Wert ausweisen, wenn Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden zu einer Verringerung der Wohnungszahl, z. B. durch Zusammenlegungen, führen.

2. Auf der Seite 23 traten bei der Tabelle 5 – **Bevölkerung in Berlin im Jahr 2005 – 2007 nach Migrationsstatus und**

Datenquelle – bei einigen Lesern Missverständnisse auf. Deswegen wurde diese Tabelle etwas überarbeitet.

Tab. 5 **Bevölkerung in Berlin im Jahr 2005 – 2007 nach Migrationsstatus und Datenquelle***

Merkmale	Mikrozensus				Einwohnerregister zum 31.12.	
	2005		2006		2007	
	Migrationshintergrund					
	einseitig	beidseitig	einseitig	beidseitig	einseitig	beidseitig
	1 000 Personen					
Bevölkerung insgesamt.....	3 390,4	3 390,4	3 398,6	3 398,6	3 353,9	3 353,9
Deutsche ohne Migrationshintergrund!.....	2 595,5	2 643,2	2 619,8	2 682,2	2 490,3	2 547,7
Personen mit Migrationshintergrund.....	794,9	747,2	778,8	716,4	863,5	819,1
Ausländer.....	452,6	452,6	464,0	464,0	470,0	470,0
Deutsche mit Migrationshintergrund.....	342,3	294,6	314,8	252,4	393,5	349,1
darunter mit beidseitigem Migrationshintergrund	53,8	53,8	59,6	59,6	55,9	55,9
mit ausschließlich einseitigem Migrationshintergrund	47,7	–	62,4	–	44,4	–
	Anteil in %					
Deutsche ohne Migrationshintergrund.....	76,6	78,0	77,1	78,9	74,3	76,0
Personen mit Migrationshintergrund.....	23,4	22,0	22,9	21,1	25,7	24,4
darunter anteilig Ausländer.....	56,9	60,6	59,6	64,8	54,4	57,4
darunter anteilig Deutsche.....	43,1	39,4	40,4	35,2	45,6	42,6

Quelle: Mikrozensus, Einwohnerregister

* Tabelle gegenüber der Printversion geändert.

¹ Differenz aus Bevölkerung insgesamt und Personen mit Migrationshintergrund

3. Auf der Seite 37 ist in der Tabelle 1 – **Durchschnittsalter der Einwohner in Berlin 1997 bis 2007¹ nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit** – während der redaktionellen Bearbeitung die letzte Zeile versehentlich ausgeblendet worden.

Tab. 1 **Durchschnittsalter der Einwohner in Berlin 1997 bis 2007¹ nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit**

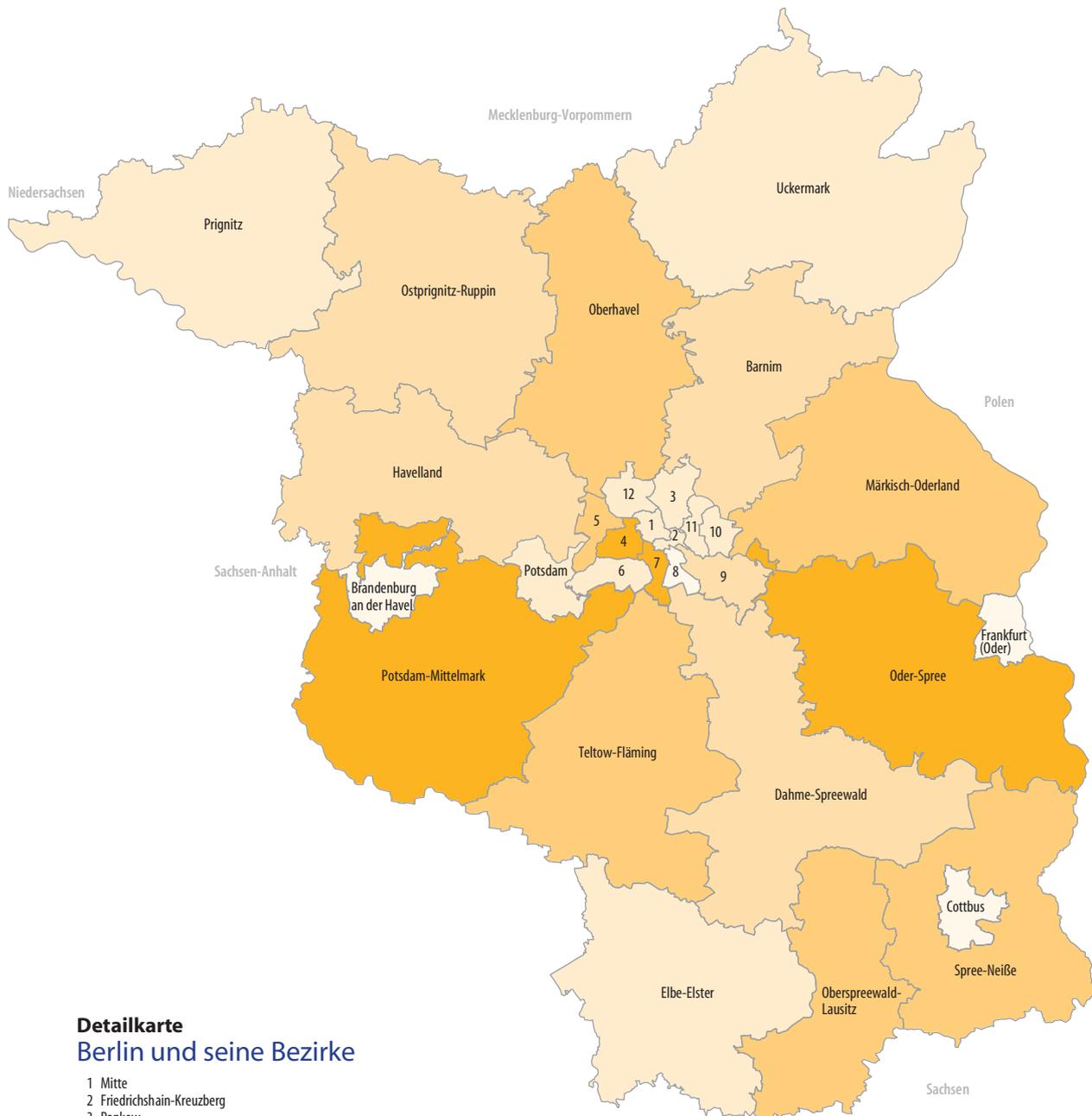
Jahr	Einwohner			Deutsche			Ausländer		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
1997	39,9	37,7	42,0	41,1	38,7	43,4	31,6	31,9	31,3
1998	40,2	38,0	42,2	41,4	39,0	43,5	32,1	32,4	31,8
1999	40,4	38,3	42,3	41,6	39,3	43,6	32,6	32,8	32,4
2000	40,6	38,6	42,5	41,7	39,5	43,7	33,3	33,5	33,0
2001	40,8	38,9	42,6	41,9	39,8	43,8	33,9	34,1	33,6
2002	41,0	39,2	42,7	42,0	40,0	43,9	34,5	34,7	34,3
2003	41,2	39,5	42,9	42,2	40,2	44,0	35,1	35,3	34,9
2004	41,5	39,8	43,0	42,4	40,5	44,1	35,6	35,9	35,4
2005	41,6	40,1	43,2	42,5	40,7	44,2	36,2	36,4	35,9
2006	41,9	40,3	43,3	42,7	40,9	44,3	36,7	37,0	36,5
2007	42,0	40,5	43,4	42,8	41,1	44,4	37,2	37,5	37,0

¹ Melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung, Stand jeweils am 31.12.

Die Redaktion

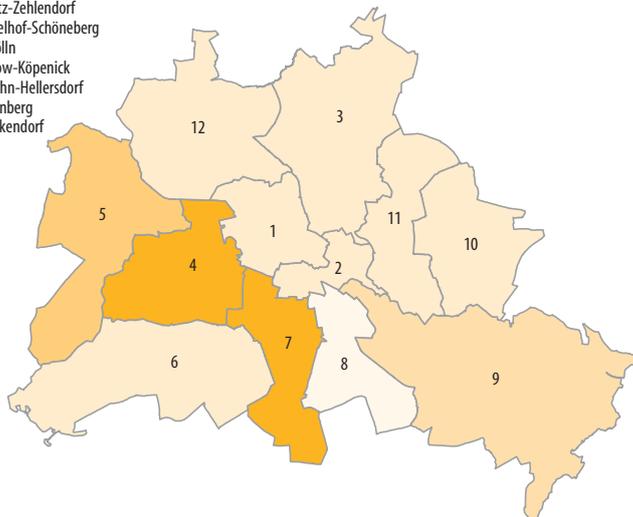


Umsatz im Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg 2006 nach Bezirken und Verwaltungsbezirken

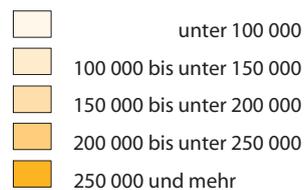


Detailkarte Berlin und seine Bezirke

- 1 Mitte
- 2 Friedrichshain-Kreuzberg
- 3 Pankow
- 4 Charlottenburg-Wilmersdorf
- 5 Spandau
- 6 Steglitz-Zehlendorf
- 7 Tempelhof-Schöneberg
- 8 Neukölln
- 9 Treptow-Köpenick
- 10 Marzahn-Hellersdorf
- 11 Lichtenberg
- 12 Reinickendorf



Umsatz in 1000 EURO



Internetangebot des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg neu gestaltet

Die Homepage

<http://www.statistik-berlin-brandenburg.de>

statistik Berlin Brandenburg

[Statistiken](#) [Presse](#) [Produkte](#) [Datenbank](#) [Regionales](#) [Links](#)

Aktuelles

- **Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg**
Ausgabe 3 / 2008
- **Statistisches Jahrbuch 2007**
Berlin
Brandenburg
- **Berlin in Zahlen**
deutsch | english
- **Brandenburg in Zahlen**
deutsch | english
- **Landwirtschaft in Brandenburg 2008**
Faltblatt



- [Newsletter abonnieren](#)

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

[Über uns](#) ↔ [Kontakt](#) ↔ [Impressum](#)

Als zentraler Dienstleister auf dem Gebiet der amtlichen Statistik für die Region Berlin und Brandenburg begrüßen wir Sie in unserem neu gestalteten Internetangebot. Zu allen Statistik-Bereichen finden Sie hier aktuelle Informationen in unterschiedlicher regionaler Tiefe und zeitlicher Gliederung. Themenübergreifendes finden Sie unter der Rubrik Produkte.

Daten nicht gefunden? Der Informationsservice unterstützt Sie gerne. → [Kontakt](#)

28.8.2008

Verbraucherpreise in Berlin stiegen im August 2008 gegenüber August 2007 um +2,9 Prozent → [PDF](#)

28.8.2008

Mehr Aufträge und Umsatz für Brandenburger Baugewerbe im 1. Halbjahr 2008 → [PDF](#)

Hier die aktuellen Wirtschaftstrends im Überblick:

1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6

1 Arbeitslosenquote



© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Weitere Angebote

- Der Landeswahlleiter
 - [Berlin](#)
 - [Brandenburg](#)
- Die Forschungsdatenzentren
- Internet Datenerhebung im Verbund (IDEV)
- Formularservice
- Schulstatistik für Brandenburg
- Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008
- Neue Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008
- 3. UGR-Kongress am 15. Oktober 2008
- Zensus 2011